



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

Beteiligungen des Landkreises Bericht 2017



Beteiligungsmanagement

Anlage 1
zur Vorlage VA_48/2018
zur VA-Sitzung am 26.11.2018

zugleich zur Vorlage KT_02/2019
zur KT-Sitzung am 25.01.2019



Beteiligungsbericht 2017 des Landkreises Ludwigsburg

**Ausgearbeitet auf der Grundlage
der Prüfungs- und Geschäftsberichte**

Herausgeber: Stabsstelle Beteiligungsmanagement und
Finanzdezernat des Landkreises Ludwigsburg

Beteiligungsmanager: Michael Jakob

Kontaktadresse: Stabsstelle Beteiligungsmanagement
Landratsamt Ludwigsburg
Hindenburgstraße 40
71638 Ludwigsburg

Tel: 07141 / 144-42140

Fax: 07141 / 144-399

E-Mail: Michael.Jakob@landkreis-ludwigsburg.de



Titelblatt

Bildquellen

AVL (Andreas Dalferth)
Fotolia.com (creyx)
Fotolia.com (satyrenko)



Vorwort zum Beteiligungsbericht 2017 des Landkreises Ludwigsburg

Der Landkreis Ludwigsburg ist an mehreren Unternehmen, die in privater oder öffentlich-rechtlicher Rechtsform geführt werden, beteiligt. Diese Unternehmen erfüllen kommunale Aufgaben für den Landkreis. Mit der Errichtung von Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben wird zwar die Aufgabenwahrnehmung aus der Verwaltung ausgegliedert, die Aufgaben selbst verbleiben aber beim Landkreis. Aus dieser fortbestehenden Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese Steuerungs- und Überwachungspflicht wird im Landkreis Ludwigsburg federführend durch die Stabsstelle Beteiligungsmanagement wahrgenommen.

Mit der Novellierung des Gemeindefirtschaftsrechtes vom 14.07.1999 hat auch der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen. Wesentlicher Inhalt ist unter anderem auch, dass ein jährlicher Beteiligungsbericht mit den wichtigsten Unternehmensdaten zu erstellen ist. Damit sollen der Kreistag und die Öffentlichkeit über die Entwicklung der Unternehmen in Privatrechtsform informiert und noch mehr Transparenz für die ausgegliederte Aufgabenwahrnehmung erreicht werden.

Im Beteiligungsbericht wird über die folgenden Beteiligungen des Landkreises informiert:

- Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
- Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
- Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
- Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
- Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
- ORTEMA GmbH
- Kliniken Service GmbH
- MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)
- ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)
- Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH
- Kleeblatt Pflegeheime gGmbH
- Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH

Ergänzend zu den Beteiligungen in der Rechtsform des privaten Rechts werden auch die Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg bei den folgenden Zweckverbänden aufgenommen:

- Zweckverband Strohgäubahn
- Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS)

Die Darstellung der einzelnen Unternehmen im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2017 erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften.

Ludwigsburg, im November 2018

Dr. Rainer Haas
Landrat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Informationen zum Beteiligungsbericht 2017	3
Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Ludwigsburg	5
 Beteiligungen des Landkreises Ludwigsburg an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs)	
Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH	6
Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	16
Regionale Kliniken Holding RKH GmbH	22
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	33
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	49
ORTEMA GmbH	59
Kliniken Service GmbH	70
MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)	75
ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)	79
Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH	82
Kleeblatt Pflegeheime gGmbH	90
Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH	94
 Beteiligungen des Landkreises Ludwigsburg an Zweckverbänden	
Zweckverband Strohgäubahn	102
Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart	107



Anlagen

Anlage 1	Bilanz Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
Anlage 3	Bilanz Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
Anlage 4	Gewinn- und Verlustrechnung Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
Anlage 5	Bilanz Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
Anlage 6	Gewinn- und Verlustrechnung Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
Anlage 7	Bilanz Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
Anlage 8	Gewinn- und Verlustrechnung Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
Anlage 9	Bilanz Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
Anlage 10	Gewinn- und Verlustrechnung Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
Anlage 11	Bilanz ORTEMA GmbH
Anlage 12	Gewinn- und Verlustrechnung ORTEMA GmbH
Anlage 13	Bilanz Kliniken Service GmbH
Anlage 14	Gewinn- und Verlustrechnung Kliniken Service GmbH
Anlage 15	Bilanz MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH
Anlage 16	Gewinn- und Verlustrechnung MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH
Anlage 17	Kennzahlen im Überblick



Informationen zum Beteiligungsbericht 2017

Ausgliederung kommunaler Aufgaben

Der Landkreis Ludwigsburg ist an mehreren Unternehmen, die in privater oder öffentlich-rechtlicher Rechtsform geführt werden, beteiligt. Diese Unternehmen erfüllen kommunale Aufgaben für den Landkreis.

Mit der Errichtung von Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben wird zwar die Aufgabenwahrnehmung aus der Verwaltung ausgegliedert, die Aufgaben selbst verbleiben aber beim Landkreis. Aus dieser fortbestehenden Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften.

Inhalte des Beteiligungsberichts

Gemäß § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) hat der Landkreis zur Information des Kreistages und der Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis unmittelbar oder mit mehr als 50% mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Im Beteiligungsbericht wird für den Kreistag und die Öffentlichkeit dargestellt, welche öffentlichen Aufgaben die Unternehmen im vergangenen Jahr erfüllt haben und wie die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen verlief.

Folgende Inhalte sind im Beteiligungsbericht darzustellen:

Gegenstand des Unternehmens

Hierunter versteht man den Bereich und die Art der Betätigung des Unternehmens, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung vereinbart wurden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Hier wird insbesondere darauf eingegangen, wie das Unternehmen den im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung festgelegten öffentlichen Zweck durch seine Geschäftstätigkeit verfolgt.

Beteiligungsverhältnisse

Bei diesem Punkt werden die Gesellschafter des Unternehmens und die Verteilung der Geschäftsanteile auf die Gesellschafter aufgeführt.

Beteiligungen des Unternehmens

Hier sollen diejenigen Beteiligungen aufgezeigt werden, die das betreffende Unternehmen selbst an anderen Unternehmen hält.

Besetzung der Organe

Die Besetzung der Organe ist vor dem Hintergrund der Kontrolle durch die Gebietskörperschaft wichtig. Hier wird aufgezeigt, wie der Landkreis in der Gesellschaftsversammlung sowie ggf. im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung vertreten ist.



Für das letzte Geschäftsjahr

- Grundzüge des Geschäftsverlaufs
- Lage des Unternehmens
- Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis
- Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres
 - Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen
 - Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

(Hierbei ist jedoch gemäß § 105 Abs. 2 Nr. 3 GemO der § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs anwendbar, wonach auf die Angabe der Gesamtbezüge verzichtet werden kann, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds des jeweiligen Organs feststellen lassen).

Ist der Landkreis **unmittelbar mit weniger als 25%** beteiligt, kann sich die Darstellung auf folgende Punkte beschränken:

Gegenstand des Unternehmens

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Beteiligungsverhältnisse

Die Inhalte der jeweiligen Berichte zu den Beteiligungsunternehmen orientieren sich an den genannten Pflichtinhalten. Teilweise wurde jedoch aus Gründen der besseren Verständlichkeit sowie der Erhöhung des Informationsgehalts von der obenstehenden Untergliederung abgewichen.

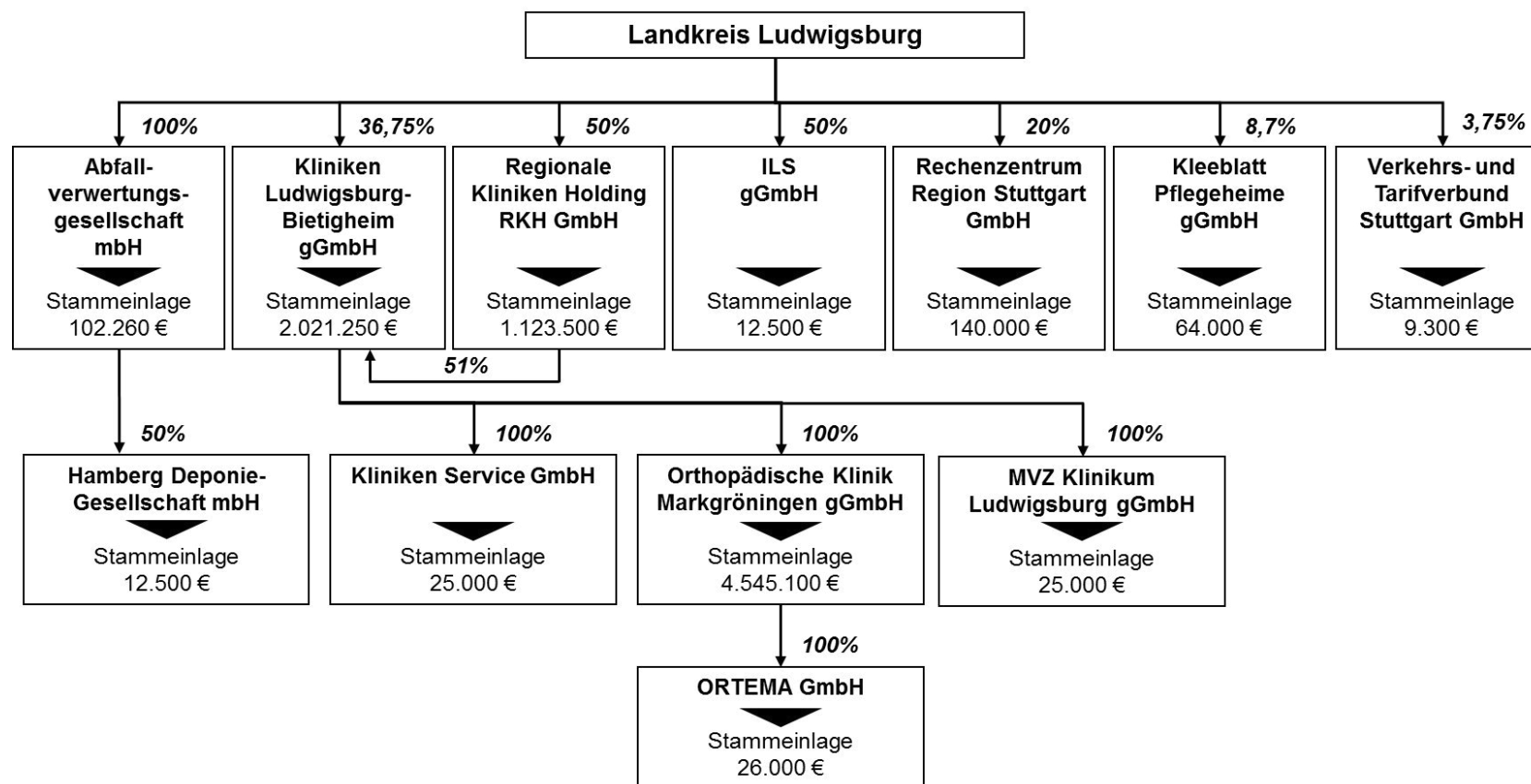
Da in den Beteiligungsbericht gemäß § 105 Abs. 2 GemO nur Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts aufgenommen werden müssen, sind Beteiligungen an Zweckverbänden nicht zwingend im Beteiligungsbericht aufzuführen. Aus Gründen der Transparenz und Vollständigkeit sind die bedeutendsten Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg bei Zweckverbänden ebenfalls im Beteiligungsbericht mit aufgeführt.

Vorbemerkung zu Formulierungen im Beteiligungsbericht

Zur Verbesserung der Lesbarkeit wird in diesem Beteiligungsbericht ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie gilt gleichermaßen für alle Geschlechter.

Beteiligungen des Landkreises Ludwigsburg

Übersicht





Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstraße 30 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 144 49-200
E-Mail	info@avl-lb.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	1. Juli 1989

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfüllung der dem Landkreis Ludwigsburg obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall. Ferner ist die Gesellschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen dazu berechtigt, eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben als Pflichtenübernehmer durchzuführen und sich darüber hinaus wirtschaftlich zu betätigen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die dem Landkreis obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall wurden erfüllt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 102.260,00 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	102.260,00	100

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	12.500	50

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg*	Landrat Dr. Rainer Haas	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Ina Jansen** Tilman Hepperle**	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
1. stv. Vorsitzender	Albrecht Fischer	
2. stv. Vorsitzender	Steffen Döttinger	
Mitglieder – CDU	Albrecht Fischer Reinhard Rosner Horst Stegmaier Thomas Wiesbauer	Konrad Epple Maik Stefan Braumann Martin Queißer Rudolf Sickinger
Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger Rainer Gessler Eberhard Zucker	Klaus Wharton Albrecht Pfeiffer Eberhard Weigele
Mitglieder – SPD	Ernst Morlock Joachim Wirth	Gerhard Jüttner Hans Leopold Schlobach
Mitglieder – Grüne	Doris Renninger Dr. Peter-Michael Valet***	Swantje Sperling Harald Wagner***
Mitglieder – FDP	Volker Godel	Carmen Dötterer
Vertreter der Arbeitnehmer	Andreas König	
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht (Die Linke)	Peter Schimke	Walter Kubach

* Der Kreistag hat vor Entscheidungen der Gesellschafterversammlung der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH in den Fällen des § 10 des Gesellschaftsvertrags in der jeweils gültigen Fassung zu beschließen (§ 5 Hauptsatzung des Landkreises).

** Geschäftsführerin der Gesellschaft vom 01.01. – 30.09.2017 war Frau Ina Jansen. Die Gesellschafterversammlung der AVL hat am 21. Juli 2017 beschlossen, Frau Ina Jansen als Geschäftsführerin der AVL zum 30.09.2017 abuberufen und Herrn Tilman Hepperle zum 01.10.2017 als neuen Geschäftsführer der AVL zu bestellen.

*** Herr Dr. Peter-Michael Valet war bis zum 15.12.2017 Mitglied des Aufsichtsrats. Herr Harald Wagner trat ab dem 15.12.2017 an dessen Stelle. Herr Ralph Schmid hat ab dem 15.12.2017 die Stellvertretung übernommen.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und ggf. Entschädigungen für Verdienstausfall) betrugen im Berichtsjahr 23.100,00 € (Vorjahr: 22.600,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Allgemeines zur Gesellschaft**

Die AVL ist zum einen für die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall zuständig. Sie ist in diesem Bereich hoheitlich tätig und führt als Pflichtenübernehmer eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben im Auftrag des Landkreises Ludwigsburg durch. Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich des Alleingesellschafters Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt.

Darüber hinaus darf sich die AVL nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags auch wirtschaftlich betätigen. In diesen Bereichen ist die AVL privatwirtschaftlich tätig. Zu den privatwirtschaftlichen Leistungen zählt der privatwirtschaftliche Betriebsteil der Deponie Burghof, die gesamte Deponie Am Froschgraben, die Beteiligung an der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH und der Teilbereich der Dualen Systeme, für den die AVL ein pauschales Entgelt für Nebenleistungen, wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, erhält. In den privatwirtschaftlichen Bereichen agiert die AVL auf eigene Rechnung und muss mindestens ihre Kosten durch die eigenen Erlöse decken können. Der Mindestgewinn ist nach dem Kooperationsvertrag auf jährlich 15% des Stammkapitals festgelegt. Auf Grund dieser speziellen Regelung ist die Ertragslage der AVL nicht ohne weiteres mit anderen Firmen vergleichbar. Der Gewinn nach Steuern ist keine aussagefähige Messgröße für die Ertragslage des Unternehmens. Vielmehr müssen zusätzlich die Zuweisungsbeträge, welche die AVL vom Gesellschafter als Kostenersatz erhält, herangezogen werden.

Für die Abfallwirtschaft im Landkreis ist neben der AVL auch der Fachbereich Abfallgebühren (FB 23) im Landratsamt Ludwigsburg zuständig. Der Fachbereich Abfallgebühren ist ausschließlich hoheitlich tätig und für die Gebührenkalkulation, die Abfallwirtschaftssatzung, die Veranlagung der Abfallgebühren und die Vollstreckung der Abfallgebühren zuständig.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Nachfrage nach Kapazitäten der Deponieklassen I bis II für die Ablagerung von mineralischen Abfällen war innerhalb des Verbands Region Stuttgart im Jahr 2017 erneut hoch. Bedingt durch die Änderung der Annahmestrategie der AVL, lagen die im Berichtsjahr angenommenen Mengen jedoch unter den Vorjahresmengen. Wegen der in der Region Stuttgart nur noch begrenzt verfügbaren Ablagerungskapazitäten konnte zudem das Entgeltniveau weiter angehoben werden.

Auch im Segment der unbelasteten Böden DK 0 gibt es eine erhebliche Nachfrage, die auch von den Steinbruchbetrieben im Landkreis im Zuge von deren Rekultivierungsaufgaben allein nicht gedeckt werden kann. Es ist deshalb erforderlich – ergänzend zu den geringer werdenden DK 0-Kapazitäten der Deponie AM FROSCHGRABEN – im Kreisgebiet weitere Entsorgungsmöglichkeiten für solchen unbelasteten Bodenaushub zu schaffen. Inzwischen erfolgen – trotz der Kapazitäten auf der Deponie AM FROSCHGRABEN – "Abfallexporte" aus Baden-Württemberg hinaus. Dies unterstreicht das dringende Erfordernis der Schaffung

weiterer Ablagerungskapazitäten gerade für den unbelasteten Bodenaushub als Baustein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von Gewerbe und Industrie im Landkreis Ludwigsburg als auch in der Region Stuttgart.

In Zeiten knapper werdender Ressourcen bekommt die Wiedergewinnung von Produkten, Materialien und auch Energie aus Wertstoffen einen stetig wachsenden Stellenwert. Mittlerweile ist allgemein anerkannt, dass eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft sich nicht nur positiv auf Umwelt und Klima auswirkt, sondern auch finanzielle Vorteile bringen kann.

Das Kreislauf-Wirtschafts-Gesetz (KrWG) enthält keine klaren Vorgaben zur künftigen Ausgestaltung der Wertstofffassung, sondern sieht dafür lediglich eine Verordnungsermächtigung vor. Ein Wertstoffgesetz, mit dem es eine bundesweite Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungsabfällen und stoffgleichen Nichtverpackungen hätte geben sollen, ist an den unterschiedlichen Interessen von privater Entsorgungswirtschaft und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (örE) gescheitert. In der Folge brachte der Bundestag Anfang April 2017 das Verpackungsgesetz auf den Weg. Der Bundesrat hat das Gesetz im Mai 2017 beschlossen, es tritt zum 01.01.2019 in Kraft und hat eine 2-jährige Übergangsfrist.

Für die Sammlung, Sortierung und Verwertung der Verpackungen sind weiterhin die dualen Systeme zuständig. Diese Sammlung ist auf die vorhandenen Sammelstrukturen der örE abzustimmen. Der örE kann gegenüber den dualen Systemen die Ausgestaltung der Sammlung der restentleerten Kunststoff-, Metall- und Verbundverpackungen bezüglich Art und Größe der Sammelbehälter und des Abholrhythmus festlegen. Diese Regelung beinhaltet nicht die Sammlung von Glas. Stoffgleiche Nichtverpackungen aus Kunststoff und Metall können zusammen mit Verpackungen in einer einheitlichen Wertstofftonne erfasst werden. Die Leistungen müssen ausschreibungsfähig sein.

Der Bundesgesetzgeber wendet die Industrie-Emissionen-Richtlinie der EU (IED-Richtlinie = Industrial Emissions Directive) auch für die Deponiebetriebe an. Damit sind neben den vorhandenen Berichtspflichten neue Kontrollmechanismen seitens der Aufsichtsbehörden entstanden. Dies führte zu weiteren Kostenbelastungen der Deponiebetriebe. Im Zuge der nun regelmäßigen "IED-Begehungen" der Aufsichtsbehörde und der Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt ein intensiver Abgleich der Betriebspraxis mit den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben. Dies sichert einerseits ein hohes Maß an Rechtssicherheit des täglichen Betriebes, führt andererseits aber auch zu weiter gestiegenem Aufwand, insbesondere bei der Kontrolle der angelieferten Abfälle, der Dokumentation und dem betrieblichen Monitoring.

Die ständige Verschärfung von Regelungen für Deponiebetriebe und deren weitere Verdichtung erhöht das Maß an Verantwortung für die handelnden Personen. Bei umsichtiger Wahrnehmung dieser Verantwortung bestehen hierin jedoch auch Chancen, solange es gelingt, die verantwortlichen Mitarbeiter auf einem hohen Kenntnisstand zu halten, damit einen Knowhow-Vorsprung vor anderen Betreibern zu wahren und frühzeitig Änderungen der Rechtsgrundlagen sowie betriebsrelevanter Informationen zu erkennen. Deshalb entsendet die AVL auch weiterhin Mitarbeiter in Fachgremien und wirkt in nationalen Branchen-Netzwerken mit.

Am Erlass einer Mantelverordnung zur Änderung der Bundesbodenschutz-Verordnung sowie einer Ersatzbaustoffverordnung und der Deponieverordnung wird nun schon seit 13 Jahren gearbeitet. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass die Mantelverordnung, nachdem die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat, nun in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Es bleibt weiter abzuwarten, ob als Konsequenz aus den geplanten Verordnungen der befürchtete deutliche Mehrbedarf an Deponievolumen entstehen wird. Erste Prognosen gehen von einem zusätzlichen Bedarf für die Deponierung von mineralischen Abfällen von bundesweit jährlich 13 Mio. Tonnen aus. Die weitere Entwicklung wird

durch die AVL kritisch beobachtet, da dies erheblichen Einfluss auf das langfristige Deponiekonzept des Landkreises, insbesondere im Bereich der Deponieklasse I, haben kann.

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2012 eine Novelle zur Bioabfallverordnung erlassen. Die darin genannten Anforderungen an die Hygienisierung des Grüngutes von den Häckselplätzen machen eine wesentliche Weiterentwicklung des bisherigen Systems zur Grüngutverwertung erforderlich. Die Realisierung eigener Anlagen wurde durch unerwartete Probleme bei den Emissionsberechnungen für die Geruchsausbreitung erheblich behindert, so dass die kostenaufwändige Inanspruchnahme von Dienstleistungen für die Hygienisierung des zerkleinerten Grüngutes ab 2017 genutzt werden musste. Die VDI-Richtlinie zur Berechnung von Geruchsemissionen wurde inzwischen aktualisiert und die Planungen für eigene Anlagen wieder aufgenommen.

Der Gesetzgeber hat im KrWG ab 2015 die Pflicht zu einer flächendeckenden Getrennsammlung von Biogut eingeführt. Im Landkreis Ludwigsburg gibt es bereits seit 1997 eine flächendeckende Biogutsammlung. In Zukunft sollen die Sammelmengen weiter gesteigert werden, um den im Teilplan Siedlungsabfälle vorgegebenen Zielwert von 60 kg / E*a im Jahr 2020 zu erreichen. Mit der Einführung eines wöchentlichen Abfuhrhythmus für Biogut im Sommerhalbjahr, einer starken Absenkung der Leerungsgebühren für Biogut in den letzten Jahren und der gezielten Aktion im Jahr 2016, bei der alle Haushalte ohne Biotonne angesprochen wurden, konnte die Biogutmenge im Berichtsjahr nochmals um 7,4% auf über 30.200 t gesteigert werden.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

In seiner Sitzung am 28. Juni 2017 hat der Aufsichtsrat der AVL über die Abberufung von Frau Ina Jansen als Geschäftsführerin zum 30.09.2017 und über die Bestellung von Herrn Tilman Hepperle zum 01.10.2017 als neuen Geschäftsführer beraten und beschlossen. Die formale Beschlussfassung über die Abberufung und Bestellung der Geschäftsführer erfolgte in der Gesellschafterversammlung am 21. Juli 2017.

In seiner Sitzung am 07. Dezember 2017 hat der Aufsichtsrat Herrn Albert Walter als Prokuristen der AVL zum 31.12.2017 abberufen, da Herr Walter zu diesem Zeitpunkt sein Arbeitsverhältnis beendet und in den Ruhestand gegangen ist.

Seit nunmehr 17 Jahren hat die AVL die Entsorgungspflicht für mineralische Abfälle des Verbands Region Stuttgart (VRS) inne. Für den Landkreis Ludwigsburg besteht diese Übertragung seit 1999, also bereits seit 18 Jahren. Diese Pflichtenübertragungen wurden nach Zustimmung des Kreistags des Landkreises Ludwigsburg sowie der Regionalversammlung des VRS auf Antrag der AVL vom Regierungspräsidium Stuttgart um weitere fünf Jahre, bis Ende 2019, verlängert. Damit bleibt die AVL entsorgungspflichtig für die mineralischen Abfälle einer Region mit ca. 2,7 Mio. Einwohnern und damit 25% der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Erste Gespräche mit dem VRS über eine mögliche Verlängerung dieser Übertragung um weitere 5 Jahre wurden – in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat – im Sommer 2017 aufgenommen.

Die Bundesregierung hat den Atomausstieg beschlossen, das ist auch in Baden-Württemberg spürbar. Die EnBW als Betreiber hat u. a. mit dem Rückbau von Block I des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) begonnen. Für die AVL-Deponien BURGHOF und AM FROSCHGRABEN bedeutet dies, dass in den nächsten zehn Jahren in Summe etwa 3.350 t zweckgerichtet freigemessene mineralische Abfälle der Deponieklasse I und II beseitigt werden müssen. Das Vorhaben sorgt in der Bevölkerung – insbesondere in den Standortgemeinden Schwieberdingen und Vaihingen/Enz – für Vorbehalte und Ängste,



bundesweit steht die Bevölkerung dem Thema skeptisch gegenüber. Die AVL hat sich, auch unter dem Aspekt, dass in früheren Jahren bereits ca. 325 t freigemessene Abfälle aus dem

Rückbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe auf den beiden Deponien beseitigt wurden, dazu entschlossen, das ÖKO-Institut e.V. als kerntechnischen Sachverständigen mit der Beratung, Durchführung und Protokollierung von Messungen sowie der Erstellung der Jahresberichte zu beauftragen. Der erste vom ÖKO-Institut erstellte Jahresbericht ist bereits auf der Homepage der AVL veröffentlicht.

Die Überlegungen, ob die inzwischen auch in Baden-Württemberg mögliche Rechtsform der selbständigen Kommunalanstalt / Anstalt des öffentlichen Rechts eine Alternative für die hoheitlichen Aufgaben der Abfallwirtschaft sein könnte, wurden im Berichtsjahr intensiv fortgeführt. In einer Arbeitsgruppe wurden mit Unterstützung von externen Beratern die steuerlichen und rechtlichen Fragestellungen bearbeitet sowie die Unterschiede in finanziellen und organisatorischen Bereichen näher beleuchtet. Die Zwischenergebnisse wurden dann zusammen mit dem Aufsichtsrat im Rahmen einer Sondersitzung ausführlich erörtert. Im weiteren Verlauf wurden steuerliche Fragestellungen im Rahmen einer verbindlichen Auskunft mit dem zuständigen Finanzamt abgeklärt. Die positive Antwort des Finanzamts auf die verbindliche Auskunft ging am 21.03.2018 ein. In der Folge hat der Aufsichtsrat beschlossen, die weiteren Projektschritte zur Gründung einer Kommunalanstalt zum 01.01.2019 weiter zu verfolgen.

Die AVL bewirtschaftet im Landkreis Ludwigsburg 38 Häckselplätze, auf denen im Jahr 2017 ca. 30.000 t zerkleinertes Grüngut aus Privathaushalten angefallen sind. Davon wurden ca. 6.000 t energetisch verwertet, ca. 22.000 t in zwei Kompostanlagen nach den Vorgaben der Bioabfallverordnung hygienisiert und die restlichen ca. 2.000 t von privaten Dienstleistern verwertet.

Auf den Häckselplätzen ist nach immissionsschutzrechtlichen Vorgaben nur die Abgabe von Baum- und Heckenschnitt erlaubt. Da es sich bei den Häckselplätzen meist um unbeaufsichtigte und frei zugängliche Plätze handelt, werden dort durch die Bürger*innen teilweise auch Gras, krautige Abfälle und Laub entsorgt. Um negative Folgen wie Sickerwasser und Geruchsemissionen zu vermeiden, wurden auf vielen Häckselplätzen dafür separate Container aufgestellt. Insgesamt wurden auf den Häckselplätzen so ca. 4.300 t Gras und krautige Abfälle gesammelt. Die Gestellung der Grascontainer sowie die Verwertung des gesammelten Materials wurden ausgeschrieben und an einen Dienstleister vergeben.

Darüber hinaus werden über vier Grüngutannahmestellen (drei Kompostanlagen sowie einen Häckselplatz) eines privaten Dienstleisters weitere ca. 9.000 t Grüngut angenommen und verwertet.

Das im Landkreis anfallende Biogut soll künftig in einer Vergärungsanlage behandelt werden. Nachdem die Projektgesellschaft Biogutvergärung Bietigheim GmbH (BVB) im Landkreis Ludwigsburg keinen Standort für eine Anlage finden konnte, hat sich ein Standort in Westheim (Rheinland-Pfalz) aufgetan. Die am Standort bestehende Kompostierungsanlage soll zu einer Vergärungsanlage ausgebaut werden. Die Anlage soll im 4. Quartal 2019 in Betrieb gehen.

Die europaweite Ausschreibung der Einsammlung, Sortierung und Verwertung von PPK (Papier, Pappe, Karton) wurde mangels wirtschaftlicher Angebote im Jahr 2016 aufgehoben und ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem öffentlichem Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Im Ergebnis wurde der Zuschlag auf die Angebote der SUEZ Süd GmbH erteilt, Vertragsbeginn war der 01.01.2017.



Umsatz und Auftragsentwicklung

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt mit 41.689 TEUR um 333 TEUR über dem Vorjahreswert. Die AVL hat damit erneut die 40 Mio. EUR-Schwelle bei den Umsatzerlösen überschritten.

Die AVL konnte – wie schon im Vorjahr – auch in 2017 weiter von der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung profitieren und Deponieerlöse von über 11 Mio. EUR erzielen. Die Annahmeentgelte auf den Deponien konnten gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht werden. So war es möglich, dass trotz eines Rückgangs der Anliefermengen um ca. 23% lediglich ein Erlösrückgang von ca. 9% zu verzeichnen war.

Die periodenfremden Erträge sind um 48 TEUR auf 275 TEUR gestiegen. Bei den Erträgen aus dem Verkauf von Sachanlagen war ein Rückgang auf 186 TEUR zu verzeichnen.

Durch Zuweisungen des Alleingeschafters Landkreis Ludwigsburg werden, nach Abzug der durch die AVL selbst erwirtschafteten Erlöse und den separat erstatteten Wertstoffentgelten, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr lagen diese Zuweisungen des Landkreises um 1,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Investitionsbereich

Für das Geschäftsjahr waren ca. 3.218 TEUR für Investitionen veranschlagt, mit 3.255 TEUR wurden geringfügig mehr umgesetzt.

Davon sind allein für die Bau- und Wiederherstellungsmaßnahmen der Erweiterung der Deponie BURGHOF um den Bereich "Monoflächen für MBA-, PAK- und Gipsabfälle" im Berichtsjahr 2.251 TEUR angefallen.

Ein weiterer Schwerpunkt waren (Ersatz-)Beschaffungen des beweglichen Anlagevermögens, überwiegend für Maschinen und Geräte, in Höhe von 966 TEUR.

Die Gesamtsumme der Abschreibungen auf das Anlagevermögen im Berichtsjahr beläuft sich auf 1.991 TEUR und liegt damit auf dem Vorjahresniveau.

Da die Investitionen der AVL im hoheitlichen Bereich durch Gesellschafterdarlehen finanziert und diese in Höhe der darauf anfallenden jährlichen Abschreibungsbeträge wieder getilgt werden, haben sich die bestehenden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis in 2017 weiter reduziert. Die übrigen Investitionen wurden aus Eigenmitteln der AVL finanziert.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr waren in der Verwaltung, auf den Deponien, den Wertstoffhöfen, im Gebrauchtwarenkaufhaus Warenwandel und in der Grüngutverwertung durchschnittlich beschäftigt:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt	146	148
davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	34	34

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist ein Anlagevermögen zum 31.12.2017 in Höhe von 15.153 TEUR aus. Beim Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 70 TEUR, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 843 TEUR und die Guthaben bei Kreditinstituten auf 14.876 TEUR. Die Forderungen gegen Gesellschafter sind um 692 TEUR auf 7.055 TEUR gestiegen. Der Bestand an flüssigen Mitteln des Umlaufvermögens hat sich um 2.163 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 3.786 TEUR erhöht und um die Gewinnausschüttungen der Geschäftsjahre 2015 (4.900 TEUR) und 2016 (1.700 TEUR) verringert. Der Bestand der Rückstellungen hat sich um 2.082 TEUR auf nunmehr 21.377 TEUR erhöht. Der größte Posten dabei sind die Rückstellungen für die künftigen Nachsorgeverpflichtungen der privatwirtschaftlich betriebenen Deponien, die um 1.668 TEUR auf nunmehr 19.402 TEUR erhöht wurden. Die Verbindlichkeiten haben sich um 1.829 TEUR erhöht. Dabei haben die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um 653 TEUR abgenommen und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1.785 TEUR zugenommen.

Stille Reserven und stille Lasten sowie nicht betriebsnotwendiges Inventar und außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente waren im Berichtszeitraum nicht vorhanden. Branchenbezogene Kennzahlen zur Vermögensstruktur werden intern angewendet.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr ergab sich eine Erhöhung der liquiden Mittel in Höhe von 2.163 TEUR, was zu einem Stand des Finanzmittelfonds von 14.880 TEUR zum Jahresende führte.

Ertragslage

Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich vom Alleingesellschafter Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt. In den privatwirtschaftlichen Bereichen agiert die AVL auf eigene Rechnung und muss mindestens ihre Kosten durch die eigenen Erlöse decken können. Der Mindestgewinn ist nach dem

Kooperationsvertrag auf jährlich 15% des Stammkapitals festgelegt. Auf Grund dieser speziellen Regelung ist die Ertragslage der AVL nicht ohne weiteres mit anderen Firmen vergleichbar. Der Gewinn nach Steuern ist keine aussagefähige Messgröße für die Ertragslage des Unternehmens. Vielmehr müssen zusätzlich die Zuweisungsbeträge, welche die AVL vom Gesellschafter als Kostenersatz erhält, herangezogen werden.

In der Theorie ergibt sich folgender Zusammenhang: sinkt der Zuweisungsbedarf bei gleichbleibenden sonstigen Erträgen, so ist dies ein Indikator für eine erfolgreiche Kosteneinsparung. In der Realität werden jedoch stets Veränderungen an allen oben genannten Stellgrößen auftreten, welche die Beurteilung der Ertragslage zu einem komplexen Sachverhalt werden lässt.

- Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt bei 41.689 TEUR und damit um 333 TEUR über dem Vorjahreswert.
- Die Aufwendungen für "Fremdleistungen, Entsorgung und Deponien" sind gegenüber dem Vorjahr um 1.672 TEUR gestiegen, hauptsächlich durch gestiegene Verwertungskosten wegen den deutlich höheren Biogutmengen und den höheren Wertstoffpreisen, die an den Landkreis erstattet werden müssen.
- Der Personalaufwand ist geringfügig um 15 TEUR gestiegen. Ursächlich dafür waren Tarifsteigerungen.
- Die Abschreibungen liegen weiterhin auf dem Vorjahresniveau, da sich die Anlieferungsmengen auf den Deponien nur unwesentlich vom Vorjahr unterscheiden.
- Der sonstige betriebliche Aufwand liegt um 4,6 Mio. EUR erheblich unter dem Vorjahr. Hauptgrund dafür ist, dass im Vorjahr – auf Basis des aktualisierten Gutachtens über die Folgekosten für die Deponien – deutlich höhere Rückstellungen für die späteren Nachsorgekosten, auch rückwirkend für die bereits vergangenen Jahre, zuzuführen waren.

Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 1) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 2) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	35,0	41,1	– 6,1
Anlagendeckung I in %	90,7	113,0	– 22,3
Anlagendeckung II in %	128,4	160,4	– 32,0
Liquiditätsgrad in %	245,7	327,3	– 81,6

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.



Ausblick

Durch die erforderliche (Neu-)Ausschreibung und Vergabe von Verträgen im (europaweiten) Wettbewerb ist es der AVL in den vergangenen Jahren regelmäßig gelungen, Kostensenkungspotenziale zu realisieren. In den letzten Jahren hat sich der Wettbewerb abgeschwächt und es ist festzustellen, dass im Bereich der Abfallwirtschaft eine Marktkonzentration stattfindet. Teilweise geben nur noch wenige, überregional tätige Firmen Angebote ab und die Jahreskosten von neu ausgeschriebenen Verträgen steigen wieder an. Im Ergebnis sind die abfallwirtschaftlichen Leistungen im Landkreis Ludwigsburg – auch im regionalen Vergleich – noch immer auf einem betriebswirtschaftlich vernünftigen und konkurrenzfähigen Preis-Leistungs-Niveau. Darüber hinaus führen zusätzliche gesetzliche Vorgaben zu weiteren Kostenbelastungen für die Gebührenzahler, so dass im Ergebnis mit einem eher steigenden Gebührenbedarf in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Auf Basis der Budgetplanung für 2018 werden die gebührenfähigen Erlöse nach heutigem Kenntnisstand über dem Niveau des Jahres 2017 erwartet.



Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hamberg 4 75433 Maulbronn
Telefon	(07141) 1445 49-215 (GF in Verwaltungsstelle AVL)
E-Mail	deponien@hdg-maulbronn.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	21.07.2010

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Abfalldeponien, insbesondere der in Maulbronn gelegenen Deponie HAMBERG zur Erfüllung der Entsorgungspflichten des Enzkreises und des Landkreises Ludwigsburg.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Betrieb der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH erfüllt vor allem die Entsorgungspflichten des Enzkreises, unterstützt aber auch die AVL in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Mit dem gemeinsamen Betrieb von drei Deponien durch die AVL werden zudem verschiedene Synergieeffekte erzielt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
AVL GmbH	12.500	50
Enzkreis	12.500	50

Beteiligungen des Unternehmens

Die Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
AVL GmbH**	Ina Jansen***	
	Tilman Hepperle***	
Enzkreis	Landrat Karl Röckinger	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Tobias Mertenskötter****	
Geschäftsführer	Karl-Heinz Zeller****	
<u>Beirat</u>		
Vorsitzender	Landrat Karl Röckinger	
Stv. Vorsitzender	Ina Jansen***	
	Tilman Hepperle***	
<u>Vertreter der AVL</u>		
Mitglieder – CDU	Albrecht Fischer	---
	Reinhard Rosner	---
Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger	---
	Rainer Gessler*	---
Mitglieder – SPD	Joachim Wirth	---
Mitglieder – Grüne	Doris Renninger*****	---
Mitglieder – FDP	Volker Godel*	---
<u>Vertreter des Enzkreises</u>		
Mitglieder – Freie Wähler	Karlheinz Schühle	---
Mitglieder – CDU	Kurt Ebel	---
Mitglieder – SPD	Hans Vester	---
Mitglieder – Grüne	Volker Siedentopf	---
Mitglieder – FDP	Karl Retter	---
<u>Vertreter der Stadt Maulbronn</u>		
Bürgermeister	Andreas Felchle	---

- * Herr Volker Godel übernahm den Beiratssitz in der ersten Hälfte der Wahlperiode (vom 16.12.2014 – 31.12.2016). Danach übernahm Herr Rainer Gessler den Beiratssitz (vom 01.01.2017 bis Ende der Wahlperiode in 2019), wobei Herr Volker Godel seit 01.01.2017 ein Gastrecht mit Rederecht aber ohne Stimmrecht im Beirat hat.
- ** Nach § 9 Ziffer 2 lit. I des Gesellschaftsvertrags der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH entscheidet der Aufsichtsrat der AVL über die Ausübung des Stimmrechts der Gesellschaft aus Beteiligungen und Mitgliedschaften bei anderen Verbänden, Organisationen und Unternehmen.
- *** Frau Ina Jansen bis 30.09.2017, Herr Tilman Hepperle als neuer Geschäftsführer der AVL ab dem 01.10.2017 und stellvertretender Beiratsvorsitzender seit dem 20.10.2017.
- **** Geschäftsführer der Gesellschaft waren Herr Karl-Heinz Zeller, Pforzheim, für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2017 und Herr Tobias Mertenskötter, der technische Leiter der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH, für die Zeit vom 17.02. – 31.12.2017.
- ***** Herr Dr. Peter-Michael Valet scheidet in seiner Funktion als Beirat zum 15.12.2017 aus. Frau Doris Renninger übernahm dessen Beiratssitz ab 18.12.2017.



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Beirat (Sitzungsgelder einschließlich Fahrtkosten) betrugen im Berichtsjahr 7.200,00 € (Vorjahr: 7.350,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Die Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH ist eine Kooperationsgesellschaft der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH und des Enzkreises. Die beiden Partner sind im Sommer 2010 die Kooperation mit dem Ziel eingegangen, die Restverfüllung der Deponie HAMBERG bei Maulbronn in deren Deponieabschnitt V und dessen anschließende Stilllegung und Nachsorge zu betreiben. Die HDG führt auch den Stilllegungs- und Nachsorgebetrieb der Deponieabschnitte I bis IV der Deponie HAMBERG.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Der Bundesgesetzgeber wendet inzwischen die Industrie-Emissionen-Richtlinie der EU (IED-Richtlinie = Industrial Emissions Directive) auch für die Deponiebetriebe an. Damit sind – neben den vorhandenen Berichtspflichten – neue Kontrollmechanismen seitens der Aufsichtsbehörden entstanden. Dies führt zu weiteren Kostenbelastungen des Deponiebetriebs. Im Zuge der nun regelmäßigen "IED-Begehungen" der Aufsichtsbehörde und der anschließenden Veröffentlichung der Berichte, erfolgt ein intensiver Abgleich der Betriebspraxis mit den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben. Dies sichert einerseits ein hohes Maß an Rechtssicherheit des täglichen Betriebs, führt andererseits aber auch zu weiter gestiegenem Aufwand, insbesondere bei der Kontrolle der angelieferten Abfälle, der Dokumentation und des betrieblichen Monitorings.

Die ständige Verschärfung von Regelungen für Deponiebetriebe und deren weitere Verdichtung erhöht das Maß an Verantwortung für die handelnden Personen. Bei umsichtiger Wahrnehmung dieser Verantwortung bestehen hierin jedoch Wettbewerbschancen, solange es gelingt, die verantwortlichen Mitarbeiter auf einem hohen Kenntnisstand zu halten und damit einen Knowhow-Vorsprung vor anderen Betreibern zu wahren. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren sind das frühzeitige Erkennen von Marktlücken und Branchentrends, Änderungen der Rechtsgrundlagen sowie betriebsrelevanter Informationen.

Am Erlass einer Mantelverordnung zur Änderung der Bundesbodenschutzverordnung sowie einer Ersatzbaustoffverordnung und der Deponieverordnung arbeitet das Bundesumweltministerium nun schon seit 13 Jahren. Es bleibt weiter abzuwarten, ob als Konsequenz aus den geplanten Verordnungen der befürchtete deutliche Mehrbedarf an Deponievolumen entstehen wird. Erste Prognosen gehen von einer jährlichen Zusatzmenge an mineralischen Abfällen zur Deponierung von bundesweit 13 Mio. Mg aus. Die weitere Entwicklung wird durch die HDG kritisch beobachtet. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass die Mantelverordnung, nach dem die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat, nun in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Für den Deponiebetrieb war der Fortschritt im weiteren Ausbau des Deponieabschnittes V von Bedeutung. Die Gesamtbaumaßnahme wurde im Jahr 2017 fertiggestellt. Die abfallrechtliche Abnahme wurde in zwei Schritten erteilt, Teil eins im Herbst 2017 und Teil zwei im Frühjahr 2018.

Die HDG ist auch für die ehemals mit Restmüll verfüllten Altbereiche der Deponie HAMBERG zuständig. Nach der Ertüchtigung des Entgasungssystems wurde im Oktober 2015 ein kleiner Gasmotor in Betrieb genommen, der inzwischen die Deponieeinrichtungen der HGD mit elektrischer Energie versorgt und den Überschuss ins Stromnetz einspeist.

Die HDG hat die Planungen für die Oberflächenabdichtung der Altbereiche im Jahr 2017 wieder aufgenommen. Bedingt durch die anstehende Baumaßnahme musste das Oberflächenwasserkonzept überarbeitet werden. Ein großer Teil der Planungskosten für die Oberflächenabdichtung und das Oberflächenwasserkonzept mussten bereits im Jahr 2017 bezahlt werden.

Umsatz und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2017 ergab sich eine Anliefermenge von insgesamt 69.404 Mg mineralischer Abfälle. Davon waren 18.554 Mg Abfälle, die als Ersatzbaustoffe verwendet wurden. Die Ersatzbaustoffe reduzieren zwar die spezifischen Erlöse, tragen jedoch wesentlich zu Einsparungen bei, da ansonsten Primärbaustoffe mit entsprechender Kostenbelastung verwendet werden müssten. Von der Gesamtmenge waren rund 39.191 Mg DK II-Abfälle

Die Erlöse aus der Deponieverfüllung belaufen sich in 2017 auf 2.645 TEUR. Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge inklusive der darin enthaltenen Zuweisungen des Enzkreises liegt bei 3.819 TEUR. Durch die Zuweisungen werden, nach Abzug der durch die HDG selbst erwirtschafteten Erlöse, die noch verbleibenden Kosten gedeckt. Im Geschäftsjahr 2017 liegen diese Zuweisungen des Enzkreises im Gebührenbereich bei 106 TEUR und im Nachsorgebereich bei 1.056 TEUR.

Investitionsbereich

Für das Geschäftsjahr 2017 waren im Investitionsplan insgesamt 1.480 TEUR veranschlagt, größtenteils für den weiteren Ausbau der Ablagerungsflächen im Deponieabschnitt V sowie für den geplanten Kauf eines Radladers. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2017 Investitionen in Höhe von 1.231 TEUR getätigt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Durch Neuzugänge oder das Ausscheiden von Arbeitnehmer/innen innerhalb des Jahres können sich Bruchteile bei der Zahl der Arbeitnehmer ergeben, da die jeweilige Anzahl zum Ende des Quartals als Berechnungsgrundlage dient.

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt	4,0	3,75
davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	3,0	2,0

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.



Die Gesellschaft beschäftigt – neben den beiden Geschäftsführern – noch zwei weitere Arbeitskräfte. Dabei handelt es sich um einen Maschinisten und eine Mitarbeiterin an der Waage. Darüber hinaus erbringen die Mitarbeiter der AVL und des Enzkreises Leistungen für die HDG, die nach festgelegten Stundensätzen der HDG in Rechnung gestellt werden. Diese fremdbezogenen Personalkosten belaufen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 4.622 Einsatzstunden mit insgesamt 244 TEUR.

Lage des Unternehmens

Vermögens- und Finanzlage

Der Enzkreis hat einen Pachtvertrag mit der Stadt Maulbronn über die gepachtete Deponiefläche. Gemäß dem Unterpacht- und Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der HDG und dem Enzkreis übernimmt die HDG die daraus resultierenden regelmäßigen Pachtzahlungen von jährlich 180 TEUR an die Stadt Maulbronn. Darüber hinaus hat der Enzkreis zum Betriebsbeginn der HDG die schon vorbereiteten Deponieflächen für einen jährlichen Pachtbetrag von weiteren 296 TEUR zur Verfügung gestellt. Somit betragen die vertraglichen Pachtzahlungen der HDG insgesamt 476 TEUR pro Jahr.

Die Verbindlichkeiten betrugen zum Stichtag 2.127 TEUR, davon aus Lieferungen und Leistungen 274 TEUR, gegenüber Gesellschaftern 1.586 TEUR und weitere 266 TEUR für sonstige Verbindlichkeiten.

Im Berichtszeitraum wurden Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten sowie für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in Höhe von 10 TEUR gebildet. Für die spätere Nachsorge der privatwirtschaftlichen Deponieabschnitte wurden im Berichtsjahr 802 TEUR den Rückstellungen zugeführt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist im Anlagevermögen zum 31.12.2017 Sachanlagen in Höhe von 3.117 TEUR aus. Beim Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 8 TEUR, die Forderungen aus Lieferungen und Leistung auf 448 TEUR, die Forderungen gegen Gesellschafter auf 1.383 TEUR und der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten auf 595 TEUR.

Ertragslage

Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die HDG für ihre Leistungen im Gebühren- und Nachsorgebereich vom Enzkreis ein kostendeckendes Entgelt. Der Zuweisungsbedarf im Nachsorgebereich beträgt im Berichtsjahr 1.056 TEUR und im Gebührenbereich 106 TEUR. Im privatwirtschaftlichen Bereich, der die Verfüllung des Deponieabschnittes V beinhaltet, ist die Gesellschaft dagegen für die Wirtschaftlichkeit selbst verantwortlich und muss mindestens ihre Kosten durch die Erlöse decken.

Die Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 lässt sich anhand der nachstehenden Sachverhalte besser verdeutlichen:

- Die Erlöse aus der Deponieverfüllung liegen bei 2.645 TEUR.
- Der "Aufwand Entsorgung" besteht weitgehend aus Fremdleistungen und beläuft sich auf 1.174 TEUR, wovon 714 TEUR auf die Kosten für die Oberflächenabdichtung entfallen. Des Weiteren sind die von den Mitarbeitern der AVL und des Enzkreises für die HDG erbrachten Arbeitsleistungen, die nach den festgelegten Stundensätzen an die HDG weiterberechnet werden, in Höhe von 244 TEUR enthalten.
- Der Deponieaufwand (einschließlich der Oberflächenabdichtung) liegt bei ca. 850 TEUR.
- Der Personalaufwand im Berichtsjahr beträgt 103 TEUR.

- Die Abschreibungen betragen 620 TEUR.
- Der Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist geprägt durch die bereits erwähnte Pacht von insgesamt 476 TEUR und die Zuführung zu den Rückstellungen für die spätere Nachsorge der privatwirtschaftlichen Deponieabschnitte von 802 TEUR. Die Kosten für Instandhaltung und Wartung belaufen sich auf 95 TEUR, für Betriebsstoffe auf 50 TEUR und für Sachverständige / Beratungskosten auf 197 TEUR.
- Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 7 TEUR erzielt.

Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 3) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 4) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	33,0	47,6	– 14,6
Anlagendeckung I in %	61,9	77,1	– 15,2
Anlagendeckung II in %	110,0	97,0	+ 13,0
Liquiditätsgrad in %	429,0	594,8	– 165,8

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Die umweltverträgliche Städteplanung macht es im Verdichtungsraum des Mittleren Neckars sowie in den Stadtgebieten Pforzheim und Karlsruhe weiterhin erforderlich, dass bei der Erschließung neuer Bauprojekte häufig Bestandsflächen genutzt werden müssen. Daraus folgt regelmäßig auch ein Entsorgungsbedarf für mineralische Abfälle mit DK II-Belastungen. Unverändert hat die Deponie HAMBERG mit dem verkehrsgünstigen Anschluss an die B 35 einen Standortvorteil gegenüber den Wettbewerbern. Der Entsorgungsmarkt hat wahrgenommen, dass die formalen Abwicklungen im Vorfeld einer Anlieferung zur Deponie HAMBERG in der operativen Verantwortung der AVL zügig erledigt werden, sodass hierdurch ein Wettbewerbsvorteil entstanden ist und die Deponie von den Marktteilnehmern gut angenommen wird. In diesem Zusammenhang werden auch erste Überlegungen über Erweiterungen der HAMBERG Deponie vorgenommen. Die möglichen Erweiterungen werden zum einen in einer Vergrößerung des derzeitigen Standortes, zum anderen in der Schaffung eines neuen Standortes gesehen. Beide Varianten werden derzeit parallel verfolgt.

Die im Budget für das Jahr 2018 geplanten Umsatzerlöse und Erträge liegen bei 6.468 TEUR und damit deutlich über dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2017. Das liegt hauptsächlich an den budgetierten Kostenerstattungen des Enzkreises für den in den Folgejahren geplanten, schrittweisen Bau der Oberflächenabdichtung auf den früher mit Restmüll verfüllten Deponieabschnitten.



Regionale Kliniken Holding RKH GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 99-90
E-Mail	info.rkh@verbund-rkh.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	10.12.2004

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Bei der Regionale Kliniken Holding RKH GmbH (Kliniken Holding) handelte es sich von 2005 bis 2008 um eine strategische Partnerschaft der Enzkreis-Kliniken gGmbH (Enzkreis-Kliniken, EKK) und der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (Kliniken gGmbH, KLB). Dafür haben zum 01.01.2005 der Enzkreis 51% der Enzkreis-Kliniken und der Landkreis Ludwigsburg zusammen mit der Stadt Bietigheim-Bissingen 51% der Kliniken gGmbH in die Kliniken Holding eingebracht.

Der Landkreis Ludwigsburg und die Kliniken gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) inkl. deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH (ORTEMA) beworben. Der Erwerb wurde zum 01.07.2007 vollzogen. Die Eingliederung der OKM und der ORTEMA vervollständigt das Leistungsangebot des Klinikverbundes und ermöglicht eine entsprechend dem Gesellschaftszweck sinnvolle Abstimmung, insbesondere der medizinischen Gesundheitsleistungen, in der Region.

Im Verlauf des Jahres 2008 haben sich die kommunalpolitischen Gremien des Klinikverbundes dafür ausgesprochen, die Krankenhäuser Bruchsal und Bretten zum 01.01.2009 in die strategische Partnerschaft aufzunehmen. Die Gesellschaftervertreter haben sich dabei für die gesellschaftsrechtliche Verflechtung nach dem bisherigen Holding-Modell des Klinikverbundes entschieden. Der Landkreis Karlsruhe hat daher die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (KLK) gegründet und seine Krankenhäuser in diese Gesellschaft übertragen. Die Kliniken des Landkreis Karlsruhe wurden wie die Enzkreis-Kliniken und die Kliniken gGmbH zu 51% in die Regionale Kliniken Holding eingebracht. Die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH hat ihr Tochterunternehmen Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH (SDLK) ebenso in den Verbund eingebracht.

Der Zusammenschluss hat bereits und wird weiterhin auf allen Seiten zu positiven Effekten führen. Die einheitliche Geschäftsführung steht dabei für eine einheitliche Steuerung und Zielorientierung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Verbundpartner der Kliniken Holding haben das Ziel, die Zusammenarbeit ihrer Standorte und damit die Patientenversorgung in ihren Einzugsgebieten und darüber hinaus zu sichern und auszubauen. Dies ist in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen festgeschrieben. Die Verbundpartner passen ihre Krankenhauseinrichtungen den Marktgegebenheiten flexibel an, bündeln in der Holding Know-how, heben damit Synergien und optimieren ihre betrieblichen Prozesse zum Vorteil der Patientinnen und Patienten und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Der deutsche Krankenhausmarkt ist gekennzeichnet von Fusionen, Schließungen und einer Veränderung der Träger- bzw. Gesellschafterstrukturen. So zeigt sich, dass innerhalb der vergangenen Jahre insbesondere die Anzahl der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft abgenommen hat. Die in rein „privater“ Trägerschaft organisierten Klinikunternehmen konnten dagegen eine Zunahme verzeichnen. Auch ausländische Klinikunternehmen drängen auf den deutschen Krankenhausmarkt. Einerseits wird die Trägervielfalt von der Gesundheitspolitik gewünscht, andererseits ergeben sich durch die konträren Unternehmensziele ungleiche Voraussetzungen, um sich im Verdrängungswettbewerb durchsetzen zu können. Die Gesetzgebung macht durch ihre Entscheidungen deutlich, dass eine konsequente Marktbereinigung gewollt ist. Die Verbundpartner der Kliniken Holding zeigen durch ihr Handeln und ihre jeweilige Unternehmensentwicklung, dass sie diese Tendenzen früh wahrgenommen und die notwendigen Veränderungen mit der Gründung und der Erweiterung der Holding rechtzeitig aus eigenem Antrieb angestoßen und umgesetzt haben.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 2.247.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	1.123.500	50
Enzkreis	292.110	13
Stadt Bietigheim-Bissingen	337.050	15
Landkreis Karlsruhe	494.340	22

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	2.805.000	51
Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000	51
Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH	2.040.000	51



Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg*	Landrat Dr. Rainer Haas	
Enzkreis	Landrat Karl Röckinger (bis 31.01.2018)	
	Landrat Bastian Rosenau (ab 01.02.018)	
Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing	
Landkreis Karlsruhe	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
Stv. Vorsitzender	Landrat Karl Röckinger (bis 31.01.2018)	
	Landrat Bastian Rosenau (ab 01.02.018)	
Stv. Vorsitzender	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel	
<u>Aufsichtsrat der KLB</u>		
<u>Vertreter des Landkreises Ludwigsburg</u>		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier Manfred List Erich Zucker	Gero Dorda Siglinde Lischke Dr. Jakob Sigle
Mitglieder – Freie Wähler	Herbert Pötzsch Werner Möhrer Jürgen Scholz	Gerd Maisch Ralf Zimmermann Rainer Gessler
Mitglieder – SPD	Dr. Eckart Bohn Thorsten Majer	Erika Pudleiner Hans Leopold Schlobach
Mitglieder – Grüne	Andrea Stockmayer-Mohn Andreas Roll	Susanne Schwarz-Zeeb Helmut Fischer
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Johann Heer
<u>Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen</u>		
Mitglieder – CDU	Dr. Wolfgang Pfeiffer	Jürgen Weller
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Prof. Dr. Heinrich Heyes
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Petra Kühlthau
Mitglieder – FDP	Dr. Dieter Baumgärtner (bis 07.02.2017)	Dr. Georg Mehrle
	Dr. Georg Mehrle (ab 07.02.2017)	Götz Noller
Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Attila Tür



<u>Vertreter der Arbeitnehmer</u>	Dr. Gerhard Locher	Ulrike Stoiber-Lipp
	Ralf Kurfiss	Nadja Schmidt
<u>Aufsichtsrat der EKK</u>		
<u>Vertreter des Enzkreises</u>		
Mitglieder – FW	Rolf Leo	Dr. Wolfgang Ballarin
	Horst Martin	Werner Henle
Mitglieder – CDU	Günter Bächle	Michael Seiß
	Helmut Spiegel	Wolfgang Schreiber
Mitglieder – SPD	Dr. Till Neugebauer	Dr. Andrea Link-Hofsäß
Mitglieder – Grüne	Hasan Özer	Manfred Dengler
Mitglieder – FDP	Frank Schneider	Prof. Dr. Erik Schweickert
<u>Vertreter der Arbeitnehmer</u>	Ralf Engelhardt	Birgit Gräßle
	Paul Westerkamp	Klaus Jomrich
<u>Aufsichtsrat der KKK</u>		
<u>Vertreter des Landkreises</u>		
<u>Karlsruhe</u>		
Mitglieder – CDU	Thomas Ackermann	Achim Kirchenbauer
	Karl-Heinz Burgey	Frank H. Hörter
	Michael Nöltner	Paul Metzger
	Klaus-Dieter Scholz	Ulrich Hintermayer
	Jens Skibbe	Thomas Nowitzki
Mitglieder – SPD	Markus Rupp	Manfred Köhler
	Wolfgang Eberle	Ruth Römpert
Mitglieder – FW	Eberhard Roth	Reinhold Gsell
	Martin Wolff	Richard Schleicher
Mitglieder – Grüne	Uwe Rohrer	Otto Mansdörfer
Mitglieder – FDP	Willy Nees	Lucia Biedermann
<u>Vertreter der Arbeitnehmer</u>	Ioannis Papadopoulos	Monika Zink
	Roland Walther	Hans-Dieter Bender

- * Nach § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises Ludwigsburg bedürfen Entscheidungen des Vertreters des Landkreises in der Gesellschafterversammlung in den Fällen des § 12 des Gesellschaftsvertrags in der jeweils gültigen Fassung der Zustimmung des Kreistags.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Bezüge der Konzern-Geschäftsführung beliefen sich auf 366.585 € (Prämien des laufenden Jahres werden im Folgejahr ausgezahlt, max. 40.000 €). Darin sind 16.585 € für Altersversorgung (ZVK) enthalten. Die Bezüge beziehen sich auf die Geschäftsführertätigkeit in den Gesellschaften Regionale Kliniken Holding RKH GmbH, Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, Enzkreis-Kliniken gGmbH, Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH, Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH, Kliniken Service GmbH, Service Dienste des Landkreises Karlsruhe GmbH, ORTEMA GmbH und MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH. Die Auszahlungen erfolgten durch die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH und wurden im Rahmen des Managementvertrages verrechnet.



Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 27.475,90 € (Vorjahr: 25.556,55 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung in den Landkreisen Ludwigsburg, Karlsruhe sowie dem Enzkreis, insbesondere durch die Organisation vor-, nach-, teil- oder vollstationärer sowie ambulanter Leistungen, deren Finanzierung sowie den Betrieb von Einrichtungen, die dem Zweck des Unternehmens dienen. Dabei ist die Gesellschaft entweder unmittelbar selbst tätig oder aber mittelbar durch das Halten von Beteiligungen an gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften sowie deren Steuerung und Finanzierung. Wie oben dargestellt, ist die Gesellschaft zu je 51% an den Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, den Enzkreis-Kliniken gGmbH und den Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH beteiligt.

Die Geschäftstätigkeit der Regionale Kliniken Holding RKH GmbH selbst unterteilt sich seit 2008 in zwei Geschäftsfelder – das Verbundlabor und Managementdienstleistungen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Verbundlabor

Zum 01.01.2008 hat die Kliniken Holding die Aufgabenbereiche des Instituts für Laboratoriumsmedizin einschließlich Mikrobiologie, Krankenhaushygiene und Blutdepot gesellschaftsrechtlich, personell, wirtschaftlich und organisatorisch von den Krankenhäusern (Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, Enzkreis-Kliniken gGmbH und Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH) übernommen.

Das entstandene Verbundlabor verrechnet seine Leistungen nach verbundeinheitlichen Preisen. Zusätzlich werden Leistungen an Dritte außerhalb der Holding angeboten. Zum 01.01.2010 wurden die Laborstandorte der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal und der Rechbergklinik Bretten) auf gleiche Weise in das Verbundlabor aufgenommen.

Das Verbundlabor bedient jetzt alle zehn Kliniken des Verbundes mit allen laboratoriumsmedizinischen Leistungen sowie der Krankenhaushygiene. „Zentral“ steht hier für eine einheitliche Führung, einheitliche Qualitätsstandards und Prozesse. Weiterhin verfügen alle Standorte über Laboreinrichtungen, die an dem individuellen Bedarf ausgerichtet sind. Zudem werden von den vier Blutdepots an den Standorten Ludwigsburg, Bietigheim, Markgröningen und Bruchsal Blutprodukte an die Kliniken ausgegeben.

Im Jahr 2016 wurde der Bereich der Bakteriologie neu strukturiert. Er wird seit dem 1. April 2016 als Sektion innerhalb des Institutes fachlich eigenständig geführt. Zudem erfolgte eine noch enge Verzahnung mit der Abteilung Hygiene. Beide Bereiche haben nun eine einheitliche Führungsstruktur. Im Bereich Klinische Chemie erfolgte die geplante Umstellung der Hämostaseologie auf Analysensysteme der neuesten Generation. Im Jahr 2016 erfolgte in der Mikrobiologie die Implementierung der Erregeridentifikation mittels Massenspektrometrie und moderner molekularbiologischer Methoden. Die Neuausrichtung der Blutgruppendiagnostik ist in Arbeit und wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2018 abgeschlossen werden.

In 2016 wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das weitere Wege zur Optimierung der Laborleistungen aufzeigte. Neben dem Gerätepark wurden Anforderungsmuster untersucht, um wirtschaftliche Reserven mit den Nutzern abzustimmen. Auch wurde das Standortkonzept kritisch hinterfragt und Lösungsansätze aufgezeigt. Die praktische Umsetzung der hier aufgezeigten Potenziale konnte in 2017 weitgehend abgeschlossen werden. Erste positive Effekte sind bereits erkennbar. Zusätzlich ist für das Jahr 2018 geplant, die Analysesysteme in der Hämatologie durch Systeme des neuesten Standes der Technik zu ersetzen.

Managementdienstleistungen

Wie bereits in den Geschäftsjahren vor 2008 erbringt die Kliniken Holding weiterhin ihre zentralen Managementleistungen für die Verbundgesellschaften. Durch diese Steuerungsfunktionen werden Strukturen, Prozesse, wirtschaftliches Handeln und Auftreten der Verbundpartner aufeinander abgestimmt und an dem gemeinsamen Leitbild ausgerichtet. Um diese Leitfunktion zu untermauern, wurden zum 01.01.2010 alle standortübergreifend verantwortlichen Führungskräfte der administrativen Bereiche arbeitsrechtlich bei der Holding angesiedelt. Seit 2012 sind zusätzlich die Verantwortlichen für Fort- und Weiterbildung, Medizincontrolling und Logistik direkt bei der Holding angestellt, so dass auch in diesen Bereichen eine holdingübergreifende Abstimmung zu weiteren Synergien führt. Damit sind alle patientenfernen Bereiche durch die jeweilige Organisationsstruktur bei der Holding gebündelt.

Investitionsbereich

Im Jahr 2017 wurden rd. 0,1 Mio. € (Vj. 0,2 Mio. €) für den Gerätepark des Labors aufgewendet. Die Investitionen werden aus Eigenmitteln in Kombination mit geplanten kurzfristigen Bankdarlehen finanziert. Die Investitionskosten fließen in die Entgelte ein. In 2017 war es nicht notwendig, dafür Darlehen aufzunehmen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	177	175

Im Jahr 2017 ist die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Die Zahl der Vollkräfte ist marginal um 1 VK gestiegen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist um 2 Personen gestiegen.

Zum 31.12.2017 haben sich folgende Personalkenngrößen ergeben:

	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten	177	175
Anzahl der Vollkräfte	138	137
Anteil der weiblichen Beschäftigten	79%	79%
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	34%	39%

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Neben den laufenden Investitionen wurde – wie bereits in den Vorjahren – der Gerätepark im Rahmen der notwendigen Erweiterungsschritte aufgerüstet.

Die Vorräte halten sich auf einem Mindestniveau und werden auch vom Anforderungsverhalten der Kliniken bestimmt.

Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss 2017 (190.090 €). Der Jahresfehlbetrag 2016 wird steuerlich auf neue Rechnung vorgetragen, sodass in den Rückstellungen keine Steuerrückstellungen zum Stichtag enthalten sind (Vj. 109.000 €).

Die Darlehensverbindlichkeit wird planmäßig getilgt und war zur Finanzierung der Startinvestitionen notwendig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus dem Liefer- und Leistungsverkehr. Ferner werden über diese Position auch unterjährig die Zuweisungen der Landkreise gemäß Konsortialvertrag an die Klinikgesellschaften abgewickelt. Die Zahlungen des Landkreises Karlsruhe in Höhe von 6 Mio. € konnten in 2016 zwar zum Jahresende vereinnahmt, aber nicht mehr vor dem Bilanzstichtag an die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH weitergeleitet werden. Daher ergibt sich zum 31.12.2016 eine hohe Verbindlichkeitsposition. 2017 konnte dies vor dem Bilanzstichtag abgewickelt werden.

Vermögenslage	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	553.481	5,2	681.224	4,2	-127.743	-18,8
Finanzanlagen	6.375.000	60,2	6.375.000	38,9	0	0,0
Anlagevermögen	6.928.481	65,5	7.056.224	43,1	-127.743	-1,8
Vorräte	316.802	3,0	356.797	2,2	-39.995	-11,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.025.641	9,7	491.232	3,0	534.409	108,8
Forderungen gegenüber Gesellschafter	377	0,0	0	0,0	377	0,0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	1.507.860	14,2	2.152.720	13,1	-644.859	-30,0
Übrige Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Abgrenzung	32.941	0,3	60.635	0,4	-27.693	-45,7
Bank	761.079	7,2	6.253.218	38,2	-5.492.139	-87,8
Umlaufvermögen	3.644.701	34,4	9.314.602	56,9	-5.669.901	-60,9
Rechnungsabgrenzungsposten	10.907	65,9	10.710	111,5	197	0,0
Betriebsvermögen	10.584.089	99,9	16.381.536	99,9	-5.797.447	-35,4
Eigenkapital	5.638.964	53,3	5.448.874	33,3	190.090	3,5
Übrige Rückstellungen	948.000	9,0	1.123.000	6,9	-175.000	-15,6
Darlehensverbindlichkeiten	120.000	1,1	200.000	1,2	-80.000	-40,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.921.433	27,6	8.259.494	50,4	-5.338.061	-64,6
Übrige Verbindlichkeiten und Abgrenzung	955.692	9,0	1.350.168	8,2	-394.476	-29,2
Verbindlichkeiten	3.997.125	37,8	9.809.662	59,9	-5.812.537	-59,3
Betriebskapital	10.584.089	100,0	16.381.535	100,0	-5.797.446	-35,4



Bei der Gründung (2005) und Erweiterung (2009) der RKH haben sich der Landkreis Ludwigsburg, der Enzkreis, der Landkreis Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen (zusammen RKH Gesellschafter) dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Dieses Örtlichkeitsprinzip ist auch auf die RKH als eigenständige Gesellschaft anzuwenden. Die RKH führt im Finanzanlagevermögen die Beteiligungsansätze (51 %) an den Klinikgesellschaften der jeweiligen Gebietskörperschaften. Somit ist die Bilanzstruktur (Finanzanlagevermögen und Eigenkapital) der RKH selbst an die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen gebunden. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Klinikgesellschaften müsste jeweils zum Bilanzstichtag eine Neubewertung der Beteiligungsansätze durchgeführt werden. Dies würde zur Veränderung des Bilanzbildes der RKH insgesamt führen. Das Örtlichkeitsprinzip wäre damit nicht mehr gewährleistet. Die RKH-Gesellschafter haben bereits in 2013 in ihren zuständigen Gremien beschlossen, dass sie die Werthaltigkeit der bei der RKH bilanzierten Beteiligungsansätze durch mit der RKH selbst abzuschließende Vereinbarungen sichern.

Übersicht der Garantiebeträge der RKH-Gesellschafter bezüglich deren Klinikgesellschaft:

Landkreis Ludwigsburg bezüglich Kliniken gGmbH	2.103.750 €
Stadt Bietigheim-Bissingen bezüglich Kliniken gGmbH	701.250 €
Enzkreis bezüglich Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000 €
Landkreis Karlsruhe bezüglich KLK gGmbH	2.040.000 €
Insgesamt:	6.375.000 €

Nur in dem Fall, dass ein RKH-Gesellschafter sich dafür entscheiden sollte, die RKH zu verlassen, um alleiniger Gesellschafter „seiner“ Klinikgesellschaft zu werden, würden Zahlungen zwischen der RKH und den RKH-Gesellschaftern ausgelöst. Die konkreten Regelungen zur Steuerung der Zahlungsflüsse werden noch im Gesellschaftsvertrag der RKH bzw. durch eine Anpassung des Konsortialvertrages durch die zuständigen Gremien beschlossen.

Finanzlage

Durch die unternehmerische Tätigkeit und den damit verursachten Geldmittelflüssen verändert sich die Kapitalstruktur stetig. Die Umsatzentwicklung des Laborbetriebes ist weitestgehend abhängig vom Anforderungsverhalten der Kliniken und deren eigener Entwicklung. In 2017 wurde die Umsätze entsprechend gesteigert. Wie beschrieben mussten zum Bilanzstichtag 31.12.2016 hohe Verbindlichkeiten gegenüber den Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH in Höhe von 6 Mio. € bilanziert werden. Dies hat einmalig zu einem deutlichen Anstieg der Bilanzsumme und damit zu einer deutlichen Absenkung der Eigenkapitalquote geführt. Im Gegenzug hat sich die Liquidität zum Stichtag entsprechend erhöht. Ohne diesen Stichtagseffekt beläuft sich die Eigenkapitalquote 2016 auf 52 % (siehe auch Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens)

Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus dem Kernbereich zeigen die für die Verbundstandorte erbrachten Laborleistungen. Zusätzlich werden Laborleistungen für Patienten erbracht, die ihre Leistungsabrechnung selbst bzw. über private Versicherungsnehmer begleichen. Die Verrechnungspreise innerhalb des Verbundes werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden (Kliniken) in Rechnung gestellt.



Der Sachbedarf wird überwiegend von der Zentralen Materialwirtschaft beim Klinikum Ludwigsburg bezogen. Reagenzien und spezielle Hilfsmittel für die labortechnische Befundung werden bei entsprechend spezialisierten Fremdlieferanten beschafft.

Der medizinische Bedarf verändert sich in Abhängigkeit des Anforderungsverhaltens der Kliniken sowie auf Grund neuer Vorschriften. Zum Beispiel ist durch die holdingweite Hygieneverordnung die MRSA-Screening-Rate gesunken und somit auch die Umsatzerlöse durch das Holdinglabor. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Mietaufwendungen inkl. Nebenkosten für die genutzten Räume an den Standorten enthalten.

Ertragslage	2017		2016		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Erträge aus laufenden Betrieb						
Umsatzerlöse durch Holdinglabor	15.246.286	78,5	16.172.941	81,7	-926.655	-5,7
Umsatzerlöse durch Managementbereich & Sonstige	4.183.217	21,5	3.613.580	18,3	569.637	15,8
Zwischensumme	19.429.504	100,0	19.786.522	100,0	-357.018	-1,8
Aufwendungen aus dem laufenden Betrieb						
Personalkosten	11.475.003	59,1	11.047.049	55,8	427.955	3,9
Medizinischer Bedarf	5.107.070	26,3	5.975.957	30,2	-868.887	-14,5
patientenbezogene medizinische Leistungen	42.467	0,2	38.898	0,2	3.569	9,2
Wirtschaftsbedarf	143.048	0,7	93.022	0,5	50.026	53,8
Verwaltungsbedarf	790.935	4,1	645.664	3,3	145.271	22,5
Instandhaltung Gebäude & Technik	70.978	0,4	59.475	0,3	11.503	19,3
Wartung, Service für Medizintechnik und EDV	1.569.298	8,1	1.568.288	7,9	1.009	0,1
Steuern	49.293	0,3	0	0,0	49.293	0,0
Abgaben, Versicherungen	85.780	0,4	77.139	0,4	8.641	11,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.860	0,2	28.554	0,1	5.306	18,6
Zwischensumme	19.367.733	99,7	19.534.047	98,7	-166.314	-0,9
Ergebnis aus dem laufenden Betrieb	61.771	0,3	252.475	1,3	-190.704	-75,5
verbleibende Aufwendungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit						
Finanzergebnis	-8.419	0,0	-83.775	-0,4	75.357	-90,0
Investitionsergebnis	-179.270	-0,9	-183.586	-0,9	4.316	-2,4
Zwischenergebnis	-187.688	-1,0	-267.361	-1,4	79.673	-29,8
Neutrales Ergebnis	316.008	1,6	-592.731	-3,0	908.739	-153,3
Gesamtergebnis	190.090	1,0	-607.618	-3,1	797.708	-131,3

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 5) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 6) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	53,7	33,5	20,2
Anlagendeckung I in %	82,0	77,8	4,2
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	82,02	77,8	4,2
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	68,4	83,2	-14,8

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Nach wie vor ist nicht erkenn- und planbar, dass die Gesundheitspolitik dauerhafte und nachhaltige Verbesserungen im Krankenhausfinanzierungssystem anstrebt, um zumindest die Kostenentwicklungen durch Tarifierhöhungen vollständig auszugleichen. Die im Gesetz verankerten Mechanismen gehen im Gesamtergebnis zu Lasten der Krankenhäuser, so dass sich die Kosten-/ Erlösschere auch bei größeren Kliniken öffnet. Die Gesundheitspolitik und auch die Kostenträgerseite zeigen deutlich, dass die Bereinigung von Strukturen durch den Abbau von Krankenhausbetten angestrebt wird. Dies wird zunächst durch finanztechnische Mechanismen und mittelfristig auch durch Qualitätsindikatoren umgesetzt. Die Krankenhäuser und ihre Gesellschafter stehen damit in einem angespannten Verdrängungswettbewerb. Trendforscher kommen deshalb zu der Prognose, dass 2030 nur noch 15 % von heute 30 % der Kliniken in kommunaler Trägerschaft geführt werden.

Die Gesellschafter des RKH-Klinikenverbundes bekennen sich zur kommunalen Trägerschaft und stehen zur Weiterentwicklung ihrer Kliniken, aber auch zu den notwendigen Konsolidierungsschritten. Die finanzielle Unterstützung durch die Landkreise ist ein maßgeblicher Bestandteil dieser Weiterentwicklung. Für diese hochwertige Patientenversorgung sind qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Berufsgruppen notwendig. Für sie gilt es, weiter optimale Arbeitsbedingungen zu erhalten und zu schaffen.



Unabhängig von den wirtschaftlichen Zwängen setzen sich die Kliniken im Verbund der Regionalen Kliniken Holding RKH GmbH und deren Servicegesellschaften dafür ein, die Leistungsfähigkeit für die Patientinnen und Patienten zu erhalten und stetig an die sich ändernden Bedürfnisse anzupassen und auszubauen. Die Kliniken stehen für Qualität, Innovation, Transparenz und Zuwendung.

Die großen Herausforderungen der Zukunft sind die Gewinnung von qualifiziertem Personal, das Vorantreiben der Digitalisierung und die weitere Optimierung der Prozesse. Die RKH stellt sich an allen Standorten diesen Herausforderungen aktiv und ist durch die Verbundstruktur über drei Landkreise sehr gut aufgestellt. Insbesondere die Medizinplanung mit dem Grundsatz der Grundversorgung in der Fläche und der Spezialisierung einzelner Standorte ohne gegenseitigen Wettbewerb, aber auch die Personalrotation und der Wissenstransfer sind nur in der Verbundstruktur möglich.



Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 99-90
E-Mail	info.rkh@verbund-rkh.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	17.12.1993

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen, Ludwigsburg, Marbach/Neckar und Vaihingen/Enz. Die Gesellschaft wird diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiterentwickeln.

Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis Ludwigsburg verfolgt mit der Gesellschaft die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Ludwigsburg nach Maßgabe des Krankenhausplans des Landes mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesen Krankenhäusern behandelten Patienten. Der dem Landkreis obliegende gesetzliche Auftrag zur Krankenversorgung für das gesamte Kreisgebiet entsprechend § 3 Landeskrankenhausgesetz wird durch die Gesellschaft mit dem Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen, Ludwigsburg und Marbach/Neckar sowie der internistisch-diagnostischen Tagesklinik in Vaihingen/Enz erfüllt. Dabei steht die Gesellschaft im stetigen Spannungsfeld zwischen stagnierenden und teilweise real rückläufigen Leistungsvergütungen, steigenden (Fix-) Kosten und wachsenden Anforderungen der Gesellschaft. Insbesondere die Bedürfnisse der „kleinen Häuser“ und die Bedürfnisse der darin versorgten Patienten werden unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen immer noch nicht ausreichend berücksichtigt.



Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 5.500.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	2.021.250	36,75
Regionale Kliniken Holding RKH GmbH	2.805.000	51,00
Stadt Bietigheim-Bissingen	673.750	12,25

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Energieversorgungsgesellschaft Klinikum Ludwigsburg mbH	25.564,59	33,33
Gesellschaft für Qualität und Management im Krankenhaus mbH	5.000	9,09
Kliniken Service GmbH	25.000	100
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	4.545.100	100
MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	25.000	100

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg*	Landrat Dr. Rainer Haas	
Regionale Kliniken Holding	Prof. Dr. Jörg Martin	
Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
<u>Vertreter des Landkreises</u>		
<u>Ludwigsburg</u>		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier	Gero Dorda
	Manfred List	Siglinde Lischke
	Erich Zucker	Dr. Jakob Sigle
Mitglieder – Freie Wähler	Herbert Pötzsch	Gerd Maisch
	Werner Möhrer	Ralf Zimmermann
	Jürgen Scholz	Rainer Gessler
Mitglieder – SPD	Dr. Eckart Bohn	Erika Pudleiner
	Thorsten Majer	Hans Leopold Schlobach
Mitglieder – Grüne	Andrea Stockmayer-Mohn	Susanne Schwarz-Zeeb
	Andreas Roll	Helmut Fischer
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Hans-Jürgen Kemmerle	Peter Schimke



Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen

Mitglieder – CDU
Mitglieder – SPD
Mitglieder – FW
Mitglieder – FDP

Dr. Wolfgang Pfeiffer
Thomas Reusch-Frey
Dr. Wassilios Amanatidis
Dr. Dieter Baumgärtner
(bis 07.02.2017)
Dr. Georg Mehrle
(ab 07.02.2017)
Traute Theurer

Jürgen Weller
Prof. Dr. Heinrich Heyes
Petra Kühlthau
Dr. Georg Mehrle
(bis 07.02.2017)
Götz Noller
(ab 07.02.2017)
Attila Tür

Mitglieder – GAL

Vertreter der Arbeitnehmer

Dr. Gerhard Locher
Ralf Kurfiss

Ulrike Stoiber-Lipp
Nadja Schmidt

- * Nach § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises Ludwigsburg bedürfen Entscheidungen des Vertreters des Landkreises in der Gesellschafterversammlung in den Fällen des § 12 des Gesellschaftsvertrags in der jeweils gültigen Fassung der Zustimmung des Kreistags.
- ** Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 8.305,00 € (Vorjahr: 11.473,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft die Krankenhäuser in Ludwigsburg, Bietigheim-Bissingen und Marbach/Neckar sowie die internistisch-diagnostische Tagesklinik am Standort Vaihingen/Enz. Sie entwickelt diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiter. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die drei Krankenhäuser in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen sind, erfüllen sie die Voraussetzungen des KHG und erhalten

sowohl Einzelfördermittel, als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Bei der Gründung (2005) und Erweiterung (2009) der RKH haben sich die Landkreise Ludwigsburg, Enzkreis, Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft (Landkreis) getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Nach diesem Örtlichkeitsprinzip, das in Konsortialverträgen festgelegt wurde, gewähren die Landkreise ihrer jeweiligen Klinikgesellschaft zum Beispiel Investitionszuschüsse in Form der Erstattung des Kapitaldienstes. Daneben wurde in den Konsortialverträgen festgelegt, dass bei Absinken des Eigenkapitals unter den Betrag des Stammkapitals einer Klinikgesellschaft, der zuständige Landkreis „seiner“ Klinikgesellschaft einen Ausgleich zur Verfügung stellt.

Der Landkreis Ludwigsburg hat im Laufe des Jahres 2012 entschieden, dass zur Stabilisierung und zur Weiterentwicklung der Kliniken gGmbH über die Höhe seiner finanziellen Unterstützung neu beraten werden soll. Mit der Verabschiedung der Unternehmensplanung 2013 wurde beschlossen, dass der Landkreis Ludwigsburg anteilig den Kapitaldienst für bereits vorhandene Investitionen im Klinikbereich übernehmen wird, bei denen die Kliniken gGmbH bisher selbst die Finanzierungslücke geschlossen hatte. Dieser Teil führt ab 2013 zu einer Entlastung im Finanz- und Investitionsergebnis. Um alle Standorte weiterzuentwickeln, wurden zusätzlich neue umfangreiche Baumaßnahmen für den Finanzplanungszeitraum vorgesehen, bei denen wiederum der Landkreis Ludwigsburg neu entstehenden Kapitaldienst, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, den Kliniken erstatten wird. Für das Jahr 2017 war ursprünglich eine Kapitaldiensterrstattung in Höhe von rd. 12,2 Mio. € veranschlagt. Tatsächlich wurden 9,4 Mio. € abgerechnet. Des Weiteren hat der Landkreis 11,2 Mio. € zur Ablösung von Darlehen mit auslaufender Zinsbindung zur Verfügung gestellt. Damit sinkt der Darlehensbestand sockelwirksam ab.

Die laufenden Betriebskosten für den Bereich der stationären Patientenversorgung sind nach geltendem Recht hauptsächlich über die Fallpauschalen (DRGs) und zum Teil noch über Pflegesätze zu finanzieren. Für die drei Plankrankenhäuser werden nach § 108 SGB V die Budgets für die Behandlung dieser stationären Patienten jährlich mit den Krankenkassen verhandelt. Die Vergütung der ambulanten Patientenbehandlung richtet sich je Behandlungsfall nach separaten Regelwerken.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Situation der Krankenhäuser hatte sich besonders im Jahr 2012 zugespitzt. Diese Entwicklung und das ausbleibende Einlenken der Gesetzgebung haben in 2012 die Klinikleitungen, kommunalpolitischen Gremien und die Krankenhausverbände dazu bewegt, in der Öffentlichkeit und in Regionalveranstaltungen Landes- und Bundespolitiker auf offensichtliche Fehlentwicklungen im bestehenden Finanzierungssystem aufmerksam zu machen.

In dem in 2015 verabschiedeten Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) sind grundsätzlich Finanzierungshilfen vorgesehen, die überwiegend ab dem Jahr 2017 gelten. Dies betrifft z.B. den Pflegezuschlag, der den bisherigen Versorgungszuschlag ablösen wird, und die anteilige Finanzierung der Kostensteigerungen infolge von Tarifabschlüssen. Diese Regelung gilt bereits schon für das Abschlussjahr 2016. Der Mehrmengenabschlag wurde inhaltlich durch den Fixkostendegressionsabschlag ersetzt. Durch den Abschlag kann es zu einer temporären Unterfinanzierung dieser Leistungen kommen. Dies bedeutet, dass die entlastende Wirkung des Versorgungszuschlages wieder anteilig, bzw. durch eine dreijährige Aufrechnungsphase vollständig kompensiert wird. Dieser Abschlag ist im Rahmen der Budgetvereinbarung unter Berücksichtigung hausinterner Sachverhalte zu verhandeln, wobei die Kostenträger

Abschläge bis zu 45 % fordern. Die Kalkulationen der Kliniken liegen weit unterhalb dieser Ansätze.

Die bundesweite Angleichung der Landesbasisfallwerte hat bereits in 2016 dazu geführt, dass der Landesbasisfallwert Baden-Württemberg unter die untere Korridorgrenze abgesunken ist, wobei sich die Kostenindizes im Vergleich zu anderen Bundesländern an oberer Stelle befinden. Chancen bestehen darin, dass künftig die Regelungen zum Orientierungswert greifen. Die Regelungen dazu legen fest, dass wenn ein Landesbasisfallwert die untere Korridorgrenze unterschreitet, die Steigerungsrate in Höhe des Orientierungswertes (Entwicklung der krankenhausspezifischen Kosten) angesetzt werden kann, wenn ein Landesbasisfallwert die untere Korridorgrenze erreicht.

Eine weitere Entlastung soll sich durch anteilige Ausfinanzierung der Pflegepersonalkosten ergeben. Außerdem soll die Anhebung der Entgelte im Bereich der ambulanten Notfallversorgung eine Entlastung ergeben. Aktuell besteht hier eine weitere Deckungslücke durch die grundsätzlich defizitäre Vergütung. Die konkrete Ausgestaltung und Wirksamkeit dieser Regelungen sind aber immer noch nicht abschließend bekannt bzw. bewertbar. Insgesamt fehlt nach wie vor eine mittelfristige Finanzierungs- und Planungssicherheit für die Kliniken. Dies führt zu zusätzlichen Einschnitten auf der Kosten- und Investitionsseite und zum nachhaltigen wirtschaftlichen Druck, die Produktivität stetig zu erhöhen.

Auch im investiven Bereich besteht immer noch eine Lücke zwischen Bedarf und den dafür zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Dies betrifft die bauliche Entwicklung als auch die apparative Ausstattung. Von den Spitzenverbänden wird zwar aktuell eine Erhöhung der Pauschalfördermittel gefordert, um insbesondere die Digitalisierung im Klinikbereich voranzutreiben. Von der Gesundheitspolitik wurden aber noch keine Aussagen in diese Richtung gemacht, die als Grundlage für eine Investitionsplanung zugrunde gelegt werden könnten. Dies hat zur Folge, dass neue notwendige Investitionen zurückgestellt oder mittels der finanziellen Beteiligung des jeweiligen Landkreises finanziert werden müssen.

Die Kliniken selbst können bei den dargestellten Rahmenbedingungen nur sehr begrenzt oder gar keinen Finanzierungsbeitrag erwirtschaften. Diese Situation wird dadurch verschärft, dass die Landesregierung die Einzelfördermittel nochmals gekürzt hat. Außerdem ist zu befürchten, dass ein hoher Anteil in die Großprojekte der Kliniken der Landeshauptstadt fließen könnte.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Im Jahr 2017 konnten die Leistungen im Klinikum Ludwigsburg deutlich gesteigert werden. Trotz erheblicher Besetzungsprobleme im Pflegedienst wurden mehr Patienten mit einem insgesamt höheren Schweregrad behandelt. Die Verweildauer wurde nochmals etwas reduziert und liegt damit erneut unter sieben Tagen. Deutliche Zuwächse in den Patientenzahlen waren insbesondere bei den Fachbereichen Gastroenterologie, Urologie, und Neurochirurgie zu verzeichnen. In der Urologie ist seit Einführung des Operationsroboters eine deutlich höhere Nachfrage festzustellen. In der Neurochirurgie wirkt sich die ärztliche Versorgung im Klinikum am Gesundbrunnen in Heilbronn durch Ärzte aus Ludwigsburg positiv aus. Im Bereich der Notfallversorgung wurde mit der neuen zentralen Notaufnahme wichtige bauliche Voraussetzungen geschaffen, um dem überregionalen Versorgungsauftrag in den Bereichen Traumaversorgung, Neurochirurgie, Neuroradiologie und Intensivtherapie auch in Zukunft gerecht werden zu können. Durch eine weitere Optimierung in den Behandlungsabläufen und Umstrukturierungsmaßnahmen auf den Bettenstationen konnte nochmals eine effizientere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten erreicht werden. Die Spezialisierung innerhalb der Sektionen Onkologie, Pneumologie und Thoraxchirurgie wurde weiter ausgebaut.

Im Krankenhaus Marbach gingen die stationären Leistungen in den Abteilungen Chirurgie und Innere Medizin zurück, insbesondere wegen Personalausfällen im pflegerischen Bereich und bei den Belegärzten. Zusätzlich ist festzustellen, dass im Fachbereich Chirurgie immer mehr Operationen ambulant durchgeführt werden können. Im Bereich Geriatrie bleiben die Patientenzahlen insgesamt konstant.

In Bietigheim lagen die Leistungen leicht über dem Niveau des Vorjahres. Bei nahezu konstanten Fallzahlen stieg jedoch die Fallschwere im letzten Jahr an. Zulegen konnten insbesondere auch die Fachabteilungen Allgemein- und Viszeralchirurgie und die medizinische Klinik 2. Auch die plastische Chirurgie schaffte nochmals einen kleinen Zuwachs.

Im Krankenhaus Vaihingen wurde mit der tagesklinischen Behandlung fortgesetzt. Der medizinische Dienst der Krankenkassen hat die Versorgungsqualität in der geriatrisch-internistischen Tagesklinik insgesamt positiv bewertet und die Projektphase bis Januar 2019 verlängert. Problematisch bleibt die, trotz aller Anstrengungen, noch immer unzureichende Auslastung des Tagesklinik.

Bei den ambulanten Fallzahlen war insgesamt ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Klinikum Ludwigsburg liegt die wesentlichste Ursache darin, dass durch die Kooperation mit einer allgemein-medizinischen Praxis im Bereich der Notaufnahme viele Notfall-Patienten mit leichten Erkrankungen nicht mehr durch das Krankenhaus behandelt werden müssen. Am Krankenhaus Bietigheim sorgt die 2016 am Standort integrierte Notfall-praxis für ähnliche Auswirkungen.

Investitionsbereich:

Um die Standorte der Kliniken gGmbH attraktiv zu halten, ist unabhängig von der vorhandenen hochwertigen medizintechnischen Ausstattung die kontinuierliche Verbesserung und Modernisierung der Stationen notwendig. Für das Klinikum Ludwigsburg liegt seit Jahren eine mehrjährige Planung vor, die jährlich aktualisiert wird. Für das Krankenhaus Bietigheim wurde im Jahr 2017 ein Masterplan erstellt, der die bauliche Weiterentwicklung der nächsten fünf Jahre umfasst. Der finanzielle Rahmen für solche Baumaßnahmen wird zunehmend eingeschränkt. Die Landesförderung für RKH-Projekte fällt zwar zufriedenstellend aus, dennoch decken die Fördermittel insgesamt nicht den Investitionsbedarf ab. Insbesondere bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen oder bei der Ertüchtigung von technischen Anlagen und Vorrichtungen besteht eine Finanzierungslücke. Die Kosten dafür werden auch nicht über die Krankenhausentgelte abgedeckt. Eigene Finanzierungsanteile können begrenzt aus den steuerpflichtigen Bereichen erwirtschaftet werden. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen wurde die Investitionsplanung begrenzt, um eine Neuverschuldung der Kliniken gGmbH zu umgehen. Um die Standorte dennoch weiter zu entwickeln, wurden bereits 2013 strategisch wichtige Projekte ausgearbeitet und dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter Landkreis Ludwigsburg zur Entscheidung vorgelegt.

Damit eine Finanzierung der Maßnahmen ohne Eigenmittel der Kliniken gGmbH (Neuverschuldung) gesichert ist, hat sich der Landkreis Ludwigsburg dafür entschieden, in Abhängigkeit der Maßnahmen, die Deckungslücke zwischen Finanzbedarf und Fördermitteln zu schließen. Auf dieser Basis wird jährlich im Rahmen der Unternehmensplanung über die Investitionstätigkeit beraten und entschieden.

Beim **Klinikum Ludwigsburg** konnten strategisch bedeutende Bauvorhaben abgeschlossen werden. Die neue und ausgebauten Zentrale Notaufnahme hat den Betrieb 2017 aufgenommen. Mit dem Umbau der anliegenden unfallchirurgischen Ambulanzzräume verfügt die Zentrale Notfallaufnahme über insgesamt 33 hochwertig ausgestattete Behandlungsplätze auf rd. 1.000 qm². Diese Infrastruktur sorgt für eine erhebliche Kapazitätserweiterung und Prozessverbesserung bei der Behandlung der ständig steigenden Zahl von Notfallpatienten.

Im gleichen Baukörper, direkt über der Notaufnahme und in direkter Anbindung zum Zentral-OP entstanden zwei moderne OP-Säle mit einem MRT, der stationär intraoperativ genutzt werden kann. Mit der Fertigstellung stehen den Operateuren, insbesondere für die Behandlung neurochirurgischer Patienten, in der Region einzigartige und auf modernstem universitärem Niveau Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten in einer sogenannten Neuro-Suite zur Verfügung.

Durch den Neubau des Frauen-Kind-Zentrums erfüllt die Klinik alle Anforderungen an eine Maximalversorgung von Frühgeborenen, gemäß ihrem Status als anerkanntem Level 1-Zentrum. Mit der ansprechenden Unterbringung der Frauen im Kreißsaal und auf den Bettenstationen, schließt Ludwigsburg bei der räumlichen Ausstattung zu den bereits bestehenden Neubauten der umliegenden Regionen auf. Gleichzeitig werden mit dem Auszug im Hauptgebäude Kapazitäten geschaffen, die in den folgenden Jahren für zahlreiche Stations-sanierungen und Modernisierungen genutzt werden.

Weil im Klinikum neben den Fallzahlen auch der Schweregrad der zu versorgenden Patienten ständig ansteigt, wurde eine neue medizinische Intermediate Care Station (IMC) für medizinische Kliniken eingerichtet.

Die neue zentrale Notaufnahme soll noch bis Ende 2018 durch eine interdisziplinäre Aufnahmestation ergänzt werden, die örtlich unter der Notaufnahme angesiedelt wird. In Umsetzung ist ebenfalls eine neue Anlage zur zentralen Sterilgutversorgung. Die weiteren Planung umfassen die Erweiterung der kardiologischen Funktionsdiagnostik um ein viertes Herzkatheterlabor und die Neuerrichtung des Hubschrauberlandeplatzes auf dem bettenhochhaus mit direktem Anschluss an die zentrale Notaufnahme mittels eines neuen Feuerwehr-Außenaufzuges. Die Bettenstationen im Altbau werden kontinuierlich saniert und mit Zwei-Bett-Zimmern, incl. Sanitärbereich ausgestattet.

Auch die Erweiterung der Psychiatrie mittels einer Gebäudeaufstockung und die Erweiterung der Parkplatzkapazitäten sind aktuelle Themen, die in enger Abstimmung mit dem Amt für Stadtentwicklung der Stadt Ludwigsburg vorangebracht werden.

Neben der Weiterentwicklung des Klinikgebäudes wird an der Modernisierung und Schaffung neuer Wohnangebote für Mitarbeiter gearbeitet. Mehrere in Eigentum befindlich Objekte wurden ausgesucht und teilweise in Eigenregie oder mit Partnern weiterentwickelt, um das Angebot für Mitarbeiter attraktiv zu halten und sogar auszubauen.

Beim **Standort Marbach** sind die grundsätzlichen Entscheidungen zur weiteren Entwicklung getroffen. Auch um die Ergebnissituation zu entspannen und zu stabilisieren soll zeitnah die Klinik für Innere Medizin und Geriatrie schrittweise und schwerpunktmäßig nach Bietigheim verlagert werden. Die belegärztliche chirurgische Versorgung und Endoskopie soll in Marbach erhalten bleiben und um weitere Angebote stationärer Gesundheitsdienstleistungen im Sinne eines umfassenden Gesundheitscampus ergänzt werden. Das Bestandsgebäude ist allerdings stark sanierungsbedürftig. Ebenso müssen die Funktionsbereiche mittelfristig ertüchtigt werden. Da die Rahmenbedingungen für die chirurgische Belegklinik sich aber durch die neue Bundesregierung verändern können, soll über einen Neubau für die Belegklinik spätestens im Jahr 2020 im Rahmen der Unternehmensplanung 2021 entschieden werden. Unabhängig davon sollen nun Konzepte zur Ansiedlung von z.B. Kurzzeitpflegebetten und einer Psychosomatischen Klinik für Wahlleistungspatienten erarbeitet, planerisch entwickelt und den zuständigen Gremien zur weiteren Beschlussfassung vorgestellt werden.

Am **Krankenhaus Bietigheim** wurde ein Masterplan zur baulichen Entwicklung erstellt. er beschreibt die baulichen Aktivitäten zur medizinischen Weiterentwicklung des Standortes und umfasst die Integration eines Zentrums für Altersmedizin mit insgesamt 126 Betten. Die Unterbringung ist in einem Neubau vorgesehen, der auf allen Etagen an das Bestandsgebäude angebunden werden soll. Im Erdgeschoss des Bestandsgebäudes werden künftig die für ein Krankenhaus wichtigsten Anlaufstellen zusammengeführt.

Eine zentrale Notaufnahme, incl. Aufnahmestation, die Radiologie und die hausärztliche Notfallpraxis, sowie die Ambulanzen. Zusätzlich ist im ersten Stock eine IMC-Station in räumlicher Nähe zur bestehenden Intensivstation vorgesehen.

Am Standort Vaihingen konnten im letzten Jahr die noch freistehenden Flächen im Untergeschoss vermietet werden. So konnte für die bestehenden Physiotherapieräume und zusätzlichen Flächen, die durch einen Umbau der Küchenräume geschaffen wurden, eine Physio- und Ergotherapiepraxis gewonnen werden. Zusätzlich zur geriatrisch-internistischen Klinik wurde am Standort das medizinische Simulationszentrum in Betrieb genommen, das für die Ärzte und Pflegekräfte der RKH zugänglich ist und auch Dritten spezielle Trainings anbietet. Insbesondere kann hier ein Teil der Notarztausbildung in komprimierter aber anerkannter Form absolviert werden. Freie Flächen bleiben lediglich noch für vorgesehene Erweiterungsmöglichkeiten im Obergeschoss für das Simulationszentrum und im Erdgeschoss für die Tagesklinik.

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 33,9 Mio. € (VJ. 35,3 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.

Leistungsdaten

Kenngroßen	2017	2016
Stationär behandelte Patienten (voll- u. teilstationär inkl. Psychiatrie)		
Klinikum Ludwigsburg	44.175	42.961
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (ab 2016 inkl. Vaihingen)	18.176	18.251
Krankenhaus Marbach	2.613	2.956
Insgesamt	64.964	64.168
Anzahl Case-Mix-Punkte		
Klinikum Ludwigsburg	48.565,34	47.048,10
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (ab 2016 inkl. Vaihingen)	15.326,57	15.179,36
Krankenhaus Marbach	2.298,79	2.519,35
Insgesamt	66.190,70	64.746,81
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)		
Klinikum Ludwigsburg	1,150	1,145
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (ab 2016 inkl. Vaihingen)	0,866	0,849
Krankenhaus Marbach	0,880	0,852
Verweildauer in Tagen		
Klinikum Ludwigsburg	6,77	6,84
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (ab 2016 inkl. Vaihingen)	5,82	5,87
Krankenhaus Marbach	7,84	7,61
Ambulant behandelte Patienten		
Klinikum Ludwigsburg	123.825	125.529
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (ab 2016 inkl. Vaihingen)	31.863	32.738
Krankenhaus Marbach	3.752	4.284
Insgesamt	159.440	162.551



Krankenhaus (Versorgungsstufe)	Betten 2017	Betten 2016
Klinikum Ludwigsburg (Zentralversorgung)	1.005	1.005
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (ab 2016 inkl. Vaihingen) (Regelversorgung)	416	416
Krankenhaus Marbach (Grundversorgung)	78	78
Insgesamt	1.499	1.499
Orthopädische Klinik Markgröningen (Maximalversorgung / Fachklinik)	200	200
Kliniken gGmbH und OKM zusammen	1.699	1.699

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	4.020	3.998
GESAMT	4.020	3.998

Auch im Jahr 2017 ist die Zahl der Beschäftigten in den patientenfernen Bereichen wie Verwaltung, Technik oder Hauswirtschaft aufgrund von Prozessoptimierungen, Reorganisationsmaßnahmen und Fluktuation weiter zurückgegangen, wobei die Konsolidierung im Vordergrund stand. Im Bereich der Hauswirtschaft wurden Nachbesetzungen auf Ebene der Tochtergesellschaft KSG durchgeführt. IN patientennahen Bereichen wie Ärztlicher Dienst, Pflegedienst oder Funktionsdienst konnte die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr trotz der schlechten Arbeitsmarktsituation wieder gesteigert werden. Die im Unternehmensplan vorgesehenen Stellen konnten aber im Jahresmittel nicht voll umfänglich besetzt werden. Aus diesem Grund sind für den Einsatz von Zeitarbeitskräften Kosten von ca. 1,7 Mio. € entstanden.

Bei den Ausbildungsplätzen konnten im Jahr 2017 die verfügbaren Kapazitäten nicht ganz ausgeschöpft werden. Die liegt nach wie vor an der guten wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Branchen und dem folglich großen Wettbewerb im Ausbildungsbereich.

Zum 31.12.2017 haben sich folgende Personalkenngrößen ergeben:

	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten	4.000	3.979
Anzahl der Vollkräfte	2.786	2.753
Anteil der weiblichen Beschäftigten	79%	80%
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	48%	48%
Anzahl der Ausbildungsplätze für Kranken- pflege	275	275
Anzahl der Ausbildungsplätze im Verwal- tungs- und Wirtschaftsbereich	15	15
Anzahl der Ausbildungsplätze für Operati- onstechnische Assistenten	18	18
Wohnungen für Mitarbeiter	140	136
Appartements / Zimmer für Mitarbeiter	548	543
Anzahl Betreuungsplätze Kindertagesstätte	80	80

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Betriebsbauten und technischen Anlagen werden planmäßig abgeschrieben. Ein stetiger Wertezuwachs entsteht durch die umfangreiche Bautätigkeit. Der aufgebaute Bestand an Anlagen im Bau aus dem Vorjahr wurde in 2017 durch die planmäßigen Inbetriebnahmen mehrere Bauteile in die fertigen Anlagen bzw. technischen Anlagen übergeführt. Hierzu gehört z.B. der Neubau des Frauen-Kind-Zentrums in Ludwigsburg mit einem Projektvolumen von rd. 30 Mio. €. In 2017 werden erneut Zugänge in Höhe von rd. 17 Mio. € verzeichnet. Neben dem Projekt „Frauen-Kind-Zentrum“ sind die vollständige Umgestaltung und Erweiterung der zentralen Notaufnahme in Ludwigsburg mit integrierter Neurosuite von strategischer Bedeutung. Diese strategischen Baumaßnahmen, die in Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter Landkreis Ludwigsburg bereits im Rahmen der Unternehmensplanung 2014 verabschiedet wurden, prägen seit 2016 die Bautätigkeiten am Klinikum Ludwigsburg.

Die bilanzierten Finanzanlagen betreffen hauptsächlich den Beteiligungsansatz an der Orthopädischen Klinik Markgröningen, der wertmäßig auch deren Beteiligung an der ORTEMA beinhaltet. Der Beteiligungsansatz an der Orthopädischen Klinik Markgröningen wird unverändert fortgeschrieben, da hier ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar und künftig wieder angestrebt sind. Zusätzlich wird auch ein Wertezuwachs durch die Entwicklung der ORTEMA erwartet. Jahresüberschüsse dieser Gesellschaften sollen zunächst innerhalb der Gesellschaften zur Kapitalstärkung bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Im Vorjahr wurden die Vorräte um die gebildeten Festwerte im Verwaltungs- und technischen Bedarf bereinigt. Im Berichtsjahr wurden die verbleibenden dezentralen Vorräte um einen Abschlag vermindert. Das strategische Ziel ist, dass die Vorratshaltung in den OP- und Funktionsbereichen edv-technisch verwaltet und überwacht werden kann und dann die Bestände routinemäßig aufgenommen und bewertet werden können. Dazu wird aktuell eine geeignete Softwarelösung gesucht.

Die laufenden Forderungen aus Lieferungen Leistungen konnten trotz der gestiegenen Umsatzerlöse planmäßig realisiert werden. Durch den allgemein zu verzeichnenden Anstieg der Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen und dessen Verrechnungsmethodik verbleiben zum Stichtag im Vergleich zum Vorjahr höhere offene Forderungen. Durch diese Komplexität in der Forderungsabwicklung erhöhen sich der administrative Aufwand weiter sowie das rechnerische Gesamtdebitorenzahlungsziel. Durch die Verrechnungspraxis

verlagern sich diese anteiligen Risiken aus den Anfragen von bilanzierten Rückzahlungsrisiken, für die Rückstellungen gebildet wurden, hin zu Ausfallrisiken, die auf der Aktivseite bilanziert werden. Das kalkulatorische Ausfallrisiko insgesamt hat sich durch den absoluten Anstieg der Anfragen erhöht. Außerdem hat der Stand der in Arbeit befindlichen Anfragen zum Bilanzstichtag zugenommen, so dass diese Fälle mit einem kalkulatorischen Ausfallrisiko bewertet werden mussten.

Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern beinhalten, wie im Vorjahr, die Bilanzierung der angeführten Zins- und Tilgungserstattungen durch den Landkreis Ludwigsburg. Diese Position zeigt in welcher Höhe die Bankverbindlichkeiten auf der Passivseite über das Erstattungsmodell (hier Tilgung) vom Landkreis Ludwigsburg der Kliniken gGmbH erstattet werden. Über dieses Modell wird auch der Kaufpreis zum Erwerb der Orthopädischen Klinik Markgröningen (OKM) abgebildet. Als Forderungen werden ebenfalls die verauslagten Projektkosten bilanziert, bei denen planmäßige Kosten angefallen sind aber zum Bilanzstichtag noch keine Darlehen aufgenommen wurden. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich durch geplante Darlehensneuaufnahmen und Vorfinanzierungen von Ausgaben bis zur tatsächlichen Darlehensaufnahme im Rahmen der beschlossenen und begonnenen Baumaßnahmen. In 2017 wurden, wie in 2016, konnten Restkapitalstände bei Darlehen mit auslaufender Zinsbindung vollständig getilgt werden. Der Landkreis Ludwigsburg hat dafür neben der Erstattung des laufenden Kapitaldienstes entsprechende Sondertilgungen zur Verfügung gestellt. Dies mindert den Bestand an Altdarlehen. Durch die Weiterentwicklungspläne wird die Bilanzposition auch künftig das Bilanzbild der KLB prägen. Daneben werden über die Forderung gegenüber Gesellschaftern auch Geldflüsse zur Holding aus der buchhalterischen Abwicklung der Umsatzsteuerorganschaft und aus dem Leistungsaustausch mit dem Verbundlabor abgebildet.

Da für die Baumaßnahmen teilweise bereits Förderbescheide vorliegen, werden diese bis zur liquiditätswirksamen Vereinnahmung als Forderungen bilanziert. Mit dem Eingang der Fördermittel werden diese mit der Landkreiserstattung verrechnet bzw. auf neue Darlehensaufnahmen verzichtet.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen konnten unterjährig zeitnaher abgewickelt werden.

Bei den sonstigen Forderungen haben sich die Forderungen aus dem Krankenhausentgeltgesetz erhöht und werden mit den künftigen Budgets zahlungswirksam verrechnet.

Das hier gezeigte erweiterte Eigenkapital ist um den Saldo aus Jahresergebnis und aus der Veränderung des Ausgleichspostens nach Eigenmittelförderung vermindert. Durch den Anstieg des Bilanzvolumens aufgrund der Baumaßnahmen und den höheren Forderungsbeständen reduziert sich die Eigenkapitalquote automatisch.

Seit 2012 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite bei der Kliniken gGmbH für die gemeinnützigen Gesellschaften KLB und OKM in einem Cash-Pool-Verfahren fortgeführt. Der „Pool-Führer“ ist die Kliniken gGmbH. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert. Insbesondere bei den „kleinen“ Häusern Marbach und Vaihingen führen die liquiditätswirksamen Bestandteile der kumulierten Jahresergebnisse seit Bestehen dieser Standorte zu einem hohen dauerhaften Bedarf an Betriebsmittelkrediten, der auch nach den durchgeführten bzw. anvisierten Umstrukturierungen bestehen bleiben wird.

Im Anstieg der Sonderposten zeigt sich die Zuführung bzw. Verwendung gewährter Einzel Fördermittel für die genannten Baumaßnahmen.

Bei den übrigen Rückstellungen im Personalbereich wurden Zuführungen notwendig. Der Stand der Überstunden und Resturlaubstage liegt zwar auf dem Vorjahresniveau, allerdings führt die monetäre Bewertung dieser Zeiteinheiten zu einem Aufbau. Da das tarifliche Alterszeitmodell unerwartet zahlreich beantragt wurde, mussten die bestehende Rückstellung und die Rückstellung für potenzielle Inanspruchnahme erhöht werden. Die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen werden jährlich

neu ermittelt. Durch die hohe und allgemein stark wachsende Anfragemenge ergibt sich automatisch ein höheres zu bilanzierendes Risiko. Dieses Bild zeigt sich im gesamten Klinikenverbund deutlich und unabhängig vom Leistungsspektrum. Im Vergleich zu anderen Kliniken, z.B. im QuMiK-Verbund, ist die Entwicklung in Richtung einer Anfragequote des MDK von rd. 25 % erkenn- und absehbar. Im Vorjahr konnte noch von einer Stabilisierung der Anfragemenge ausgegangen werden.

Ebenfalls in den sonstigen Rückstellungen wurden bereits im Vorjahr Beträge aus der Rückerstattung von abgeführter Umsatzsteuer, im Rahmen der geänderten Besteuerung der Zytostatikaumsätze, zunächst zu-rückgestellt, bis die Abwicklung dieser Beträge mit den jeweiligen Kostenträger endgültig geklärt und vollzogen ist. In 2018 wurden bereits Verhandlungen mit unterschiedlichen Kassenorganisationen geführt und teilweise abgeschlossen. Mit Vertretern der Privatversicherungen wurde ein Klageverfahren angestoßen. Mit der AOK Baden-Württemberg, die den größten Umsatzanteil vertritt, wird nun auf Basis der Empfehlungen der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft in die Abwicklung eingestiegen. Das Ziel ist, dass im Rahmen des Jahresabschluss 2018 die Abwicklung abschließend bilanziert werden kann.

Bei der Ermittlung der Rückstellung zur Einhaltung der Aufbewahrungspflichten (Archivierung) wurde in 2017 der Anteil der in der Zwischenzeit in digitaler Form archivierten Informationen erhoben und bewertet. Dies führt im Berichtsjahr zu einer anteiligen Auflösung, da die Kosten der digitalen Datenvorhaltung im Vergleich zur konventionellen Langzeitarchivierung als niedriger bewertet werden. Mit dem wachsenden Digitalisierungsgrad bzw. Anteil kann die vorhandene Rückstellung schrittweise abgebaut werden.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde auf Basis der abgeschlossenen Betriebsprüfung im Vorjahr ermittelt.

Der Darlehensbestand wurde in Abhängigkeit der Baumaßnahmen planmäßig aufgebaut.

Um auf weitere mittelfristige Fremdfinanzierungen zu verzichten werden die Investitionen im kurzfristigen Bereich weitestgehend auf die Pauschalfördermittel begrenzt.

Die Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln vermindern sich um die anteilige Aktivierung der entsprechenden Baumaßnahmen.

In den übrigen Verbindlichkeiten ist zum Bilanzstichtag ein vom Landkreis Ludwigsburg gewährter kurzfristiger Betriebsmittelkredit, wie im Vorjahr, enthalten. Der Landkreis hatte dies im Rahmen der Haushaltspläne beschlossen. Die Kliniken gGmbH erstattet dem Landkreis hierfür eine marktüblichen Verzinsung. Dies zeigt sich auch in der zum Stichtag gegebenen Liquidität. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Dies resultiert maßgeblich aus zum Stichtag offenen Bau-rechnungen.

Finanzlage

In der Fremdkapitalquote spiegelt sich wider, dass die Kliniken gGmbH in Verbindung mit dem Landkreis Ludwigsburg erhebliche Finanzierungsanteile auch für Krankenhausbauten übernehmen. Die Finanzlage ist auch durch die kumulierten Jahresfehlbeträge der Krankenhäuser Marbach, Vaihingen und der Rehaklinik gekennzeichnet. Diese Standorte benötigen dauerhaft ein Volumen von aktuell rd. 25 Mio. € an Betriebsmittelkrediten.

Zusammen mit dem Gesellschafter Landkreis Ludwigsburg wurde bereits in 2013 der vom Landkreis verbürgte Betriebsmittelkreditrahmen neu ermittelt und angepasst. Der Kliniken gGmbH steht damit ein Bürgschaftsrahmen von 40 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus gewährt der Landkreis Ludwigsburg kurzfristige Kassenkredite, die marktüblich verzinst werden. Eine weitere Kreditlinie über 4,0 Mio. € steht über die mit der Tochtergesellschaft OKM geschlossene Cashpool-Vereinbarung zur Verfügung. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist weiterhin gegeben. Im Berichtsjahr stellt sich die Liquidität aufgrund vereinnahmter Fördermittel ausgeglichen dar.



In der erweiterten Eigenkapitalquote wurde das bilanzierte Eigenkapital um den Ausgleichsposten nach Eigenmittelförderung vermindert. Als Bezugsgröße wurde dann die bilanzierte Bilanzsumme um die geförderten und um die mit Landkreismitteln finanzierten Anteile bereinigt.

Beim Anlagendeckungsgrad wurden alle mit den bilanzierten Vermögensgegenständen in Verbindung stehenden finanziellen Mittel in das Verhältnis zum Anlagevermögen gesetzt. Es wurden also auch Forderungen gegenüber dem Landkreis Ludwigsburg aus seinen Finanzierungsbeschlüssen angesetzt

Ertragslage

Die Erlöse aus stationären Krankenhausleistungen konnten, in Abhängigkeit der Fachdisziplin, nochmals durch höhere Fallzahlen bei wachsenden Schweregraden teilweise gesteigert werden. Der hohe Standard in der Medizintechnik und die weiteren Ausstattungsmerkmale unterstützen diese Entwicklung. Aufgrund des beschleunigten Verfahrens im Rahmen der Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen sind die daraus folgenden Korrekturen bereits im laufenden Betrieb abgebildet, durch die steigende Anfragequote kann jedoch der periodenfremde Bereich (neutrales Ergebnis) nicht adäquat reduziert werden. Das bereinigte reale Wachstum ist aber weiterhin größer.

Der Einsatz von Ressourcen und Kapazitäten soll noch flexibler und schneller an den jeweiligen aktuellen Bedarf angepasst werden.

Parallel zu den Steigerungen im stationären Bereich konnten auch die ambulanten Umsätze leicht gesteigert werden. Die ambulante Versorgung von onkologisch erkrankten Patienten ist weiterhin ein maßgeblicher Bestandteil im ambulanten Handlungsfeld. Die Patienten werden dort meist in mehreren Behandlungszyklen mit sehr kostenintensiven Arzneimitteln versorgt, die nun zum größten Teil von der Umsatzsteuer befreit sind. Durch die steigende Anzahl an Notfallpatienten erhöht sich auch der ambulante Umsatzanteil.

Bei Chefarztverträgen mit Beteiligungsvergütung werden die gesamten Bruttohonorareinnahmen aus stationärer Chefarztwahl unter Erlöse aus Wahlleistungen, die Bruttohonorareinnahmen aus ambulanten Leistungen unter Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses ausgewiesen; die den Chefarzten zu-stehende Beteiligung wird als Personalaufwand bilanziert. Da auch bestehende Verträge an dieses System angepasst werden führt dies beim Jahresvergleich einerseits zu Erlöserhöhungen und zur Erhöhung der Personalkosten.

Für die am Klinikum Ludwigsburg angesiedelte Kindertagesstätte konnte die Fördersituation auf einem stabilen Niveau gehalten werden. Die Einrichtung hat den Förderstatus eines öffentlichen Kindergartens erreicht. Die Bezuschussung nach dem Mutterschutzgesetz verlief stabil auf Vorjahresniveau.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen zeigen sich weiterhin die Umsätze aus den zum Teil neuen Kooperationsprojekten, die anteilig auch zu Personal- und Sachkosten führen. Dazu gehören z.B. ein Versorgungs-konzept für frühgeborene Kinder mit dem Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart, die Leitung und Durchführung von Radiologischen Bereichen in Partnerkliniken und die spezialisierte palliative ambulante Versorgung durch ein etabliertes Netzwerk zwischen Klinik, ambulanten Pflegediensten, Hospizen und niedergelassenen Palliativmedizinern sowie die Einrichtung eines Druckkammerzentrums. Zusätzlich führt die Kooperation mit den SLK-Kliniken Heilbronn im Bereich der Neurochirurgie zu entsprechenden Kostenerstattungen auf Seite des Klinikum Ludwigsburg. Durch die vollzogene Verlagerung der Warenwirtschaft der Kliniken des Landkreises Karlsruhe an den Standort Ludwigsburg halten sich die Erlöse durch die Belieferung als auch der Wareneinsatz durch die Beschaffungsprozesse auf einem konstant hohen Niveau. Die Umlage von Personalkosten an die Kliniken Service GmbH im Rahmen des Geschäftsmodells führt zu einem Anstieg des Erlösvolumens. Im Gegenzug erhöht sich in entsprechender Höhe das Volumen bei den bezogenen Leistungen.

Durch die direkte arbeitsrechtliche Anbindung der holdingweit verantwortlichen Führungskräfte an die Regionale Kliniken Holding werden die Kostenbestandteile der bisher direkt bei der Kliniken gGmbH angestellten Mitarbeiter bereits seit 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den „Sachkosten“ für Personaldienstleistungen gezeigt. Durch weitere Umstrukturierungen können die Kostenumlagen noch moderat wachsen.

Durch den Personalaufbau im patientennahen Bereich und die neue Entgeltverordnung steigt die Personalkostenseite anteilig an. Zusätzlich bestehen durch die Tarifsteigerungen weitere Belastungen. Allerdings konnten nicht alle freien Stellen durch neues Personal besetzt werden, so dass auf Honorar bzw. Zeitarbeitskräfte zurückgegriffen werden musste. Im patientenfernen konnten die Personalkosten nochmals reduziert werden. Im hauswirtschaftlichen Bereich werden freiwerdende Stellen an die Kliniken Service GmbH weitergeben und dort nachbesetzt. Die Rückstellungen für Guthabenstunden sind erheblich gestiegen, die für Resturlaubstage konnten stabil gehalten werden. Für die Inanspruchnahme des Altersteilzeitmodells mussten neue Rückstellungen gebildet werden.

Entsprechend der Entwicklung des Umsatzes und der medizinischen Leistungen steigt der Materialeinsatz bzw. der Einsatz hochwertiger Sachmittel. Die Basiskosten für Verpflegung, Wäsche etc. sind ebenso davon betroffen. Durch die vollständige Übernahme der Lagerhaltung der Kliniken Bruchsal und Bretten steigt der Warenumschlag aus der Weiterlieferung planmäßig nochmals an. Die Steigerung bei den Arzneimitteln steht im engen Zusammenhang mit Umsatzsteuerbefreiung auf die Abgabe von patientenindividuell hergestellten Arzneimitteln; parallel mit Umsatzsteuerbefreiung entfällt der Vorsteuerabzug.

Im Wirtschaftsbedarf werden ebenfalls die Reinigungsleistungen der Kliniken Service GmbH geführt. Die Verlagerung von Mitarbeitern in die Servicegesellschaft führt einerseits zum Anstieg dieser Kostenposition als auch zur Verminderung der originären Personalkosten bei den Kliniken selbst.

Durch die Zusammenführung von Beschaffung, Management und EDV-technischen Dienstleistungen belaufen sich die Umsätze innerhalb des Konzerns weiterhin auf einem hohen Niveau. Entsprechend verhalten sich die relevanten Aufwandspositionen und Erlöspositionen bei allen Verbundgesellschaften geändert. Grundsätzlich werden Lieferungen und Leistungen verursachungsgerecht verrechnet.

Auch die Versorgung des Holdinglabors mit Material und die Vermietung der Räumlichkeiten schlagen sich in diesen Positionen nieder. Mit der Zusammenführung des Labors auf Holdingebene ist das Labor zum „Kunden“ der Wirtschaftsbereiche geworden, was auch zu den entsprechenden Geldflüssen führt. Die vom Verbundlabor erbrachten Laborleistungen werden in der Gruppe des medizinischen Bedarfs abgebildet. Die Synergieeffekte des Holdinglabors führen zur Senkung der patientenbezogenen Untersuchungskosten. Aktuell werden die klinischen Anforderungsprofile weiterhin überprüft und angepasst, um weitere Synergien zu heben.

Das Verrechnungsvolumen durch Nutzungsgebühren für EDV-Investitionen, die beim Klinikum Ludwigsburg für alle Verbundstandorte getätigt werden, wird stetig an das Nutzungsverhalten und die EDV-technischen Entwicklungen und Projekte angepasst. Entsprechend entwickeln sich bei der Kliniken gGmbH die Umsätze im Bereich Wartung, Service für Medizintechnik und EDV.

Innerhalb des Verwaltungsbedarfs wurden im Rahmen der Erarbeitung von Beschaffungskonzepten und Investitionsstrategien externe Spezialisten beratend hinzugezogen. Zusätzlich wurden Beratungskosten für die anstehende Umstellung der Telekommunikation auf internetbasierte Technologien und Digitalisierung notwendig. Insgesamt sind die Aufwendungen für Beratungen deutlich zurückgegangen.

Bei den Lebensmitteln wird seit 2016 nicht nur der Wareneinsatz sondern auch die Personalkostenanteile gezeigt. Damit wird abgebildet, dass die Kliniken Service GmbH die Gastronomiebereiche als Gesamtdienstleister betreibt.

Neben den anstehenden Großprojekten werden laufend die notwendigen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Heiz- und Lüftungstechnik, Wasser- und Energieversorgung durchgeführt.

Die Steuerlast ergibt sich aus dem Gewinn der steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe. Durch die seit 2016 geltende Steuerfreiheit aus der ambulanten Versorgung von onkologisch erkrankten Patienten mit Zytostatika sinkt seither der Steueraufwand deutlich.

Innerhalb der betrieblichen Aufwendungen ist der Anstieg der Versicherungsprämien für Haftpflicht zu verzeichnen. Hier zeichnet sich ab, dass die Versicherer sich weiter aus dem Klinikmarkt zurückziehen oder die Prämien mangels Konkurrenzsituation nach oben treiben. Planmäßig steigen die Miet- und Nutzungsgebühren für EDV-Ausstattung.

Im Finanzergebnis spiegelt sich grundsätzlich die Finanzierungsseite der Investitionstätigkeit wieder. Im Sal-do verbleiben die Zinsaufwendungen, die für nicht geförderte Investitionen anfallen. Durch die kumulierten Jahresfehlbeträge der kleineren Standorte besteht für sie ein hoher Sockelbedarf an Betriebsmittelkrediten, den diese selbst nicht ablösen können.

Das Investitionsergebnis zeigt grundsätzlich im Saldo die Belastung durch die nicht geförderten Abschreibungen. Diese beinhalten auch die Abschreibungsanteile, die z.B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Erträge gedeckt sind.

Aufgrund des fortschreitenden Digitalisierungsgrades von Patientenakten konnten im neutralen Ergebnis Rückstellungen für Archivierung aufgelöst werden. Die Rückstellungen für die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen haben sich aber entsprechend erhöht. Durch ein konsequentes Forderungsmanagement konnte die Ausfallquote gesenkt werden.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 7) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 8) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	4,1	5,3	- 1,2
Anlagendeckung I in %	9,7	11,6	- 1,1
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	50,7	49,4	+ 1,3
Anlagendeckung II in %	45,9	48,4	- 2,5
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	86,9	87,0	- 0,1
Liquiditätsgrad in %	65,5	72,0	- 6,5

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.



Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

	2017	2016
Zinserstattung	2.154.364 €	2.553.001 €
Tilgungserstattung*	18.403.162 €	11.673.351 €
Erstattung von Vorfinanzierungs- zinsen	0 €	0 €
Erstattung insgesamt	14.226.352 €	14.226.352 €

* davon entfielen in 2017 11,2 Mio. € und in 2016 4,55 Mio. € auf Sondertilgungen.

Ausblick

Das Planergebnis 2018 aus dem laufenden Betrieb der Kliniken gGmbH zeigt einen Überschuss in Höhe von rd. 7,8 Mio. €. Wie beschrieben werden die Krankenhauserlöse beim Klinikum Ludwigsburg und beim Krankenhaus Bietigheim besonders stark vom Fixkostendegressionsabschlag im gesamten Planungszeit-raum aufgrund der steigenden Leistungsentwicklung getroffen. Der Abschlag führt bei den geplanten komplexen und damit kostenintensiven Leistungen zu einer Finanzierungslücke. Allein in 2018 ergibt zusammen mit dem Mehrmengenabschlag aus 2017 eine Erlösminderung in Höhe von rd. 2,1 Mio. € je Geschäftsjahr. Das Klinikum Ludwigsburg kann voraussichtlich wieder ein positives Gesamtergebnis erreichen. Beim Krankenhaus Bietigheim gilt es auf Basis der beschriebenen Entwicklung, das Leistungsangebot anzureichern, damit neben der hohen Fallzahl auch der Case Mix wieder höheres Niveau erreicht. Beim Krankenhaus Vaihingen kann im Rahmen der Vermietung voraussichtlich ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Der Betrieb der Tagesklinik ist innerhalb des Ergebnisses Bietigheim-Vaihingen eingerechnet. Eine Gesamtbewertung des Konzeptes wird Ende 2018 vorgenommen. Beim Krankenhaus Marbach zeigt sich, wie bisher und ohne strukturelle Veränderung, im laufenden Betrieb bereits die Finanzierungslücke zwischen hohen Vorhaltekosten und den entsprechenden Leistungsentgelten. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern hat der Aufsichtsrat der Kliniken gGmbH Anfang 2018 beschlossen, dass die Struktur des Hauses zeitnah und in 2019 maßgeblich angepasst wird, in dem die Kapazitäten der Inneren Abteilung reduziert und dann nach Bietigheim verlagert werden. Über einen Neubau für die verbleibende Chirurgische Belegklinik soll unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Wie beschrieben sind bedeutsame Rahmenbedingungen weiterhin nicht planbar.

Passend zur medizinischen Strategie je Standort wurden die Konzepte zur baulichen Entwicklung des Klinikums Ludwigsburg erarbeitet und werden sukzessive, nach erfolgter Beschlussfassung, umgesetzt. Die Grundlage der baulichen Weiterentwicklung aller Kliniken der KLB bildet die angesprochene finanzielle Unterstützung des Landkreises Ludwigsburg, der sich dafür ausgesprochen hat, bei strategisch wichtigen Bau-projekten die Zins- und Tilgungskosten der nicht geförderten Investitionskosten zu übernehmen.

Einsparungen ergeben sich auch aus der stetigen Standardisierung im Bereich der Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, sowie bei der medizintechnischen Ausstattung. Die Vorschläge der Einkäufer werden mit den medizinischen Fachgruppen diskutiert und die Standards konkret gemeinsam entschieden. Dies führt zu einer hohen Akzeptanz. Insgesamt verbleibt für 2018 folgende Ergebnisstruktur. Die besondere Belastung aus dem Fixkostendegressions- und Mehrmengenabschlag in Höhe von rd. 2,1 Mio. € ist enthalten. Ohne diese Abschläge könnte ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden.

Zum Zeitpunkt der Planung wurde von einer Steigerung des Landesbasisfallwertes in Höhe von 1,5 % ausgegangen. Der planerische Ansatz für den neuen TVöD-Tarif beläuft sich auf 2,8 %. Wobei noch Risiken durch die Anwendung der neuen Entgelttabellen bestehen. Im patientenfernen Bereich sind weiterhin die laufenden Sparprogramme vorgesehen



Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Telefon	(07145) 91-0
E-Mail	info@okm.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	19.08.1998

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Fachkrankenhauses für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen im Landkreis Ludwigsburg. Im Übrigen wird das Unternehmen nach dem jeweils geltenden Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg betrieben. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Orthopädische Klinik Markgröningen ist ein Kompetenzzentrum für Orthopädie und Rückenmarksverletzte. Sie zählt mit 200 Betten zu den größten Fachkliniken mit diesem Schwerpunkt in Deutschland und gehört durch ihre Gründungshistorie zu den ältesten orthopädischen Institutionen Europas. Der Landkreis Ludwigsburg und die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH inklusive deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH beworben. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbunds vervollständigt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 4.545.100 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	4.545.100	100



Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
ORTEMA GmbH	26.000	100

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Kliniken Ludwigsburg- Bietigheim gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (Vorsitzender der Geschäfts- führung) Olaf Sporys (ab 01.10.2017)	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
<u>Vertreter des Landkreises Ludwigsburg</u>		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier Manfred List Erich Zucker	Gero Dorda Siglinde Lischke Dr. Jakob Sigle
Mitglieder – Freie Wähler	Herbert Pötzsch Werner Möhrer Jürgen Scholz	Gerd Maisch Ralf Zimmermann Rainer Gessler
Mitglieder – SPD	Dr. Eckart Bohn Thorsten Majer	Erika Pudleiner Hans Leopold Schlobach
Mitglieder – Grüne	Andrea Stockmayer-Mohn Andreas Roll	Susanne Schwarz-Zeeb Helmut Fischer
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Hans-Jürgen Kemmerle	Peter Schimke
<u>Vertreter der Stadt Bietig- heim-Bissingen</u>		
Mitglieder – CDU	Dr. Wolfgang Pfeiffer	Jürgen Weller
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Prof. Dr. Heinrich Heyes
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Petra Kühltau
Mitglieder – FDP	Dr. Dieter Baumgärtner (bis 07.02.2017) Dr. Georg Mehrle (ab 07.02.2017)	Dr. Georg Mehrle (bis 07.02.2017) Götz Noller (ab 07.02.2017)
Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Attila Tür
<u>Vertreter der Arbeitnehmer**</u>		
	Dr. Gerhard Locher Ralf Kurfiss	Ulrike Stoiber-Lipp Nadja Schmidt



- * Nach § 10 Abs. 3 lit. g des Gesellschaftsvertrags der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH benötigt die Geschäftsführung der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH vor einer Beschlussfassung als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung der OKM die Zustimmung des Aufsichtsrats der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.
- ** Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 5.000,00 € (Vorjahr: 6.440,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft das Fachkrankenhaus für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die OKM in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen ist, erfüllt sie die Voraussetzungen des KHG und erhält sowohl Einzelfördermittel, als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Die OKM erhält vom Landkreis Ludwigsburg keine Investitionszuschüsse und muss deshalb ihre Investitionskosten selbst erwirtschaften. Der Landkreis Ludwigsburg gewährt der OKM aber für deren Darlehen- und Betriebsmittelbedarf Kommunalbürgschaften, so dass die OKM von günstigen Zinskonditionen profitieren kann.

Die laufenden Betriebskosten für den Bereich der stationären Patientenversorgung sind nach geltendem Recht hauptsächlich über die Fallpauschalen (DRGs) und zum Teil noch über Pflegesätze zu finanzieren. Für die OKM werden nach § 108 SGB V die Budgets für die Behandlung dieser stationären Patienten jährlich mit den Krankenkassen verhandelt. Die Vergütung der ambulanten Patientenbehandlung richtet sich je Behandlungsfall nach separaten Regelwerken.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Hierzu wird auf die Ausführungen bei der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH verwiesen.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die Leistungsentwicklung in der OKM war im Jahr 2017 mit einer Steigerung des Casemix-Volumens von 1,2 % positiv und das obwohl eine Katalogabwertung mit 3 % - vom Gesetzgeber initiiert - stattgefunden hat. Die Abwertung hat zu einem Erlösverlust von rund 1,5 Mio. € geführt (- 436 CM-Punkte), der das Ergebnis 2017 sehr stark beeinflusst. Von der Abwertung betroffen war gleichermaßen die Endoprothetik als auch die Wirbelsäulenchirurgie. Dadurch ist zwangsläufig auch der Gesamtschweregrad von 1,648 auf 1,579 abgesunken. Zusätzlich ist das Jahresergebnis erheblich durch den Mehrmengenabschlag (rund 370 TEUR) belastet. Ohne diese beiden Effekte würde die Klinik ein stabiles positives Jahresergebnis erzielen.

Umso wichtiger ist die Umsetzung der strategischen Maßnahmen um den eingeschlagenen Wachstumskurs fortzusetzen. Dafür war in 2017 die Inbetriebnahme der ersten Stufe (2 OP-Säle im obersten Geschoss des Neubaus zur Beseitigung der OP-Kapazitätsengpässe) von entscheidender Bedeutung. Zur Erweiterung der Kapazitäten wurde die zweite Stufe im Jahr 2017 begonnen und beinhaltet eine Erweiterung innerhalb des Zentral-OP von fünf auf sechs Säle. Dieser zusätzliche Saal wird als Hybrid-OP für den Wirbelsäulenbereich ausgebaut. Die Inbetriebnahme wird Anfang 2019 möglich sein. Ab diesem Zeitpunkt ist die Klinik in der Lage nochmals eine deutliche Steigerung der Patientenzahlen zu verkräften und der vom Gesetzgeber und den Kostenträgern gewollten Konzentration von planbaren Leistungen Rechnung zu tragen.

Allerdings sind die gesetzgeberischen Maßnahmen, wie Absenkung der Bewertungsrelationen bei Eingriffen an der Wirbelsäule und der Endoprothetik sowie der Fixkostendegressionsabschlag große Hürden für diese Leistungskonzentrationen. Ein weiteres Problem hat sich dadurch bei der Budgetverhandlung 2017 aufgetan. Trotz Förderung der zusätzlichen OP-Kapazitäten durch das Land Baden-Württemberg erkennen die Kostenträger dies nicht mehr als Tatbestand für die Vereinbarung abschlagsfreier Mehrmengen an und bestehen auf einen Fixkostendegressionsabschlag in Höhe von 35 %. Die Klinik hat sich deshalb entschieden, keine Mehrmengen auf dieser Basis zu vereinbaren. Um diesem finanziellen Kellertreppeneffekt zu entgehen ist die Gründung einer Privatklinik am Standort geplant.

Investitionsbereich

Die Entwicklung der OKM basiert auf einem langfristigen Konzept, das seinen Ursprung in 2010 hat und in den Folgejahren fortgeschrieben wurde. Darauf aufbauend wurden in den vergangenen Jahren ein Neubau errichtet sowie die Bettenhäuser saniert, was insgesamt zu einer Erhöhung der Bettenkapazitäten geführt hat. Danach wurde die besondere Behandlungseinheit, die konservative orthopädische Komplexbehandlung inklusive multimodaler Schmerztherapie, als neues Behandlungsspektrums baulich umgesetzt und eingerichtet.

Das Erweiterungskonzept der OP-Bereiche beinhaltet zwei Stufen. In der Ersten wurden auf dem Neubau, auf Ebene der Akademie, zwei Säle ausgebaut und in Betrieb genommen sowie ein dritter optional vorbereitet. Der dritte Saal kann nun, bei nachgewiesener Leistungssteigerung, ausgebaut werden. Er wird auch dringend während der Sanierungsphase im Zentral-OP benötigt, da wir sonst OP-Kapazitäten verlieren würden. Die zweite Stufe ist derzeit in vollem Gange, um ausreichende Kapazitäten im Bereich des bestehenden Zentral-OPs, für die großen Wirbelsäulen- und endoprothetischen Eingriffe mit jeweils drei Sälen, zu schaffen. Im Zuge dieser Maßnahme wurde auch die Erweiterung des zentrale zentrale Sterilisierung in die Planung mit aufgenommen. Durch die Generalsanierung der Produktionsküche und Spülküche erfolgt eine erhebliche Prozessverbesserung der küchentechnischen Arbeitsabläufe. Der Hygienestandard wird den aktuellen Vorgaben ebenfalls angepasst.

Zusammen mit der ORTEMA steht ein hochmodernes, überregionales Zentrum für orthopädische Erkrankungen zur Verfügung, das Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation an einem Standort anbieten kann. In diesem Zusammenhang wurden schon die Werkstätten für die ORTEMA durch einen Anbau vergrößert. Bei den schon gestiegenen und perspektivisch noch weiter steigenden stationären Patientenzahlen wurde nun auch die Entscheidung



getroffen einen Neubau für die ambulante Rehabilitation mit 50 – 60 Plätzen zu errichten. Derzeit befinden wir uns in der Angebotsphase mit leistungsfähigen Modulbaufirmen, um dadurch eine schnelle Umsetzung bei höchstmöglicher Kostensicherheit zu gewährleisten. Eine Inbetriebnahme wäre bei einer Vergabe noch vor der Sommerpause bis Mitte 2019 möglich.

Der finanzielle Rahmen für Baumaßnahmen wird zunehmend eingeschränkt. Die Landesförderung für die RKH-Projekte fällt zwar zufriedenstellend aus, dennoch decken die Fördermittel insgesamt nicht den Investitionsbedarf ab. Insbesondere bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen oder bei der Ertüchtigung von technischen Anlagen und Vorrichtungen besteht eine Finanzierungslücke. Die Kosten dafür werden auch nicht über die Krankenhausentgelte abgedeckt.

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 2,9 Mio. € (Vj. 8,7 Mio. €) für Investitionen eingesetzt:

Leistungsdaten

Kenngrößen	2017	2016
Stationär behandelte Patienten	9.288	8.893
Anzahl Case-Mix-Punkte	14.654,72	14.646,42
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)	1,585	1,657
Verweildauer in Tagen	6,79	6,84

Zusätzlich wurden in 2017 34.569 Patienten ambulant behandelt.

Wie im vergangenen Jahr verfügte die OKM zum Bilanzstichtag über 200 Planbetten.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	593	584
GESAMT	593	584

Die Zahl der Vollkräfte ist in der OKM gGmbH im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 5 VK leicht gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat sich aufgrund einer höheren Teilzeitquote um 19 erhöht. Die Zahl der Auszubildenden konnte im Jahr 2017 gesteigert werden, u.a. werden in der OKM einige Physican Assistants im Rahmen eines dualen Studiengangs ausgebildet.

In der OKM mussten aufgrund von temporären Personalengpässen Zeitarbeitskräfte eingesetzt werden. Die Kosten hierfür lagen bei ca. 200.000 €, in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Zum 31.12.2017 haben sich folgende Personalkenngrößen ergeben:

	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten	593	574
Anzahl der Vollkräfte	431	426
Anteil der weiblichen Beschäftigten	77%	76%
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	41%	40%
Anzahl der Ausbildungsplätze für Kranken- pflege	8	8
Anzahl der Ausbildungsplätze im Verwal- tungs- und Wirtschaftsbereich	0	0
Anzahl der Ausbildungsplätze für Operati- onstechnische Assistenten	8	6
Anzahl Ausbildungsplätze in der Orthopä- die-Technik	5	5
Belegte Ausbildungsplätze insgesamt	24	17
Appartements / Zimmer für Mitarbeiter	99	99

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen nimmt aufgrund der Maßnahmen im Rahmen der Erweiterung und Neugestaltung der OP-Kapazitäten planmäßig zu. Entsprechend verhalten sich die Baufinanzierungen durch Darlehensverbindlichkeiten. Da die gewährten Fördermittel bereits im Vorjahr zugeordnet wurden, steigt der Sonderposten zunächst nicht mehr an.

Die Finanzanlagen betreffen ausschließlich die Beteiligung an der ORTEMA GmbH. Dieser Beteiligungsansatz wird unverändert fortgeschrieben, da hier ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar sind. Zusätzlich wird auch ein Wertezuwachs durch die Entwicklung der ORTEMA erwartet. Jahresüberschüsse dieser Gesellschaft sollen zunächst innerhalb der Gesellschaft zur Kapitalstärkung bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden. Die Vorräte konnten nahezu auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnten zeitnah realisiert werden. Durch den allgemein zu verzeichnenden Anstieg der Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen und dessen Verrechnungsmethodik verbleiben zum Stichtag im Vergleich zum Vorjahr höhere offene Forderungen. Durch diese Komplexität in der Forderungsabwicklung erhöhen sich der administrative Aufwand weiter sowie das rechnerische Gesamtdebitorenzahlungsziel. Durch die Verrechnungspraxis verlagern sich diese anteiligen Risiken aus den Anfragen von bilanzierten Rückzahlungsrisiken, für die Rückstellungen gebildet wurden, hin zu Ausfallrisiken, die auf der Aktivseite bilanziert werden. Das kalkulatorische Ausfallrisiko insgesamt hat sich durch den absoluten Anstieg der Anfragen erhöht. Außerdem hat der Stand der in Arbeit befindlichen Anfragen zum Bilanzstichtag zugenommen, so dass diese Fälle mit einem kalkulatorischen Ausfallrisiko bewertet werden mussten.

Seit Mitte 2009 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite zusammen mit der Kliniken gGmbH in einem Cash-Pool-Verfahren abgewickelt. Der „Pool-Führer“ ist die Kliniken gGmbH. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Die Synergie dabei ist, dass die Zinsen innerhalb des Verbundes verbleiben und die Geldmittel jederzeit verfügbar sind. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bilanziert. Im Berichtsjahr wurde hieraus ein hohes Finanzmittelvolumen der KLB zur Verfügung gestellt. Die Forderungen gegenüber der KLB steigen auch durch einen eingeführten eisernen Vorschuss im Rahmen der zentralen Lagerhaltung.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die notwendigen Verrechnungen mit der ORTEMA und anderen Verbundgesellschaften zum Jahresende. Durch den Ausbau der Werkstätten, die von der OKM an die ORTEMA vermietet werden, sind die Umsätze zwischen den beiden Gesellschaften planmäßig angestiegen. Künftig soll der Teilbereich Orthopädietechnik gesellschaftsrechtlich von der OKM an die ORTEMA übergeben werden.

Trotz der erheblichen Finanzierungsanteile zeigt sich eine solide Liquidität.

Bei den übrigen Rückstellungen mussten die Personalrückstellungen aufgebaut werden. Da das tarifliche Altersteilzeitmodell teilweise genutzt wurde, wurde diese Rückstellung ebenfalls erweitert.

Die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen werden jährlich neu ermittelt. Durch die hohe und allgemein stark wachsende Anfragemenge ergibt sich automatisch ein höheres zu bilanzierendes Risiko. Dieses Bild zeigt sich im gesamten Klinikenverbund deutlich und unabhängig vom Leistungsspektrum. Bei der OKM wurde nun eine Anfragequote von 25 % erreicht. Im Vergleich zu anderen Kliniken, z.B. im QuMiK-Verbund, ist die Entwicklung in Richtung dieser Anfragequote des MDK ebenso erkenn- und absehbar. Im Ergebnis war eine Zuführung zur Rückstellung notwendig.

Bei der Ermittlung der Rückstellung zur Einhaltung der Aufbewahrungspflichten (Archivierung) wurde in 2017 der Anteil der in der Zwischenzeit in digitaler Form archivierten Informationen erhoben und bewertet. Bei der OKM werden die Unterlagen des Finanz- und Rechnungswesen in digitaler Form aufbewahrt. Im Bereich der Patientenakte verläuft die Langzeitarchivierung noch auf konventionelle Art. Bei steigenden Patientenzahlen führt die Archivierungsrückstellung im Berichtsjahr zu einer Zuführung. Mit dem wachsenden Digitalisierungsgrad bzw. Anteil kann die vorhandene Rückstellung künftig schrittweise abgebaut werden, da die Kosten der digitalen Datenvorhaltung im Vergleich zur konventionellen Langzeitarchivierung als niedriger bewertet werden.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde auf Basis der abgeschlossenen Betriebsprüfung im Vorjahr ermittelt und unterschreitet das Vorjahresniveau.

Die übrigen Verbindlichkeiten sinken im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich durch den niedrigeren Stand an zum Stichtag noch offene Rechnungen.

Finanzlage

Die Finanzlage der Klinik ist trotz des negativen Jahresergebnis 2017 stabil. Das Jahresergebnis 2017 ist maßgeblich durch den Katalogeffekt belastet. Dies entzieht der Fachklinik nachhaltig liquide Mittel und Deckungsbeiträge. Die Investitionen müssen in einem hohen Maße selbst finanziert werden, da die Landesförderung die anfallenden Investitionskosten nicht vollständig deckt, bzw. auch planmäßig Eigenanteile zu finanzieren sind. Die Belastung aus Zins und Abschreibungen ist damit planmäßig auf einem hohen Niveau. Im Rahmen des OP-Neubaus konnten weitere Fördermittel 2018 vereinbart werden, die die Liquidität entsprechend stützen.

Die dargestellte Eigenkapitalquote bezieht sich auf die um die Anteile der Landesförderung gewährten Finanzierungsmittel bereinigte Bilanzsumme. Die Quote sinkt aufgrund des Fehlbetrages trotz leicht rückläufiger Bilanzsumme leicht ab.

Die Anlagendeckung zur Finanzierung des Anlagevermögens erhöht sich aufgrund der stabilen Liquidität bei genannter verminderter Bilanzsumme. Die Baukosten sind fast vollständig mit langfristigen Geldmitteln ausfinanziert.

Ertragslage

Das Leistungsvolumen konnte gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,2% gesteigert werden. Es wurde auch eine Fallzahlsteigerung von 5,7 % erreicht. Entsprechend dieser Leistungsausweitung sind alle Positionen der Ertragslage entsprechend angestiegen. Dies betrifft insbesondere die variablen Kosten für Sachmittel und bezogene Leistungen. Die Personalkosten steigen insbesondere durch die tariflichen Steigerungen. Die Anzahl der Vollkräfte in 2017 ist leicht um 5 VK gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat sich auch aufgrund einer höheren Teilzeitquote um 19 erhöht.

Die Nachfrage nach den ärztlichen und räumlichen Wahlleistungen gegenüber dem Vorjahr ist weiter gestiegen und bestätigt weiterhin die Konzeption des Neubaus.

Bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen zeichnet sich ein kleiner Rückgang ab, dies betrifft die Bereiche ambulantes Operieren sowie den Bereich KV-Ambulanz.

Unter den Erträgen aus Vermietung steigen die Umsätze mit der ORTEMA, die nun nach Fertigstellung die neu entstandenen Räume für die Orthopädietechnik mit Werkstätten nutzt.

Bei den betrieblichen Erträgen zeigt sich ein weiterer Ausbau der plastischen Chirurgie mit dem Krankenhaus Bietigheim.

Durch die Umstellung der Buchungssystematik für die Personalkosten der KSG- und TVöD Mitarbeiter erfolgt im Bereich betriebliche Erträge eine Erstattung von der Kliniken Service GmbH. Der Gegenposten für diese Verrechnung erscheint im Bereich Lebensmittel bzw. bezogene Leistungen.

Bei den betrieblichen Erträgen zeigt sich die Anpassung des Energieversorgungskonzeptes. Seit 2012 mietet die OKM die technischen Anlagen und wird somit zum Energieerzeuger für den eigenen Bedarf und versorgt die in der Nähe liegende Behinderteneinrichtung gegen Entgelt mit. Entsprechend entwickeln sich die Energieaufwendungen, was anteilig aber auch dem größeren Baukörper durch den Neubau geschuldet ist. Durch die wachsende Auslastung der Parkraumbewirtschaftung steigen diese Erlösanteile, die in die Refinanzierung des Parkhauses einfließen.

Die Steigerung der Personalkosten insgesamt entsteht maßgeblich durch den Anstieg der Tarife und den planmäßigen Personalaufbau, insbesondere im ärztlichen Dienst. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten für Zeitarbeitskräfte auf gleichem Niveau.

Die Rückstellungen für Überstunden und Urlaub wurden um 146 TEUR erhöht. Die Verpflichtungen aus dem tariflichen Altersteilzeitmodell mussten erhöht werden.

Die direkte arbeitsrechtliche Anbindung der holdingweit verantwortlichen Führungskräfte an die Regionale Kliniken Holding vermindert die originären Personalkosten und erhöht den Bedarf an gestelltem Personal. Zusätzlich führt die Verlagerung von Arbeitsaufgaben innerhalb des Verbundes zum Tausch von originären Personalkosten zu Personalkostenverrechnungen (Personalgestellung). Grundsätzlich werden Leistungen verursachungsgerecht und kostenneutral verrechnet.

Durch die Zusammenführung der EDV-Technologie und der EDV-technischen Dienstleistungen steigen ebenfalls die Leistungsbeziehungen innerhalb des Verbundes. Hard – und Software werden zentral über das verbundinterne EDV-Zentrum (Klinikum Ludwigsburg) beschafft und auch dort inventarisiert. Sämtliche Pflege- und Wartungsverträge werden ebenfalls über das Rechenzentrum abgewickelt. Die daraus resultierenden Nutzungsgebühren werden bei den Nutzern im Investitionsergebnis abgebildet. Die Nutzungsgebühren für Personal- und Sachkosten des EDV-Zentrums sind dem Betriebsergebnis (Verwaltungsbedarf) zugeordnet. Dadurch fallen für die Investitionsseite keine direkten Investitionskosten an. Im Vorjahr wurde der investive Anteil aus Pauschalfördermitteln gedeckt, so dass in 2017 das Volumen stabil die Verteilung auf die Positionen aber zu Gunsten der Investitionsmittel angepasst wurde.

Ebenfalls zeigt sich im Verwaltungsbedarf der erhöhte Aufwand für Aus- und Fortbildung.

Der Instandhaltungsbereich ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

Die Steuerlast bezieht sich auf die positiven Ergebnisse der steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe. Die Gewinnerzielung führt einerseits zu Ertragsteuern, andererseits auch zu Anspar-effekten für neue Investitionen in diesen Bereichen.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde an die Ergebnisentwicklung und die abgeschlossene Betriebsprüfung angepasst.

Durch die Inbetriebnahme der Baumaßnahmen sowie durch die veranschlagten Neuinvestitionen erhöhen sich die Abschreibungen und Zinsen planmäßig. Die Zinsaufwendungen bleiben aufgrund des niedrigen Zinsniveaus stabil. Außerdem wurden Fördermittel dem Finanz- und Investitionsergebnis angerechnet. In 2017 weisen diese Teilergebnisse die tatsächlich zu erwirtschaftende Belastung aus.

Das Investitionsergebnis zeigen sich auch die Abschreibungsanteile, die z.B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Entgelte gedeckt sind.

Das neutrale Ergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um 152 TEUR gesunken, in diesem Ergebnis werden auch die Auflösungen von Rückstellungen gezeigt. Im Jahr 2017 wurden div. Rückstellungen in Höhe von 65 TEUR aufgelöst.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 9) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 10) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	19,3	20,7	– 1,4
Anlagendeckung I in %	20,6	21,4	– 0,8
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	54,8	54,0	+ 0,8
Anlagendeckung II in %	21,9	22,6	– 0,7
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	53,0	55,2	- 2,2
Liquiditätsgrad in %	137,7	163,8	- 26,1

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Die Entwicklung der OKM basiert, sowohl baulich als auch medizinisch, auf einem langfristigen Konzept, das seinen Ursprung in 2001 hat. Darauf aufbauend wurde die bauliche Weiterentwicklung umgesetzt und weiter geplant. Insgesamt hat dies zu einer Erhöhung der Betten- und OP-Kapazitäten geführt. Danach wurde das medizinische Konzept ausgerichtet und zunächst die besondere Behandlungseinheit, die konservative orthopädische Komplexbehandlung inklusive multimodaler Schmerztherapie, als neues Behandlungsspektrum etabliert. Die nun begonnene erneute Erweiterung der OP-Kapazitäten bedient das gesamte operative Leistungsspektrum der Fachklinik.

Mit dieser Kapazitätserweiterung ist der Standort in der Lage, noch einmal einen großen Entwicklungsschritt zu gehen. Allerdings wurden und werden diese Leistungssteigerungen weiterhin durch die beschriebenen Mechanismen in der Krankenhausfinanzierung erschwert. Das Leistungsspektrum der OKM wird besonders stark durch den Mechanismus „Absenkung der Bewertungsrelation bei wirtschaftlich begründeter Fallzahlsteigerung“ und durch den Fixkostendegressionsabschlag getroffen. Deshalb mussten Ausweichstrategien gesucht werden. Eine davon ist die Gründung einer Privatklinik am Standort um zusätzliche Leistungen im Budget durch eine Verlagerung von Privatpatienten abschlagsfrei erbringen zu können.

Ein weiterer Faktor ist die ständige Verbesserung der „Produktivität“ in der Leistungserbringung, um das in der Orthopädie vorhandene sinkende Preisniveau auffangen zu können. Dies gelingt nur durch die entsprechenden räumlichen und organisatorischen Ressourcen und insbesondere durch motiviertes, engagiertes und auch hochqualifiziertes Personal in allen Bereichen. Eine Herkulesaufgabe beim bestehenden Fachkräftemangel.

Zusammen mit der ORTEMA besteht ein hochmodernes, überregionales Zentrum für orthopädische Erkrankungen zur Verfügung, das Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation an einem Standort anbieten kann. Die künftige Erweiterung der ambulanten Rehabilitation durch die ORTEMA wird den Standort weiter ergänzen und abrunden. Die ORTEMA hat seit 01.01.2018 die Orthopädietechnikleistungen für ambulante Patienten der Klinik übernommen. Damit ist die Leistungserbringung gebündelt und die internen Abläufe effizienter gestaltbar. Die formalen Vorbereitungen dafür wurden in 2017 getroffen, dem Aufsichtsrat vorgestellt und von diesem im Rahmen des Unterplanes beschlossen.

Da die OKM die Investitionsmittel, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, selbst erwirtschaften muss, steigen der Kapitaldienst und die Abschreibungen nochmals planmäßig an.

Nach Stand der Planungsrechnungen zur Unternehmensplanung 2018 könnte für das Jahr 2018 eine Unterdeckung in Höhe von 0,9 Mio. € entstehen. Darin enthalten sind auch angenommene Belastungen aus dem Fixkostendegressionsabschlag sowie Katalogeffekte in Höhe von 1,9 Mio. €. Allerdings bestehen hier auch Chancen, wenn der Abschlag geringer verhandelt werden kann, als dies in der Planungsrechnung angenommen wurde.

Zum Zeitpunkt der Planung wurde von einer Steigerung des Landesbasisfallwertes in Höhe von 1,5 % ausgegangen. Der planerische Ansatz für den neuen TVöD-Tarif beläuft sich auf 2,5 %. Im patientenfernen Bereich sind weiterhin die laufenden Sparprogramme vorgesehen.



ORTEMA GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Telefon	(07145) 91-53800
E-Mail	info@ortema.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	12.10.1993

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die orthopädie-technische Versorgung von Patienten, deren Behandlung nicht durch die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH verordnet wurde sowie die orthopädie-technische Versorgung der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH, soweit diese den Bedarf nicht durch ihre eigene Abteilung für Orthopädie-Technik abdecken kann. Weiterer Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Physikalischen Therapie bei der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH und weiterer solcher Einrichtungen bei den einzelnen Kliniken der Regionale Kliniken Holding RKH GmbH sowie das Angebot präventiver und rehabilitativer Leistungen für ambulante, stationäre, teilstationäre, vor- und nachstationäre Patienten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ORTEMA ergänzt das Leistungsspektrum der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbunds vervollständigt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	26.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die ORTEMA GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Olaf Sporys (kaufmännisch) Hartmut Semsch (technisch)	
<u>Beirat</u>		
Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH bilden entsprechend § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH den Beirat.		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
<u>Vertreter des Landkreises Ludwigsburg</u>		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier Manfred List Erich Zucker	Gero Dorda Siglinde Lischke Dr. Jakob Sigle
Mitglieder – Freie Wähler	Herbert Pötzsch Werner Möhrer Jürgen Scholz	Gerd Maisch Ralf Zimmermann Rainer Gessler
Mitglieder – SPD	Dr. Eckart Bohn Thorsten Majer	Erika Pudleiner Hans Leopold Schlobach
Mitglieder – Grüne	Andrea Stockmayer-Mohn Andreas Roll	Dr. Heike Tapken-Brust Helmut Fischer
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Hans-Jürgen Kemmerle	Peter Schimke
<u>Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen</u>		
Mitglieder – CDU	Dr. Wolfgang Pfeiffer	Jürgen Weller
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Prof. Dr. Heinrich Heyes
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Ingrid Zeller
Mitglieder – FDP	Dr. Dieter Baumgärtner (bis 07.02.2017) Dr. Georg Mehrle (ab 07.02.2017)	Dr. Georg Mehrle (bis 07.02.2017)
Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Attila Tür



- * Nach § 10 Abs. 3 lit. g des Gesellschaftsvertrags der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH benötigt die Geschäftsführung der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH vor einer Beschlussfassung als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung der ORTEMA die Zustimmung des Aufsichtsrats der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH.
- ** Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beirats betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Die ORTEMA hat schon seit geraumer Zeit den Weg eingeschlagen, zum einen die Abhängigkeit von den Kostenträgern durch den Selbstzahlerbereich und die frei verkäuflichen Artikel im Gesundheitsbereich zu senken und zum anderen die neuen Geschäftsfelder (Prävention, Rehabilitation und Medical Fitness) weiter voranzutreiben. Die sich daraus ergebenden Synergien stärken die Marktposition durch eine bessere Wahrnehmung der Kunden und einer hohen Kundenbindung, insbesondere auch im Zusammenspiel mit der Orthopädischen Klinik Markgröningen, aber auch vermehrt mit den Krankenhäusern der Regionalen Kliniken Holding RKH GmbH. Dazu haben die Inbetriebnahme der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und eine regelmäßige Versorgung des Krankenhauses Bietigheim beigetragen. Bei einer möglichen baulichen Entwicklung am Standort Bietigheim könnte auch dort die Errichtung einer Filiale sinnvoll sein.

Finanzierungsgrundsätze

Im Bereich Orthopädie-Technik arbeitet die ORTEMA ausschließlich auftragsbezogen auf der Basis ärztlicher Verordnungen und besitzt eine volle Hilfsmittelzulassung für den Hauptsitz in Markgröningen und jeweils Teilzulassungen für die Filialen. Die Rezeptabrechnung erfolgt mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten. An den Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat sich nichts geändert. Die schon seit Jahren aufgezeigten schwierigen Rahmenbedingungen mit den weiter sinkenden Preisen im Bereich der GKV sowie der zunehmenden Bürokratisierung sind mittlerweile systemimmanent. Immer mehr Hilfsmittel werden überhaupt nicht mehr von den Krankenkassen finanziert. Zunehmend bewegen sich neben dem Fachhandel auch Discounter auf dem Hilfsmittelmarkt und bieten vorgefertigte Hilfsmittel (hauptsächlich Bandagen) in einem sehr niedrigen Preissegment an. Die Ausschreibungsmodelle für den Hilfsmittelbereich erhöhen den Druck auf die einzelnen Betriebe, da es einem Preisdiktat gleicht, mit denen die Kostenträger nicht nur weitere Preisreduzierungen, sondern auch eine Konzentration auf einige (wenige) Anbieter erreichen wollen, ungeachtet der Versorgungsqualität und der Versorgungsbreite.

Im Bereich Prävention und Medical Fitness hat die ORTEMA eine Heilmittelzulassung aller Kassen und rechnet auch hier mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten ab. In den anderen Bereichen werden Kursgebühren und Mitgliedsbeiträge erhoben.



Im Rehabilitationsbereich hat die ORTEMA seit 01.08.2011 die Zulassung bei den gesetzlichen Krankenkassen und der deutschen Rentenversicherung Land (DRV-L) für die ambulante Rehabilitation erhalten. Das aufwendige Genehmigungsverfahren hatte im Jahr 2011 zu

hohen Anlaufkosten geführt. Mittlerweile waren die genehmigten 20 Plätze mehr als sehr gut ausgelastet. Es wurde deshalb ein Antrag auf Erhöhung der Platzzahl gestellt, der mit Wirkung zum 01.05.2016 positiv beschieden wurde. Im Jahr 2016 lag die durchschnittliche Belegung mit 33 Plätzen auch schon wieder über der genehmigten Platzzahl. Die dort erzielten Einnahmen decken nun die Kosten dieses Bereiches. Eine weitere erfolgreiche Zulassung war die Anerkennung des MBOR-Konzeptes (MBOR= Medizinisch-beruflich orientierte Rehabilitation) durch die Deutsche Rentenversicherung B.W. zum 01.02.2016. Die Zulassung der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV-B) wurde bislang nicht erteilt. Insbesondere die räumliche Nähe zur Orthopädischen Klinik, der „Schutz“ der jetzt schon zugelassenen anderen Rehabilitationseinrichtungen im Landkreis Ludwigsburg sowie die gemeinsame Raumnutzung mit der Heilmittelerbringung (Physiotherapie/Ergotherapie) sind als Gründe genannt worden. Mittlerweile ist es jedoch gelungen, auch die DRV-Bund von der Leistungsfähigkeit sowie den Strukturvoraussetzungen zu überzeugen. Seit Anfang 2017 besitzt die ORTEMA sowohl die Zulassung, als auch einen Bezugsvertrag nach § 21 SGB IX.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das Jahr 2017 war im Bereich der Orthopädie-Technik nochmals stark durch den An- und Umbau im Bestand geprägt, der ein weiteres Wachstum erschwert hat. Der Materialeinsatz aber auch die Materialwirtschaft wird deshalb künftig noch stärker in den Focus rücken müssen. Die baulichen Voraussetzungen sind nun geschaffen. Im Bereich Rehabilitation hat sich die ambulante Rehabilitation sehr gut entwickelt und der Heilmittelbereich stabil gezeigt. Im Bereich Medical Fitness haben wir den Rückgang aus dem Vorjahr wieder kompensieren können und dies trotz stetig zunehmenden Angeboten der großen Ketten, aber auch der Sportvereine mit vereinseigenen Trainingsmöglichkeiten. Ausbildung und Personalgewinnung ist neben einer hohen Qualität ein Schlüssel in der Gesundheitsbranche.

a) Geschäftsbereich Rehabilitation und Medical Fitness

Die ORTEMA ist auch im Präventions- und Rehabilitationsbereich und im Bereich Medical Fitness ein fester Bestandteil der Gesundheitsversorgung im Landkreis und hat damit ein weiteres Standbein und eine sinnvolle Ergänzung der Orthopädie-Technik geschaffen. Sie rundet somit das Spektrum der Orthopädischen Klinik Markgröningen mit ihren kurativen Angeboten als ganzheitlicher Gesundheitsanbieter ab.

Die Besetzung offener therapeutischer Stellen, vor allem in der Physio- und Ergotherapie hat sich 2017 nochmals verschärft. Trotz Verstärkung der Zusammenarbeit mit verschiedenen Physioschulen und Kooperation mit einer Hochschule ist es nicht gelungen alle Stellen zu besetzen. Ziel war es über die stattfindenden Praktikumseinsätze mögliche neue Mitarbeiter frühzeitig zu identifizieren und an uns zu binden. Die Fortbildungs-Veranstaltungen, die sich gezielt an therapeutische Mitarbeiter richten – Hand-Therapie-Tag, Sportmeeting – sowie Mund zu Mund Propaganda durch die Mitarbeiter bieten die Möglichkeit uns als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren.

Ambulante Rehabilitation

Die ambulante Rehabilitation ist seit 2014 nach dem QReha-Verfahren erfolgreich zertifiziert. Die beantragte Erhöhung der Platzzahl auf täglich 30 Reha-Patienten ist nun durch alle Krankenkassen, die DRV Baden Württemberg und seit April 2017 auch durch die DRV Bund bestätigt.

Das Wachstum im Bereich der Patientenfälle betrug in 2017 = 15%, im Bereich der Behandlungstage 12 %. Der Umsatzanstieg (gemeinsam mit Nachsorge-Umsätzen) beträgt ca. 20%. Weiterhin ist der Anteil der Anschlussheilbehandlungen mit ca. 70% sehr hoch. Dabei kommen 50% der Patienten aus der RKH (Vorjahr 55%), davon ca. 92% aus der OKM. Die ande-



ren 50% von Niedergelassenen und anderen Krankenhäusern. Dieser Anteil hat sich damit durch die zusätzlichen Patienten der DRV Bund weiterhin erhöht. Die Zunahme der Patienten, die von außerhalb der RKH zu uns kommen, bietet eine positive Basis für die geplante Erweiterung, ebenso wie die Ausweitung der OP-Kapazitäten der OKM.

Zur Jahresmitte konnte eine weitere Ärztin zur Verstärkung des Reha-Teams gewonnen werden.

Heilmittelbereich

Der Heilmittelbereich verzeichnet weiterhin eine sehr hohe Nachfrage und Auslastung. Der Umsatz hat insgesamt ein Plateau erreicht und liegt gleichmäßig bei ca. 1,1 Mio.

Physiotherapie

Die Auslastung im Bereich der Physiotherapie ist nach wie vor sehr hoch. Eine Ausdehnung der Angebote ist aufgrund des räumlichen Engpasses nicht mehr möglich.

Die Station für konservative Orthopädie und multimodale Schmerztherapie konnte die Belegung in 2017 sehr deutlich steigern. Entsprechend hat sich der stationäre Personalbedarf hier nochmals erhöht.

Für die Querschnitt-Patienten der OKM wurde wiederum ein Adventskaffee mit musikalischem Rahmenprogramm ausgerichtet.

Ergotherapie und Handtherapie

Deutliche Umsatzsteigerung um 28% in der Ergotherapie, da dort eine offene Stelle Ende 2016 wieder erfolgreich besetzt werden konnte. Der Umsatz im Schienenbau ist auf sehr hohem Niveau konstant.

Gemeinsam mit dem Team von Prof. Haerle wurde die Hand-Fortbildungsreihe für externe Ergo- und Physiotherapeuten erfolgreich fortgeführt. Es fanden zwei Veranstaltungen in 2017 mit gesamt rd. 90 Teilnehmern statt.

Medical Fitness

Nach der Umstrukturierung in 2016 konnte in 2017 wieder ein Mitgliederzuwachs um 4,6% erreicht werden. Die Fluktuation ist mit 20% weiterhin extrem niedrig. Hier zeigt sich der Erfolg des intensiven Betreuungskonzeptes. Zudem müssen weniger Werbeaktionen zur Akquise von Neu-Mitgliedern durchgeführt werden. Das Bewegungsbad musste aufgrund notwendiger Sanierungsarbeiten für 6 Monate geschlossen bleiben. Der Umsatz bewegt sich auf Vorjahresniveau. Die Steigerung im Bereich Medical Fitness wurde durch die fehlenden Bad-Umsätze leider kompensiert.

Zum 10-jährigen Bestehen des Medical Fitness wurde im September 2017 ein großes Jubiläumsfest für alle Mitglieder durchgeführt. Rund 250 Kunden haben daran mit viel Spaß teilgenommen.

Zur Intensivierung des Vertriebs im Bereich Betriebliches Gesundheitsmanagement wurde zur Jahresmitte ein Vertriebsmitarbeiter eingestellt. Die Neustrukturierung des Bereichs ist gut vorangekommen. Die Kontakte zu ehemaligen und bestehenden Kooperationspartnern wurden intensiviert.

Viele neue Kontakte, zu kleinen, mittleren und größeren Unternehmen sind entstanden.

Im November wurde ein Unternehmerlunch speziell für die Zielgruppe „Pflege und soziale Dienste“ mit positiver Resonanz durchgeführt.

In diesem Bereich ist in den nächsten Jahren mit einem starken Wachstum zu rechnen. Der bestehende Fachkräftemangel verlangt nach attraktiven Konzepten zur Mitarbeitergewinnung und -bindung. Die zunehmende Alterung der Belegschaften macht Maßnahmen zur Gesunderhaltung immer wichtiger.

Leistungsdiagnostik

Im Jahr 2017 wurden weiterhin Leistungstests für die Jugendkader des ADAC Hessen-Thüringen und des ADAC Pfalz durchgeführt (gesamt ca. 30 Sportler mit je 2 Testun-

gen/Jahr). Die Kooperation im Bereich der Sportmedizinischen Diagnostik mit Dr. Hering, KH Bietigheim, besteht weiterhin.

Der ganzheitliche Ansatz der Prävention, der akuten stationären oder ambulanten Behandlung, der Rehabilitation sowie dem Bereich Medical Fitness an einem Standort halten wir nach wie vor für zukunftsweisend, da dieses große und breite Spektrum einen Mehrwert für unsere Patienten und Kunden darstellt. Durch die Einbindung in die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH ergeben sich weitere Synergieeffekte und potentielle Kunden für die ORTEMA, wie man am Beispiel der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und der Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Bietigheim sieht.

b) Geschäftsbereich Orthopädietechnik

ORTEMA Markgröningen

Wiederum erfasste uns auch Anfang 2017 eine starke Grippewelle, die zu massiven Krankheitsausfällen führte. Dies betraf alle Bereiche der ORTEMA GmbH, wodurch es in der Administration wie in der Fertigung zu Engpässen kam.

Im ersten Quartal 2017 konnten die restlichen Baumaßnahmen des Erweiterungsbaus am Standort Markgröningen zeitlich verzögert durch die parallel laufende OP-Erweiterung durchgeführt werden. Weitere technische Probleme bei der Zu- und Abluft im Bereich der Maschinenraum Absaugungen sowie Nacharbeiten in diesen Bereichen erschwerten die Produktion und führten ebenfalls zu zeitlichen Verzögerungen.

Im ersten Quartal 2017 fand mit der Einstellung eines externen Mitarbeiters eine Umstrukturierung im Bereich des Onlineshops sowie Überarbeitung der Struktur im PR- und Marketingbereich statt, um effektivere Abläufe einzuführen. Die zusätzlich besetzte Stelle unterstützt den PR- und Marketingbereich gut und führt zu einer zügigeren Durchführung der anfallenden Arbeiten.

Am 1. Januar 2017 konnten wir einen Ingenieur für den Bereich F&E (Forschung u. Entwicklung) anstellen. Sein Aufgabenbereich umfasst die Produktentwicklung im Sportprotection-Bereich. Hier vor allem Protektoren und Schlagschützer sowie für den Orthopädie-Technik-Bereich die Scantechnologie und den 3-D-Druck. Dort werden Vorarbeiten für die Weltausstellung für Orthopädie-Technik im Mai 2018 durchgeführt, wo wir mit der ORTEMA in einem größeren Rahmen unsere Möglichkeiten der Servicefertigung für andere Sanitätshäuser und auch ausländische Kunden vorstellen und anbieten werden. Dazu ist es nötig, einen entsprechenden Scanner anzuschaffen. Momentan werden verschiedene Modelle getestet, auch um unsere Partner in der Servicefertigung mit kostengünstigen, aber technisch guten Scannern ausrüsten zu können. Diese schicken die Patientendaten dann zu uns, wo im Bereich F&E die Modelltechnik am Bildschirm durchgeführt wird, um eine Fräsdatei zu erstellen, die dann auf unserer 3-D-Fräse aus einem Hartschaumrohling ausgefräst werden kann.

Im Bereich der Prothetik haben wir die Bereichsleitung neu besetzt, nachdem der bisherige Stelleninhaber zum 31.12.2017 aus Altersgründen in den Ruhestand ging.

ORTEMA Pforzheim

Auch hier galt es leider wieder umfangreiche Ausfallzeiten durch Krankheit abzudecken. Die Neubesetzung unserer offenen Stellen aufgrund von Schwangerschaften stellte uns vor große Herausforderungen, da die Operationszeiten der Arcus Sportklinik wieder ausgeweitet wurden und auch samstags mittlerweile regelmäßig operiert wird.

Durch unsere neuen Räumlichkeiten konnte eine deutliche Entspannung und Entzerrung in der Versorgung unserer Patienten festgestellt werden. Von Kunden, Patienten und Mitarbeitern wird das neue Ambiente gelobt und es war sicherlich die richtige Entscheidung, eine räumliche Erweiterung in Pforzheim durchzuführen.

ORTEMA Ludwigsburg

Auch hier stellen Krankheits- und Ausfallzeiten sowie Schwangerschaften hohe Anforderungen an das Team. Die Filiale hat sich weiterhin gut im Klinikum etabliert. Die Auslastung ist gut. Allerdings brauchen wir personelle Unterstützung zur umfassenden Klinikversorgung, sowie auch bei den niedergelassenen Ärzten im Raum Ludwigsburg. Die Versorgung im Bereich der Brustprothetik sowie die lymphatischen Versorgungen konnten weiter ausgebaut werden. Zusätzlich gelang es die prothetische Versorgung der Patienten der Gefäßchirurgie

im Kreiskrankenhaus Ludwigsburg zu übernehmen. Dies führte zu einer deutlichen Ausweitung der Erstversorgung von frisch amputierten Patienten im Bereich der unteren Extremität. Da momentan eine Überalterung unseres bisherigen Prothesenpatientengutes eintritt, bedeutet dies einen Schritt in die Zukunft für die Sicherung des Bereiches Prothesentechnik. Durch Fortbildungen für Ärzte, Pfleger sowie Patienten konnte unser Fachpersonal die ORTEMA Versorgungsleistungen weiter etablieren.

ORTEMA Waiblingen

Die Neubesetzung der Filialleitung in Waiblingen konnte im Sommer erreicht werden. Der bisherige kommissarische Leiter hat dafür die Bereichsleitung für die Knieorthetik in Markgröningen übernommen. Aufgrund von weiteren Personalengpässen, der Tatsache, dass die Auftragslage nicht entsprechend den Erwartungen gesteigert werden konnte sowie dem Auslaufen unseres zehnjährigen Mietvertrages, der wieder langfristig verlängert werden müsste, hat die Geschäftsführung entschieden, die Filiale zum 31.03.2018 zu schließen. Die Leitung aus Waiblingen wird dann die Stellvertretung des Filialleiters in Ludwigsburg übernehmen.

ORTEMA Neckarsulm

Die 2016 in Neckarsulm aufgenommene Arbeit wurde im Jahr 2017 weitergeführt. Die Sportlerbetreuung in Zusammenarbeit mit der orthopädischen Gemeinschaftspraxis gelingt zunehmend besser. Dabei konzentrieren wir uns auf die Anfertigung von individuellen Produkten in den Bereichen Knie, Schulter, Ellenbogen, Hand und Fuß.

Aktivitäten und Events

Wie auch in den Jahren zuvor, waren wir bei verschiedensten Veranstaltungen, Events, Patienten- und Ärztefortbildungen, sowie Sportveranstaltungen aktiv. So konnten wir wieder die Informationsstände bei der AGA, GOTS, Arcus-Sportsymposium, Arcus-Ärztetag, Kreisärzteschaft Ludwigsburg, VBG-Berlin, DKG Köln abdecken. Ferner führten wir erstmals anlässlich des 175-jährigen Bestehens der OKM eine Fortbildung für „Orthopädie und Technik“ durch. Diese Veranstaltung wendete sich an junge Kollegen, Auszubildende, aber auch an Ärzte und wurde unter anderem von den Berufsschulen aus Stuttgart und Heidelberg mit den letzten Ausbildungsjahrgängen besucht. Mit insgesamt 160 Personen war die Veranstaltung sehr gut besucht und kann als gelungen bezeichnet werden. Eine weitere Veranstaltung in kleinerem Rahmen soll 2018 durchgeführt werden, um 2019 dann wieder eine große Veranstaltung durchzuführen.

Wie üblich waren wir auch auf mehreren Sportveranstaltungen und Messen vertreten.

Unter anderem:

- Ispo in München
- Eishockey WM in Köln und Paris
- Motocross-WM-Läufe
- FIS Ski World Cup Rennen
- Eurobike in Friedrichshafen sowie
- Enduro- und Mountainbikerennen

F & E (Forschung und Entwicklung)

In 2018 soll im Rahmen der ISPO in München noch einmal Wert auf die für den Skirennlauf entwickelte Präventhese gelegt werden. Durch die Kooperation mit der Firma Holmenkol konnten wir einen sehr guten Standplatz in einem der Hauptgänge bei der ISPO belegen. Hier wird die Scan-Technologie vorgestellt werden, was sicherlich großes Interesse bei den Besuchern hervorrufen wird.

Zusammen mit dem Ingenieur-Büro Phoenix in München, soll an den Ergebnissen des BISS-Projektes weitergearbeitet werden.

ORTEMA GmbH

Mit Weiterentwicklung unserer Orthomax-Protektoren-Linie werden Rückenprotektoren, Jacken, Westen sowie die Enduro weiterentwickelt und sollen kostengünstiger produziert werden. Um eine Protektoren Weiterentwicklung zu ermöglichen, wurde Anfang 2017 ein Schlagbestprüfstand gekauft und im Bereich F+E installiert. So ist es uns jetzt möglich, die nötigen Testungen für anstehende Zertifizierungen selbst durchzuführen. Diese neuen Produkte mit innovativen Features werden bei unseren Events, Veranstaltungen und auch im Rahmen der Frühjahrsmotorradmessen dem Publikum gezeigt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	234	223

Die ORTEMA beschäftigt außer den Orthopädietechnikern und Bandagisten auch Orthopädienschuhtechniker, Ergotherapeuten, Krankengymnasten, Masseure, Sporttherapeuten, Diplomsporthelehrer, Verwaltungs- und kaufmännische Kräfte. Seit 2010 hat sie außerdem für den Rehabilitationsbereich einen Arzt sowie eine Diplompsychologin, eine Sozialdienstmitarbeiterin, eine Diätassistentin und eine Krankenschwester angestellt. Seit 2015 wird ein weiterer Arzt in Teilzeit für die Rehabilitation beschäftigt.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die ORTEMA arbeitet ausschließlich in gemieteten Räumlichkeiten und zwar am Standort in Markgröningen in zwei Betriebsgebäuden. Das Gebäude der Orthopädie-Technik wurde 1999 in Betrieb genommen und gehört der OKM. Im Neubau für den Bereich Rehabilitation und Medical Fitness ist die ORTEMA Untermieter der OKM, die das Gebäude von einer Immobilienleasinggesellschaft geleast hat. In Pforzheim, Waiblingen und seit 2011 auch in Ludwigsburg wurden die Filialräumlichkeiten ebenfalls gemietet. In Neckarsulm wurden 2015 ebenfalls Räumlichkeiten angemietet, um dort eine besondere Versorgung für Spitzen- aber auch Hobbysportler in Kooperation mit einem Mediziner anzubieten. Die Geschäfts- und Betriebsausstattungen sind sowohl im Eigentum der ORTEMA als auch über Leasingverträge beschafft oder befinden sich im Eigentum der OKM und werden über die Miete bezahlt.

Der gesamte Einkauf der Betriebsmittel der Orthopädie-Technik erfolgt zentral über die OKM, um durch die Bündelung die bestmöglichen Einkaufskonditionen zu erzielen. Mit der Lagerentnahme berechnet die OKM das Material an die ORTEMA. Im Lagerbestand der ORTEMA sind alle frei verkäuflichen Artikel und das Werbematerial der ORTEMA. Einen großen Anteil haben bei den Vorräten auch die unfertigen Erzeugnisse zum Stichtag.



Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 1994 hatte die ORTEMA 2013 erstmal zur Beschaffung von Fitnessgeräten eine Kreditaufnahme getätigt. Ein weiterer Kredit wurde 2016 für Beschaffung der Einrichtung und Ausstattung des Anbaus OT aufgenommen.

Mit den Mietzahlungen trägt die ORTEMA dazu bei, dass die OKM die beiden Betriebsgebäude refinanziert und dort Vermögen geschaffen wird. Das Betriebsgebäude der Orthopädie-Technik konnte somit schon komplett finanziert werden. Der Leasingvertrag für die vom Geschäftsbereich Medical Fitness und Rehabilitation genutzte Immobilie hat noch eine Restlaufzeit von 9 Jahren.

Den eigenen Investitionsbedarf finanziert die ORTEMA durch ihre Liquidität im Rahmen der erwirtschafteten Abschreibungen mit Ausnahme der oben geschilderten Beschaffungen.

Die Liquidität des Unternehmens war das ganze Jahr über sicher gestellt. Es mussten keine Kontokorrent- oder sonstige Kredite in Anspruch genommen werden.

Finanzlage

Die EK-Quote in Höhe von 44,7 % VJ (46,9 %) ist durch den Anstieg des Betriebsvermögens gesunken und muss weiterhin als Innenfinanzierungsinstrument im Auge behalten werden. Absolut hat sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss in Höhe von 0,9 TEUR erhöht. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen durch die planmäßigen Abschreibungen verringert. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind nur moderat um 0,5 % gestiegen (+ 7 TEUR). Die liquiden Mittel haben sich stichtagsbezogen um 29 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Forderungen gegen den Gesellschafter sind im Verhältnis zum Vorjahr um 102 TEUR gestiegen. Die Rückstellungen sind durch planmäßige Auflösung gesunken.

Die Darlehensverbindlichkeiten sind bei planmäßiger Tilgung gesunken. Die gute Eigenkapitalquote ist notwendig, um die Liquidität des Unternehmens sicher zu stellen und weiteres Wachstum finanzieren zu können. Die Geschäftsführung hat dem Gesellschafter vorgeschlagen, den moderaten Jahresüberschuss der Gewinnrücklage zuzuführen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 952,95 € (Vorjahr: 18.386 €) ab.

Das Ergebnis war positiv, jedoch wurde das Ziel, im laufenden Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 103.800 € zu erzielen, nicht erreicht. Der Umsatz ist im Geschäftsjahr um 425.615 € d. h. 3,1 % (VJ: + 5,9 %) gestiegen. Die ORTEMA hat damit die 14,0 Mio. Grenze überschritten.

Die Umsatzsteigerung resultiert zum einen aus einer Steigerung bei den orthopädie-technischen Versorgungsmitteln um 203 TEUR (+2,2 %) (VJ: 698 TEUR / +8,3 %) und zum anderen durch die Steigerung bei den Erlösen im Bereich Rehabilitation und Medical Fitness um 300 TEUR (+6,5 %) (VJ: 86 TEUR / +1,9 %). Beide Geschäftsbereiche haben sich weiter gut entwickelt. Im Bereich Medical Fitness haben wir nach dem Rückgang in 2016 wieder einen Mitglieder- und damit auch Umsatzzuwachs zu verzeichnen. Trotzdem scheinen wir auf hohem Niveau unsere Auslastungsgrenze erreicht zu haben. Dies liegt auch am wachsenden Anbietermarkt. Im Heilmittelbereich konnten wir den Vorjahresumsatz wieder stabilisieren. Erfreulich war die Steigerung bei der ambulanten Rehabilitation mit einem Zuwachs von 157 TEUR (+20,08%) sowie bei den Nachsorgeleistungen + 37 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Die Personalkostensteigerungen resultieren neben der Anhebung der Tabellenentgelte um 2,0 % sowie der Einführung der PlusCard auch durch die Einstellung von weiteren Mitarbeitern in allen Bereichen.

Der Materialeinsatz wird zu mehr als 95 % durch die Orthopädie-Technik verursacht. Die Materialaufwendungen sind 2017 proportional zu den Umsätzen gestiegen. Die Abschrei-



bungen haben sich durch die Beschaffung von Einrichtung und Ausstattung planmäßig nach oben entwickelt. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben wir insbesondere durch die Reduzierung der Werbemaßnahmen eine Reduzierung um 67 TEUR (-2,7 %) erreicht. Diese Maßnahme war aufgrund des schwierigen Jahresverlaufes dringend geboten.

Insgesamt hat sich das Geschäftsjahr 2017 nicht so wie geplant entwickelt. Es konnte ein Ergebnis aus dem laufenden Betrieb von 258.853 € (VJ: 200.922 €) erreicht werden. Das Jahresergebnis verringerte sich um 17.433 € auf 952,95 € (VJ: 18.386 €). Die Umsatzrendite nach Steuern ist deshalb auf 0,0 % abgesunken. Der Branchenschnitt liegt bei rund 1,5 %.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 11) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 12) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	44,7	46,9	- 2,2
Anlagendeckung I in %	212,1	204,1	+8,0
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	212,1	204,1	+8,0
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	132,3	139,4	-7,1

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Für das Jahr 2018 wird ein Überschuss in Höhe von 96.500 € anvisiert.

Die Filiale im Krankenhaus Ludwigsburg hat sich sehr gut etabliert. Dadurch ist es gelungen, die Ärzteschaft in und um Ludwigsburg effektiver zu betreuen und die Zusammenarbeit deutlich auszubauen. Die Filiale Pforzheim hat sich durch die Ausweitung der Räumlichkeiten positiv weiter entwickelt. Möglich wurde dies durch einen Neubau direkt gegenüber der Arcusklinik. Die Filiale Waiblingen zeigte zwar stabile Umsätze, aber wenig Weiterentwicklungsmöglichkeiten an dem Standort und aufgrund der schwierigen personellen Situation. Da zudem die Entscheidung einer Vertragsverlängerung um weitere 5 Jahre anstand wurde aus betriebswirtschaftlicher, personeller und strategischer Sicht die Entscheidung für die Schließung zum 31.03.2018 getroffen, die auch schon vollzogen ist. Die Aktivitäten im Kranken-

haus Bietigheim haben zu einer stabilen Versorgungssituation und einer weiteren Steigerung geführt. Die vorgesehene und mögliche Weiterentwicklung in Bietigheim bietet die Chance, eventuell auch dort noch eine Filiale anzusiedeln. Allerdings wird dieses Projekt erst zusammen mit einer baulichen Entwicklung in einigen Jahren möglich sein.

Die Erweiterung der Produktions- und Lagerkapazitäten am Standort Markgröningen ist im Jahr 2016 erfolgt. Die Umbauten im Bestand hatten sich jedoch bis ins Jahr 2017 gezogen, so dass das Projekt erst Mitte 2017 komplett abgeschlossen werden konnte. Die zeitlichen Verzögerungen und die Neustrukturierung der Abläufe in den verschiedenen Bereichen haben dazu geführt, dass die anvisierte Produktionssteigerung noch nicht so umgesetzt werden konnten wie geplant. Die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres zeigen, dass die Anlaufschwierigkeiten weitgehend überwunden sind und die Prognosen sich nun als realistisch erweisen. Die Priorität in der Produktion hat auch das im Vorjahr beschriebene EDV-Projekt zur Herauslösung aus dem Krankenhausnetzwerk als Basis für eine durchgängige ERP-Lösung verzögert. Die Projektierungsphase ist nun soweit abgeschlossen, dass eine finale Entscheidung und Beauftragung des Projektes möglich ist. Diese Entscheidung muss nun zeitnah bis Ende Juni getroffen werden. Derzeit sind wir mit der EU-Datenschutzgrundverordnung beschäftigt, bei der es nun gilt die bei dem extern vergebenen Audit festgelegten Maßnahmen Zug um Zug umzusetzen.

Die zum 01.01.2018 vorgesehene Übernahme des Betriebsteils Orthopädie-Technik ist gut vorbereitet und reibungslos über die Bühne gegangen und hat die angestrebte Vereinfachung durch die Entflechtung der gewachsenen und komplizierten Strukturen in vielen Bereichen gebracht.

Nachdem der Neubau unseres Präventions- und Rehabilitationszentrums nun mehr als 10 Jahre in Betrieb und sich die ambulante Rehabilitation sehr gut entwickelt, haben Aufsichtsrat und Gesellschafter im Rahmen der Wirtschaftsplanung die Erweiterung durch einen Neubau beginnend im Jahr 2018 beschlossen. Dies wird durch eine Erweiterung des bestehenden Immobilienleasingmodells möglich, bei einer Restlaufzeit von dann weniger als 10 Jahren jedoch nicht mit einer Vollfinanzierung. Derzeit befinden wir uns in der Angebotsphase, an der 3 Modulbaufirmen beteiligt sind. Bei einer Beauftragung vor der Sommerpause könnte die Fertigstellung und Inbetriebnahme Mitte 2019 erfolgen. Die Entwicklung, insbesondere durch das Genehmigungsverfahren der Kostenträger, aber auch durch die zunehmend nachgefragte wohnortnahe Reha und der Verbleib im häuslichen Umfeld, geht eindeutig in Richtung ambulant vor stationär. Deswegen ist die Erweiterung der ambulanten Rehabilitation ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, insbesondere auch deshalb, weil die OKM durch die Erweiterung um 4 OP-Säle, von denen 2 schon umgesetzt sind, ab 2019 auch weiter wachsen wird.

Die ORTEMA hat sich in den nunmehr 23 Geschäftsjahren seit ihrer Gründung kontinuierlich weiter entwickelt und ist als Marke in ihren Geschäftsbereichen regional und überregional etabliert. Die ORTEMA ist damit auch ein wichtiger Multiplikator für die Leistungen der OKM und auch ein wichtiger Netzwerkpartner für die Patientenaquise. Ende 2019 wird die ORTEMA ihr 25-jähriges Firmenjubiläum feiern.

Zusammen mit der OKM ist es gelungen, ein überregionales Gesundheitszentrum für orthopädische Erkrankungen nicht nur aufzubauen und dort neben der Akutmedizin auch die Bereiche Prävention, Rehabilitation und Medical Fitness, einschließlich der Heil- und Hilfsmittelversorgung anzubieten, sondern auch regional und überregional zu etablieren.

Ein umfassendes Angebot an Gesundheitsleistungen für unsere Kunden und Patienten im Verbund mit der Orthopädischen Klinik Markgröningen und den anderen Kliniken im Verbund der Regionalen Kliniken Holding, bleibt weiterhin unser langfristiges Ziel zur Unternehmens- und Standortsicherung. Das eingeleitete und schon sehr weit umgesetzte Konzept gilt somit als richtungweisend.



Kliniken Service GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 99-90
E-Mail	info.rkh@verbund-rkh.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	14.05.2004

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung von Serviceleistungen für die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, insbesondere

- die Durchführung von Reinigungsleistungen
- hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben
- Küchen- u. Verpflegungsdienste
- interne Hol- u. Bringdienste
- Medizintechnik-Leistungen sowie
- Gartenarbeiten.

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen und kann sich auf den o.g. Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit dem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen.

Nachdem sich die KSG in den früheren Geschäftsjahren auf Reinigungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben konzentriert hatte, wurden im Geschäftsjahr 2016 auch in den Bereichen Küchen- u. Verpflegungsaufgaben, teilweise interne Hol- und Transportdienste sowie Wäschereileistungen als Teil der hauswirtschaftlichen Versorgungsaufgaben Leistungen durch die KSG erbracht. Des Weiteren wurden auch Serviceleistungen im Bereich Wählleistungen übernommen.

In diesem Rahmen wurde das Unternehmen in die drei Sparten Gastronomie, Hauswirtschaft und Wäscheversorgung gegliedert.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die KSG hat für das Klinikum Ludwigsburg und die Krankenhäuser Marbach und Vaihingen sowie die Rehaklinik ab dem 01.07.2004 die Durchführung der Reinigungsleistungen und der hauswirtschaftlichen Arbeiten übernommen, ab dem 01.10.2004 wird das Krankenhaus Bietigheim ebenfalls von der Gesellschaft versorgt. Der Betrieb der Rehaklinik wurde im Herbst 2012 eingestellt, die Mitarbeiter im haus-wirtschaftlichen Bereich wurden nach Bietigheim bzw. in das Klinikum Ludwigsburg versetzt.

Basis für diese Leistungen sind die zwischen den Klinikgesellschaften und der KSG abgeschlossenen Werkverträge. Ein Werkvertrag regelt die Serviceleistung Reinigung für die Kliniken gGmbH. Seit 2006 werden auch Reinigungsleistungen und die Bettenaufbereitung in den Enzkreis-Kliniken sowie seit dem 01.07.2007 ebenfalls in der OKM und der ORTEMA durch die KSG durchgeführt. Für das Jahr 2016 wurden auch Werkverträge für die Bereiche Verpflegung und Wäscherei mit den Klinikgesellschaften abgeschlossen.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die Kliniken Service GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Axel Hechenberger	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

* Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der Kliniken Service GmbH bedarf der Gesellschafter Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das Geschäftsjahr 2017 ist im Rahmen der Unternehmensplanung verlaufen. Der Umsatz ist vor allem durch höhere Anforderungen im Versorgungs- und Servicebereich um rd. 0,8 Mio. € gestiegen. Das Frauen-Kind-Zentrum hat im Frühjahr seinen Betrieb aufgenommen. Entsprechend des Umsatzanstiegs in allen Bereichen sind die Personalkosten sowie die Materialaufwendungen gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind durch den nun kompletten Ausstieg der Fa. Curatis bis zum Oktober 2017 gesunken.

Des Weiteren wurde das seit November 2014 sukzessiv implementierte Serviceangebot für Wahlleistungspatienten in den Kliniken weiter ausgebaut. Damit einher geht auch ein erhöhter Personalbedarf. Des Weiteren wurde eine Qualitätssicherung im Bereich Hauswirtschaft eingeführt, wobei Begehungen ausgewählter Bereiche unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaftsabteilung, der Pflege und der Hygiene der Kliniken durchgeführt werden. Die Begehungsfrequenz sowie die Zusammensetzung der Qualitätsrunde richten sich dabei nach der Größe des jeweiligen Hauses. Dabei wird ein Bereich zusätzlich einer eingehenden Qualitätsbewertung unterzogen. Diese soll mittelfristig auch zu einer mehr erfolgsorientierten Zusatzhonorierung von Mitarbeitern führen. Die Jahresprämie der Objekt- und Teamleitungen bemisst sich u.a. schon jetzt an diesen Ergebnissen. Darüber hinaus werden Patienten und Bereichsverantwortliche der Kliniken in Umfragen über die Reinigungsqualität befragt.

Investitionsbereich

Investitionen sind im Gesamtwert von 21.542,23 € (Plan: 85.100 €) getätigt worden. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Bodenreinigungsmaschinen und einen Wasserspender.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	551	529

Die Betriebsführung der Hauswirtschaft und Textilen Versorgung der KSG wurde bis zum Herbst 2017 durch die Fa. CURATIS GmbH, Eschborn, sichergestellt, mit der die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH einen entsprechenden Dienstleistungsvertrag abgeschlossen hatte. Dafür ist ein Mitarbeiter von CURATIS für die Hauswirtschaft permanent in den Häusern der Regionalen Kliniken Holding RKH anwesend gewesen. Ein weiterer übernahm die operative Leitung der Wäscherei in Ludwigsburg.

Des Weiteren wird die Betriebsführung der KSG durch 3 Objektleiterinnen in der Hauswirtschaft unterstützt, die für das Klinikum, das Krankenhaus Marbach sowie für die Krankenhäuser Bietigheim und Vaihingen bzw. der OKM und für die Ortema zuständig sind.

Für die Enzkreiskliniken ist ab Herbst 2017 die Objektleitung von Neuenbürg auch für Mühlacker zuständig. Die Objektleiterinnen können dabei auf zurzeit 9 Teamleitungen zurückgreifen.



Mitte 2017 wird die Leitung Hauswirtschaft durch eine eigene Führungskraft besetzt, die dann bis zum Jahresende die Dienstleistung der Fa. Curatis ablöst. Weiterhin übernimmt ein Mitarbeiter der Wäscherei die Leitung und baut eine neue Führungsstruktur auf.

Dies ist ein konsequenter Schritt auf dem Weg der weiteren positiven Unternehmensentwicklung und beim Aufbau einer eigenen Arbeitgebermarke, auch über den neuen Internetauftritt. Alle Führungskräfte der 3 Sparten des Unternehmens werden seit Herbst 2017 gezielt weitergebildet und nach eigenen Standards qualifiziert, so dass einerseits entsprechende Mitarbeiter an das Unternehmen gebunden bzw. neue qualifizierte Mitarbeiter gewonnen werden können. Außerdem sollen ab 2018 Ausbildungsplätze in allen Tätigkeitsfeldern angeboten werden, um frühzeitig für den erkennbaren Wachstumskurs gewappnet zu sein.

Die Verpflegungsbetriebe der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, der OKM gGmbH und der Enzkreis-Kliniken gGmbH und die Wäscherei in Ludwigsburg sind seit dem Jahr 2016 vollständig in die Kliniken Service GmbH integriert. Die Arbeitnehmerüberlassung durch die KSG GmbH in diesen Bereichen an die Krankenhausgesellschaften wurde dadurch abgelöst. Die noch bei der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, OKM gGmbH und den Enzkreis-Kliniken gGmbH Beschäftigten sind entsprechend der gesetzlichen und tariflichen Regelungen an die KSG GmbH mit ihren seitherigen Rechten und Pflichten gestellt.

Bei der KSG sind 551 Personen (Stand 31.12.2017) einschließlich geringfügig Beschäftigte angestellt. Dies entspricht im Jahresdurchschnitt 2017 353 Vollkräften.

Weitere 114 Mitarbeiter/-innen in der Hauswirtschaft, die bei der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, der OKM gGmbH und den Enzkreiskliniken in diesem Bereich angestellt sind, werden zusätzlich von der KSG geführt. Ferner sind in den Verpflegungsbetrieben der KLB gGmbH, OKM gGmbH und EKK gGmbH weitere 96 Mitarbeiter/-innen und in der Wäscheversorgung 31 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, die an die KSG GmbH gestellt sind.

Lage des Unternehmens

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2017 hat die KSG mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von 212.259,47 € (Plan 123.800,00 €) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung konnte somit eingehalten werden.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse zeigen die in Rechnung gestellten Reinigungs- u. Wäschereileistungen sowie die Dienst- u. Serviceleistungen in den Bereichen Verpflegung und Wahlleistung. Die Preise der erbrachten Leistungen werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden in Rechnung gestellt. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Sachkostenerstattungen (Reinigungsmittel etc.) der Verbundhäuser sowie Erstattungen für Mutterschutz und Eingliederungszuschüsse von der Bundesagentur für Arbeit.



Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 13) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 14) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	39,4	21,3	18,1
Anlagendeckung I in %	454,7	292,2	+ 162,5
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	454,7	296,7	+ 158,0
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	Entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	150,7	117,4	+ 33,3

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Das Ziel des Unternehmens ist für die Kliniken, mit deren Patienten und Mitarbeitern, ein qualitativ hoch-wertiger und kostengünstiger Dienstleister zu sein. Daneben gilt es ebenso für die eigenen Mitarbeiter ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Damit dient die KSG dem Verbundleitbild und dessen Strategien und leistet ihren Beitrag für die exzellente Patientenversorgung im RKH-Verbund.

Auf Grund der oben genannten Entwicklungen planen wir in 2018 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von 232.800 €.



**MVZ Klinikum
Ludwigsburg**

MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 94400
E-Mail	info.rkh@verbund-rkh.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	15.04.2014

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH nahm im April 2014 ihren Betrieb mit den beiden Fachgebieten Pathologie und Labormedizin auf. Mit der Gründung der MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH verfolgten die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH das unternehmerische Ziel, die Entscheidungshoheit über die beiden Kassenarztsitze der Praxis für Pathologie auch nach dem Ausscheiden der beiden dort tätigen Pathologen zu behalten.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Matthias Ziegler	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

- * Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH bedarf der Gesellschafter Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH nahm im April 2014 mit den beiden Fachgebieten Pathologie und Labormedizin ihren Betrieb auf. Die Kliniken verfolgten mit der Gründung der MVZ gGmbH das unternehmerische Ziel, die Entscheidungshoheit über die beiden Kassenarztsitze der Praxis für Pathologie auch nach Ausscheiden der beiden dort tätigen Pathologen zu behalten. Der Kundenstamm an Einweisern konnte nach der Übernahme dabei in vollem Umfang erhalten werden. Das MVZ zeigt sich auch im abgelaufenen Jahr unternehmerisch erfolgreich.

Der Geschäftsverlauf kann insgesamt als planmäßig beschrieben werden. Seit Oktober 2017 werden die pathologischen Untersuchungen des Krankenhauses Bretten im MVZ erbracht.

Investitionsbereich

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	12	11

Lage des Unternehmens

Jahresabschluss

Aufgrund der soliden Kapitalausstattung wurde die Geschäftsführung, als Vertreter der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, durch den Aufsichtsrat am 23. November 2017 dazu ermächtigt, dass die MVZ gGmbH ab dem Geschäftsjahr 2016 Gewinnanteile an die KLB ausschüttet. Dies ist gemäß dem Gesellschaftervertrag der MVZ gGmbH nach § 4 Abs. 2 „Gemeinnützigkeit“ im Rahmen der Abgabenordnung möglich. Die Ausschüttung wird dabei so berechnet, dass der MVZ gGmbH nach Ausschüttung eine Umsatzrendite in Höhe von mind. 2,0 % verbleibt und die Liquidität, unter Berücksichtigung der Forderungen und kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, dafür ausreicht.

Die aus dem Geschäftsjahr 2017 resultierende Gewinnabführung wurde mit einer Abschlagszahlung von 200.000 € umgesetzt. Die Gewinnausschüttung aus dem Geschäftsjahr 2016 wird im Rahmen des Jahresabschluss 2018 umgesetzt.

Das Geschäftsjahr 2017 hat das MVZ mit einem Jahresüberschuss von 257.268 € (Vj. 262.135 €) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresüberschuss in Höhe von 160.000 € konnte somit deutlich überschritten werden.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen stellt den Firmenwert zum 31.12.2017 dar. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind ausschließlich Forderungen aus Untersuchungsleistungen dargestellt.

Die Finanzlage ist solide und die flüssigen Mittel decken sowohl die Verbindlichkeiten als auch die Rückstellungen.

Nach Ausschüttung von 200.000 € an den Gesellschafter erhöht sich das Eigenkapital um den verbleibenden Bilanzgewinn von 57.268 € auf 727.721 €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin resultieren im Wesentlichen aus der Gewinnausschüttung 2017. Des Weiteren sind gegen verbundene Unternehmen (Regionale Kliniken RKH GmbH) Verbindlichkeiten in Höhe von 12 TEUR (Vj. 14 TEUR) eingestellt. Durch die Beteiligungsverträge der angestellten Ärzte besteht zusätzlich eine Verbindlichkeit in Höhe von 37 TEUR (Vj. 31 TEUR) zum Jahresende. Bei den Rückstellungen wurden Zuführungen für Urlaub notwendig. Die Rückstellungen für Budgetbeteiligungen konnte reduziert werden.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse zeigen die in Rechnung gestellten Untersuchungsleistungen gegenüber Kassenpatienten und Selbstzahlern. Ferner sind die Erlöse aus Erstattungen der Versandkosten für die in Rechnung gestellten Untersuchungsleistungen an Selbstzahlern enthalten.

In den Personalkosten sind neben den Kosten der eigenen Mitarbeiter und den Beteiligungen der angestellten Ärzte auch die Aufwendungen aus einem Kooperationsvertrag zwischen der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH und dem MVZ in Höhe von 831



TEUR (Vj. 824 TEUR) enthalten. Die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH erhält für den Bereich Labormedizin ebenso eine Kostenerstattung in Höhe von 337 TEUR (Vj. 311 TEUR).

Im Verwaltungsbedarf sind unter anderem die Portokosten für die Versendung der Rechnungen an Selbstzahlern in Höhe von ca. 18 TEUR (Vj. 23 TEUR) berücksichtigt.

Im Rahmen des Mietvertrages zwischen den Kliniken Ludwigsburg gGmbH und der MVZ gGmbH sind Aufwendungen in Höhe von ca. 11 TEUR (Vj. 11 TEUR) angefallen.

Die Umsätze steigen planmäßig durch die wachsende Nachfrage und die Ausweitung des Kundenstammes an. Damit verbunden sind höhere Personalkosten und der entsprechende Materialeinsatz. Ansonsten zeigt die MVZ gGmbH eine solide und positive Ergebnisentwicklung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 15) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017 und den Vorjahreswerten (Anlage 16) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2017	2016	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	58,9	69,3	-10,4
Anlagendeckung I in %	2026,6	1.052,4	974,2
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	2026,6	1.052,4	974,2
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	Entfällt	entfällt	Entfällt
Liquiditätsgrad in %	236,2	304,5	-68,3

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Für das Jahr 2018 wird ein Überschuss in Höhe von 156 TEUR anvisiert.

Nach den Erweiterungen der Leistungen in 2016 und 2017 ist für 2018 ein weiteres Wachstum möglich, indem das MVZ seine Leistungen für weitere Kunden außerhalb der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH anbieten wird. Bei den angenommen Eckdaten und Entwicklungen ist für 2018 ein Stellenplan in Höhe von 7,45 Vollkräften (Vorausschau 2017: 7,45 VK) vorgesehen.



ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)

Allgemeine Angaben

Anschrift	Marienstr. 22 71634 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 86506-0
E-Mail	info@ils-lb.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	20.02.2014

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Integrierten Leitstelle Ludwigsburg in den Räumlichkeiten der Hauptfeuerwache Ludwigsburg in der Marienstraße 22 in Ludwigsburg, auf der Basis der jeweils gültigen gesetzlichen Grundlagen. Wesentliche Aufgaben sind hierbei die Annahme und Abwicklung von eingehenden Notrufen der Bevölkerung im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (Notfallrettung und Krankentransport).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis Ludwigsburg ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Feuerwehrleitstelle und die untere Katastrophenschutzbehörde für den Landkreis Ludwigsburg. Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V., ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Rettungsleitstelle für Notfallrettung und Krankentransport im Landkreis Ludwigsburg. Durch den gemeinsamen Betrieb einer so genannten „integrierten Leitstelle (ILS gGmbH) beabsichtigen der Landkreis und das DRK die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben.



Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	12.500	50
DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	12.500	50

Beteiligungen des Unternehmens

Die ILS gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	Walter Adler	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Jürgen Vogt	
	Manfred Hormann	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ILS gGmbH wurde am 20. Februar 2014 gegründet. Der Übergang der neuen Leitstelle in den Echtbetrieb erfolgte am 8. Juli 2015. Ein Wirtschaftsplan für 2017 wurde erstellt. Im Haushaltsplan 2017 des Landkreises wurde ein Zuschussbetrag in Höhe von 1.500.000,00 € (Vorjahr: 1.381.600,00 €) geplant.



Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	22	22

Lage des Unternehmens

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Durch die Gesellschaftsstruktur der ILS gGmbH mit ihren beiden Trägern Landkreis Ludwigsburg und DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V. ist das Risiko für Schäden des Vermögens und der Liquidität als sehr gering einzustufen.

Ein Risiko für die Ertragslage der Gesellschaft ergibt sich aus ihrer Finanzierungsstruktur. 50% der Erträge werden durch Vermittlungsentgelte erwirtschaftet. Die Kostendeckung dieser Vermittlungsentgelte ergibt sich im Rahmen der Verhandlungen mit den Kostenträgern. Werden bei diesen Verhandlungen Kosten der ILS gGmbH von den Kostenträgern nicht als Kosten des Rettungsdienstes anerkannt, werden die Aufwände dann auch nicht über die Vermittlungsentgelte refinanziert. Durch eine regelmäßige Überwachung der betriebswirtschaftlichen Entwicklung des Geschäftsjahres ist dieses Risiko frühzeitig erkennbar.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

Der Jahresabschluss 2016 war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beteiligungsberichtes bereits erstellt und geprüft. Allerdings war er noch nicht durch die Gesellschafterversammlung festgestellt: Vorbehaltlich der Feststellung stellt sich der Jahresabschluss 2016 wie folgt dar:

Jahresabschluss 2016	
Jahresüberschuss	0,00 EUR
Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.	

Die Geschäftsführer wurden für beide Geschäftsjahre entlastet.

Die Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgt nach Feststellung in der Gesellschafterversammlung.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.



Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Krailenshaldenstr. 44 70469 Stuttgart
Telefon	(0711) 8108-10
E-Mail	post@kdrs.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	19.06.1974

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 10. Dezember 2007 sieht als Gegenstand des Unternehmens den Betrieb eines Rechenzentrums, insbesondere zur Erledigung aller geeigneten Aufgaben der Mitglieder des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, vor. Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Maschinenkonfiguration den jeweiligen Bedürfnissen der Mitglieder des Zweckverbandes anzupassen. Sie übernimmt die Entwicklung von EDV-Verfahren für die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe sowie für die Erledigung sonstiger wirtschaftlicher Aufgaben.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften (auch mit Nichtmitgliedern des Zweckverbandes) und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben, pachten oder verpachten. Geschäfte, die dem Zweckverband obliegen, darf die Gesellschaft nicht übernehmen. Dies gilt nicht, wenn es sich um die Entwicklung von Programmen und Verfahren handelt, die auf Rechnung der Gesellschaft entwickelt, erworben und/oder gepflegt und an denen zur Nutzung Lizenzrechte eingeräumt werden.

Für die gemeinsame Erledigung von Aufgaben für den Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS) und den Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) bzw. die Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH (RZRS GmbH) und die Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (IIRU GmbH) wurde im Rahmen dieser Ermächtigung die Kommunale Informations Technik Ulm/Reutlingen/Stuttgart (KomIT URS) als Zweigniederlassung der Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet (Gesellschaftsvertrag und Rahmenvereinbarung in der Fassung vom 30.09.2010).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft betreibt gemäß dem Gesellschaftsvertrag für die RZRS GmbH und der Rahmenvereinbarung für KomIT URS derzeit für die Mitglieder des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart sowie für den Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm ein gemeinsames Rechenzentrum.

Mitglieder des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart sind

- die Kommunen der oben genannten fünf Landkreise (Gesellschafter), ausgenommen die Gemeinde Alfdorf im Rems-Murr-Kreis
- die Landkreise selbst sowie der Stadtkreis Stuttgart
- der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
- der Verband Region Stuttgart
- die Gemeindeverwaltungsverbände Neckartenzlingen, Oberes Filstal, Östlicher Schurwald und Voralb.

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm umfasst mit seinem Verbandsgebiet Süd-Ost-Baden-Württemberg, seine Mitglieder sind

- 13 Landkreise sowie der Stadtkreis Ulm
- 350 Städte, Gemeinden, Gemeindeverwaltungsverbände und sonstige Mitglieder aus diesen Landkreisen
- 1 Studierendenwerk

Der Betrieb des Rechenzentrums bedeutet zum einen, dass den Verbandsmitgliedern der beiden Zweckverbände Rechnerleistung für die Verarbeitung von Daten unter anderem auf so genannten Großrechnern und Servern zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft ein Datenverarbeitungsnetz im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart. Außerdem werden für die Mitglieder Daten gespeichert und wenn erforderlich weiterverarbeitet und in Druckform ausgegeben.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2017 die entsprechenden Aufgaben erfüllt. Sie war dabei nahezu ausschließlich für die Verbandsmitglieder der beiden Zweckverbände tätig. Die restlichen Kunden waren entweder Eigenbetriebe bzw. privatrechtliche Eigengesellschaften der Verbandsmitglieder oder Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie einige privatrechtliche Personen- bzw. Kapitalgesellschaften.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 700.000 €.
Gesellschafter bis zum 05.12.2017

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	140.000	20
Landkreis Böblingen	140.000	20
Landkreis Esslingen	140.000	20
Landkreis Göppingen	140.000	20
Rems-Murr-Kreis	140.000	20

Ab 05.12.2017:

Alleiniger Gesellschafter ist der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart. Das Stammkapital ist unverändert.



Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Rechner-Betriebsgesellschaft mbH	26.000	100

Die Gesellschaft verfügt über eine im Handelsregister eingetragene Zweigniederlassung „Kommunale Informationstechnik Ulm-Reutlingen-Stuttgart (KomIT URS)“ in der Rechtsform einer BGB-Gesellschaft. Die Zweigniederlassung ist zuständig für den Betrieb von zentralen Systemen der Informationstechnologie und für die Erledigung aller damit zusammenhängenden Aufgaben, die der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart, der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm, bzw. die Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH, Stuttgart, und die Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH, Reutlingen, gemeinsam zu erledigen haben. Für die Angelegenheiten der Zweigniederlassung KomIT URS wurde ein Betriebsausschuss bestellt.

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u> Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Albert Walter
<u>Geschäftsführung</u> Geschäftsführer	Andreas Majer (technischer Geschäftsführer, seit 1. Mai 2017) Joachim Kischlat (kaufmännischer Geschäftsführer, seit 7. April 2017) Manfred Allgaier (Geschäftsführer, beschränkt auf die Zweigniederlassung) Hans-Jürgen Simacher (bis 7. April 2017)	
<u>Aufsichtsrat</u> Vorsitzender Stv. Vorsitzender Stv. Vorsitzender Stv. Vorsitzender	Landrat Roland Bernhard BM Michael Lutz OB Dr. Jürgen Zieger BM Werner Wöfle (bis 11. September 2017) BM Dr. Fabian Maier (seit 11. September 2017)	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Albert Walter

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrats und des Betriebsausschusses:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Betriebsausschusses betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 21.458,00 €.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**1. Geschäftsmodell der Rechenzentrum Region Stuttgart (RZRS) GmbH**

Gegenstand der RZRS GmbH ist der Betrieb eines Benutzerrechenzentrums zur Bearbeitung aller geeigneten Aufgaben der Mitglieder des Zweckverbands „Kommunale Datenverarbeitung der Region Stuttgart“. Die Gesellschaft übernimmt die Entwicklung von EDV-Verfahren sowie die Erledigung sonstiger wirtschaftlicher Aufgaben die den Gesellschaftszweck fördern.

2. Ziele und Strategie

Die RZRS GmbH ist ein Unternehmen, dass sich auf den öffentlichen Sektor spezialisiert hat und die Herausforderungen kennt, die sich den kommunalen Kunden stellen. Dabei versteht sich das Unternehmen als ein verwaltungsnahes, serviceorientiertes Unternehmen, das schnell und unkompliziert auf die Bedürfnisse von kommunalen Kunden eingeht. Mit Hilfe modernster Technik sollen die Kunden unterstützt und auf Basis der jahrelangen Expertise umfassend beraten werden. Dabei stehen der Schutz der Daten der kommunalen Kunden und die hohe Verfügbarkeit der angebotenen Dienstleistungen im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie.

3. Betriebstätigkeiten der RZRS GmbH

Im Jahr 2017 konnten im Bereich der IT-Technik erneut Projekte realisiert und Investitionen getätigt werden, mit denen dem steigenden Ressourcenverbrauch begegnet werden konnte und gleichzeitig neue Geschäftsfelder im Bereich der Übernahme kommunaler IT-Infrastrukturen erschlossen werden konnten. Eine tragende Säule hierbei war wiederum die Zusammenarbeit mit dem Konsortialpartner Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH, Reutlingen, mit dem zusammen Projekte aufgesetzt wurden, um Hardware-, Software- und Personalkosten weiter zu optimieren.

Innovationen und hohe Kostenstabilität haben auch im Jahr 2017 dazu beigetragen bei allen unseren Kernverfahren Marktanteile von 100% bzw. nahezu 100% zu erzielen.

3.1 Rechnerbetrieb

Alle Anwendungen laufen auf einer hoch virtualisierten Server-Infrastruktur auf X86-Prozessorarchitektur. Als Virtualisierungstechnologie kommt VMWare zum Einsatz. Die X86-Prozessorarchitektur ist heute der Industriestandard und damit die kostengünstigste Lösung, die Virtualisierung der Systeme erlaubt eine möglichst hohe Auslastung der eingesetzten Hardware.

Die Virtualisierung erlaubt auch eine K-Fall Absicherung durch Verteilung der Rechnerressourcen auf die zwei Rechenzentren in Stuttgart und Reutlingen.

Im Dezember 2017 waren es ca. 1.500 virtuelle Systeme auf 60 VMWARE Systemen sowie weniger als 10 physikalischen Servern.

Das Netzwerk hat Übergänge zum Landesverwaltungsnetz, zum Internet sowie zu anderen kommunalen und zu Bundesrechenzentren. Das Netzwerk ist durch ein mehrstufiges Firewall-System gegen unberechtigten Zugriff von außen geschützt.

3.2 Datenspeicherung und -sicherung

Für die Datenspeicherung kommen aktuell Plattenspeichersysteme der Hersteller NetApp und IBM zum Einsatz. Die Daten werden zwischen den beiden Rechenzentren in Stuttgart und Reutlingen synchron repliziert, um gegen Datenverlust bei Ausfall eines Rechenzentrums abgesichert zu sein.

Die Sicherung der Systeme und Anwendungsdaten erfolgt via Tivoly Storage Manager auf Plattenspeichersystemen und einem automatischen Kassettensystem.

3.3 SAP-Rechnerbetrieb

Die SAP-Systeme werden auf der oben beschriebenen virtuellen Server Infrastruktur betrieben.

Die SAP-Systemlandschaften bestehen aus folgender Infrastruktur:

- fünf Datenbankrechner für IBM DB2 LUW Datenbanken
- zwei Datenbankrechner für Microsoft SQL Datenbanken
- 76 Applikationsrechner (inklusive Test- und Konsolidierungssysteme)
- neun Infrastrukturechner incl. Contentserver und TREX-Server
- ein Aris-Prozessmanagement-Server
- K-Fall Infrastruktur am Standort Reutlingen

3.4 XaaS Angebote für Kommunen

Im Jahr 2017 konnten die Projekte „ESaN2Cloud“ und „BB2Cloud“ erfolgreich abgeschlossen werden, bei dem die gesamte Server- und Storage-Infrastruktur der Städte Esslingen am Neckar und Böblingen ins zentrale Rechenzentrum in Stuttgart migriert wurde. 43 Serversysteme werden seither K-Fall-sicher im Rechenzentrum betrieben.

Ähnliche Projekte für weitere Gemeinden, Städte und Verbände sind derzeit in Verhandlung.

4. Wichtige Ereignisse während des Geschäftsjahres

Entsprechend dem im Vorjahr geschlossenen LOI wurde im Berichtsjahr, die für den 1. Januar 2018 geplante Fusion der Häuser Datenzentrale Baden-Württemberg, dem Zweckverband KIRU, dem Zweckverband KIVBF sowie dem Zweckverband KDRS, im Wege eines Transformationsprojekts vorbereitet.

Da der Landtag Baden-Württemberg die Gesetzesänderung erst zum 28. Februar 2018 beschlossen hat, wird mit einer Verkündung des Gesetzes bis Mitte März 2018 gerechnet.

Aufgrund des geänderten Zeitplans wurde in der Lenkungskreissitzung vom 31. März 2017 beschlossen, dass die für die Fusion notwendigen Gremienbeschlüsse der Häuser im ersten Halbjahr 2018 erfolgen sollen, um die notwendigen Fusionsbeschlüsse bis zum 30. Juni 2018 fassen zu können.



Neuer Fusionszeitpunkt der Zweckverbände mit der Datenzentrale Baden-Württemberg stellt somit der 1. Juli 2018 dar. Die Fusion der zugehörigen Betriebsgesellschaften soll ebenso zum 1. Juli 2018 erfolgen.

Um die Voraussetzungen für die geplante Fusion nach den vorliegenden Gesetzesentwürfen zu ermöglichen, musste im Jahr 2017 der Zweckverband „Kommunale Datenverarbeitung der Region Stuttgart“ (KDRS) den Erwerb der RZRS GmbH von den bisherigen Gesellschaftern, den Landkreisen Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis, Böblingen und Esslingen durchführen. Daher wurde in der Sonderversbandsversammlung des Zweckverband am 3. April 2017 auf Grundlage eines Bewertungsgutachtens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly ein Nachtragswirtschaftsplan mit der Bereitstellung von Finanzmittel zum Kauf der RZRS GmbH beschlossen. Im Sommer 2017 wurden in den hierfür zuständigen Gremien der Landkreise die Beschlüsse zum Verkauf der Gesellschaft an den Zweckverband gefasst. In der Zweckverbandsversammlung vom 20. November wurde der Kauf der Gesellschaft durch den Zweckverband KDRS beschlossen. Die Eintragung des neuen Gesellschafters KDRS ins Handelsregister erfolgte zum 6. Dezember 2017. Mit Zustimmung zum Wirtschaftsplan in der Zweckverbandsversammlung des KDRS am 20. November 2017 sowie im Aufsichtsrat am 23. Oktober 2017 wurde das bisherige Geschäftsmodell des Unternehmensverbundes KDRS und RZRS GmbH geändert. Durch die Übernahme der RZRS GmbH durch den Zweckverband KDRS ergeben sich folgenden Änderungen:

Die bisherige Arbeitsteilung zwischen der RZRS GmbH und KDRS wird aufgehoben sowie sämtliches Personal der RZRS GmbH vom KDRS übernommen. Im November und Dezember 2017 wurde Gespräche mit den Mitarbeiter zum Personalübergang der Mitarbeiter von der RZRS GmbH auf den Zweckverband KDRS geführt. Alle Mitarbeiter haben zum Jahresende dem Betriebsübergang zugestimmt. Die RZRS GmbH ist künftig nur noch für gewerbliche Kunden und Kunden außerhalb von Baden-Württemberg zuständig. KDRS erbringt zukünftig ausschließlich Leistungen für seine hoheitlichen Mitglieder und andere hoheitliche Kunden in Baden-Württemberg im Rahmen der Beistandsleistung. Die Abrechnung der bisher von der RZRS GmbH gegenüber den hoheitlichen Kunden erbrachten Leistungen wird ab dem 1. Januar 2018 über den Zweckverband erfolgen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	Anzahl 31.03.2017	Anzahl 30.06.2017	Anzahl 31.10.2017	Anzahl 31.12.2017	Durchschnitt 31.12.2017
Angestellte	90	86	86	86	87,0
Teilzeitangestellte	17	17	16	16	16,5
Gesamt	107	103	102	102	103,5

Lage des Unternehmens

Jahresergebnis

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Gewinn vor Steuern und außerordentlichen Ergebnisanteilen) beträgt im Geschäftsjahr 2017 TEUR 1.558 (im Vorjahr TEUR 954). Die Ertragssteuern betragen TEUR -178 (im Vorjahr TEUR 862), während die sonstigen Steuern unverändert bei 20 TEUR liegen, sodass sich ein Jahresüberschuss von TEUR 1.717 (im Vorjahr TEUR 73) ergibt.



Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht (+ TEUR 5.331). Im Bereich des Anlagevermögens blieben die Investitionen über der regulären Abschreibung (+ TEUR 1.842). Im Bereich des Umlaufvermögens verringerten sich die Vorräte (- TEUR 12), und die offenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (- TEUR 4.795) und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (-TEUR 79) während sich die flüssigen Mittel deutlich erhöht (+ TEUR 8.403) haben.

Auf der Passivseite nahm das Eigenkapital um den erzielten Jahresgewinn (+ TEUR 1.717) zu. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 23 % (VJ. 21 %). Die Rückstellungen (-TEUR 1.210) verringerten sich, die Verbindlichkeiten erhöhten sich um TEUR 4.842. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+ TEUR 715) erhöhten sich.

Die Finanzierung des langfristigen Vermögens war durch langfristige Mittel jederzeit sichergestellt.

Die finanzielle Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gewährleistet und gut.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Berichtszeitraum um 5,6 % auf TEUR 33.884 (i.V. TEUR 32.075). Ursächlich für die Erhöhung um TEUR 1.809 sind Mehrerlöse von TEUR 1.630 im operativen Bereich und von TEUR 179 im neutralen Bereich.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Geschäftsjahr mit TEUR 315 (VJ. TEUR 331) um TEUR 16 geringer als im Vorjahr, der betriebliche Aufwand für bezogene Leistungen stieg um TEUR 2.656 auf TEUR 19.648 (VJ TEUR 16.992). Ursächlich hierfür sind insbesondere Mehraufwendungen für landeseinheitliche Verfahren (+ TEUR 2.037). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich um TEUR 1.913 auf TEUR 2.905 (VJ TEUR 4.817), ursächlich hierfür ist hauptsächlich die Abnahme der einmaligen periodenfremden Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.879.

Der Personalaufwand erhöhte sich insgesamt um TEUR 248. Diese Erhöhung setzt sich zusammen aus laufendem Personalaufwand (TEUR 177) sowie aus dem höheren Aufwand für Sozialabgaben und Arbeitgeberanteile an der Zusatzversorgung (TEUR 71).

Aufgrund weggefallener Zinserträge und Zinsaufwendungen verbesserte sich das Finanzergebnis um TEUR 9.

Die Steuerlast für die Steuern vom Einkommen und Ertrag verminderte sich um TEUR 1.040 auf TEUR -178(VJ TEUR 862).

Es ergibt sich somit ein Jahresgewinn von TEUR 1.717 (VJ Jahresgewinn von TEUR 73).

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan wurde das Jahr 2017 mit einem besseren Ergebnis abgeschlossen (Ergebnis lt. Wirtschaftsplan TEUR 899).

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Insgesamt erwartet die Geschäftsführung für 2018 ein gleichbleibendes konjunkturelles Wachstum und rechnet daher mit gleichbleibenden Steuereinnahmen für die Kommunen.

Durch den auch im Jahr 2018 erwarteten weiteren Zuwachs des Bruttoinlandproduktes kann weiterhin mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die in den Vorjahren begonnene Stabilisierung der öffentlich-rechtlichen Haushalte fortgesetzt werden wird.

Der Branchenfachverband erwartet für 2018 ein Umsatzplus in Deutschland von 3,1 % für die gesamte IT-Branche. Auch im Wirtschaftsjahr 2018 und in den Folgejahren rechnet die Geschäftsführung der RZRS GmbH gemäß Planung, mit positiven Ergebnissen für das Jahr 2018 von TEUR 2.358 und in den Jahren 2019 bis 2021 mit TEUR 2.065, 1.948 und 1.533.

Im laufenden Geschäftsjahr 2018 konnte in Abstimmung mit den Fusionspartnern die Beschaffung einer neuer technischen Anlagen (geplante Investition: TEUR 8.723) am Standort Stuttgart sichergestellt werden. Diese Investition sowie die weiteren im mittelfristigen Finanzplan 2018 bis 2021 vorgesehenen Investitionen über insgesamt TEUR 24.823 werden den Standort Stuttgart als Rechenzentrumsstandort weiter stärken.



Kleeblatt Pflegeheime gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Alt-Württemberg-Allee 4 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 968-200
E-Mail	info@kleeblatt-ggmbh.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	21.07.1989

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb kleinerer örtlicher Einrichtungen der stationären Alten- und Krankenpflege im Landkreis Ludwigsburg. Die Gesellschaft ist gemeinnützig tätig. Die Gesellschaft kann sich auch auf gemeinnützigen branchenverwandten Gebieten betätigen. Sie kann insbesondere auch Gesellschafterin, Beteiligte oder Mitglied bei gemeinnützigen Verbänden, Organisationen und Gesellschaften der Wohlfahrtspflege werden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Insgesamt gehören zur Kleeblatt Pflegeheime gGmbH folgende Einrichtungen:

- 26 Pflegeheime, darunter 1 Kompetenzzentrum für Menschen mit Demenz
- 2 Tagespflegeeinrichtungen
- 1 Ambulanter Dienst für die betreuten Wohnungen im Kleeblatt Wohnen.

Dies entspricht:

- 725 Pflegeplätzen (Dauer- und Kurzzeitpflege) – im Sommer 2017 wurde das Kleeblatt in Erligheim eröffnet
- 27 eigenständigen Tagespflegeplätzen
- 585 Wohnungen mit Betreuungsangebot Kleeblatt Wohnen – es wurden am Standort Erligheim weitere 19 betreute Wohnungen übernommen



Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 736.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	64.000	8,7
Städte, Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg, Zweckverband Pattonville/Sonnenberg	672.000	91,3

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Kleeblatt Consult GmbH	25.564,59	100

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Heiner Pfrommer
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Andrea Nisi-Binder Stefan Ebert	
<u>Kuratorium</u>		
Vorsitzender	Torsten Bartzsch	
Stv. Vorsitzende	Renate Eggers	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Heiner Pfrommer
Mitglieder – CDU	Karl-Heinz Schlumberger	---
	Marianne Stellmacher	---
Mitglieder – Freie Wähler	Horst Kirschner	---
Mitglieder – SPD	Ramona Schröder	---
Mitglieder – Grüne	Claus Langbein	---

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.



Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.274 TEUR abgeschlossen. Das Ergebnis hat sich um 2,75% leicht verschlechtert. Steigende Erlöse aufgrund einer Pflegsatzerhöhung und die steigende Nachfrage nach ambulanten Leistungen sowie eine stabile Belegung der Pflegeplätze mit 96,70% (Vj. 97,47%) kennzeichnen die Erlössituation. Demgegenüber stehen um 7,38% gestiegene Personalkosten. Die Personalkostensteigerung ist auf die Tarifsteigerung, auf einen vermehrten Einsatz von Zeitarbeitskräften und auf die zusätzlichen Mitarbeiter für das neue Kleeblatt in Erligheim zurückzuführen.

Das Geschäftsjahr war geprägt durch die große Pflegereform. Alle Bewohner wurden zum Stichtag 01.01.2017 von ihrer bisherigen Pflegestufe in Pflegegrade übergeleitet. Es wurde ein Einrichtungseinheitlicher Eigenanteil ermittelt, somit bezahlt jeder Bewohner, egal welchem Pflegegrad er angehört, das gleiche Entgelt pro Monat.

Die Landesheimbauverordnung sieht die Abschaffung der Doppelzimmer vor. Für Einrichtungen unter 30 Plätzen können Ausnahmeregelungen in Anspruch genommen werden. Für 4 Standorte wurden jeweils unbefristete Genehmigungen zur weiteren Doppelzimmernutzung erteilt. Für die Standorte Löchgau, Erdmannhausen, Tamm und Murr sind entsprechende Erweiterungsbauten geplant.

Die größte Sorge gilt jedoch der Gewinnung von guten Mitarbeitern. Es wird immer schwieriger, vakante Stellen im Bereich der Pflege mit guten Fachkräften zu besetzen. Die Überbrückung der vakanten Stellen mittels Zeitarbeiter wird weiter zunehmen. Aufgrund von Personalmangel werden zunehmend auch freierwerdende Betten vorübergehend nicht belegt werden können.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Angestellte insgesamt	1.080	1.062
davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	61	62

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Sachanlagenintensität lag bei 83,83%. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt unter Einbeziehung des Sonderpostens im Berichtsjahr bei 83,30%. Dies entspricht zum Vorjahr einer Veränderung um 1,05% Punkte.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellt sich auch weiterhin stabil dar. Es war zu keinem Zeitpunkt eine Einschränkung der Liquidität vorhanden.



Ertragslage

Die Erträge der Gesellschaft sind gegenüber dem Vorjahresniveau um 6,66% gestiegen und lagen im Berichtsjahr bei 39.846 TEUR. Die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen nach SGB XI sind bei der Muttergesellschaft und dem Konzern identisch. Bei diesen Erträgen konnte ein Zuwachs in Höhe von 9,02% erzielt werden, die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung steigen gleichzeitig um 4,41% an. Die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten an Pflegebedürftige sind um 3,02% gestiegen.

Die Personalaufwendungen der Gesellschaft lagen im Jahr 2017 bei 25.202 TEUR. Dies entspricht einer Steigerung von 7,38%, was sich aus tariflichen Änderungen, einem hohen Einsatz von Zeitarbeitskräften sowie den zusätzlichen Personalkosten für den neuen Standort in Erligheim ableiten lässt.

Die Ausgaben für Instandhaltungen in Höhe von 1.510 TEUR sind geringfügig gestiegen und liegen nahezu auf Vorjahresniveau. Der Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf ist um 6,31% gestiegen. Die Energiekosten konnten im Berichtsjahr um 0,05% gesenkt werden. Die Gesamtaufwendungen lagen im Berichtsjahr bei 39.721 TEUR und sind um 6,38% gestiegen.

Im Geschäftsjahr 2017 konnte ein Überschuss in Höhe von 1.274 TEUR erzielt werden.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Auch für das Geschäftsjahr 2018 wird mit leicht steigenden Umsätzen und einer Belegungsquote von durchschnittlich 97 % geplant. Bei einem strukturbedingten Anteil der Personalkosten im Kleeblatt-Konzern (Kleeblatt Pflegeheime gGmbH und Kleeblatt Consult GmbH) von ca. 78 % der Gesamtaufwendungen wird der Personalaufwand auch weiterhin der bedeutendste Faktor sein.

In Bezug auf den Fachkräftemangel hat sich die Situation weiter verschärft. Es musste zunehmend auf teure Fremdarbeitnehmer zurückgegriffen werden. Aufgrund dieser veränderten Parameter wird von einem stark sinkenden Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2018 ausgegangen.



Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Rotebühlstr. 121 70178 Stuttgart
Telefon	(0711) 6606-0
E-Mail	kontakt@vvs.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	22.12.1977

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft hat im Verbundraum Stuttgart für die Gesellschafter in deren Auftrag Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und des betrieblichen Leistungsangebots zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Gesellschaftern erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft hat im Jahr 2017 die entsprechenden Aufgaben erfüllt. Der VVS hat sowohl im Berufs- und Ausbildungsverkehr als auch im Gelegenheitsverkehr durch seine Angebote die Verkehrsleistungen um 6,5 Mio. Fahrten bzw. 2,3 % gegenüber dem Vorjahr steigern können.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 248.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	9.300	3,75
Landkreis Böblingen	9.300	3,75
Landkreis Esslingen	9.300	3,75
Rems-Murr-Kreis	9.300	3,75
GbR der Kooperationspartner des VVS	12.400	5,00
Landeshauptstadt Stuttgart	18.600	7,50
Land Baden-Württemberg	18.600	7,50
DB Regio	47.120	19,00
VRS	49.600	20,00
SSB	64.480	26,00

Beteiligungen des Unternehmens

Die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Gesellschafterversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Thomas Hachenberger Horst Stammler	
<u>Aufsichtsrat</u>		
Vorsitzender	OB Fritz Kuhn	
1. Stv. Vorsitzender	Wolfgang Arnold(bis 25.07.17) Dr. Dirk Rothenstein (ab 25.07.17)	
2. Stv. Vorsitzender	Rainer Ganske	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 44.100 €.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft war im Jahr 2017 von einem stetigen und breit angelegten Aufschwung geprägt. Ein kräftiger Anstieg beim Exportgeschäft, steigende Konsumausgaben und Investitionen führten zu erfreulichen Konjunkturdaten im Südwesten. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg berichtet von einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes im Gesamtjahr 2017 um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten ist im Berichtsjahr in Baden-Württemberg weiter gewachsen, und zwar um 2,5 % Prozent. Im Jahresdurchschnitt waren rund 4,6 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg lag jahresdurchschnittlich bei 3,5 %. In den Verbundlandkreisen ist die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt etwas niedriger als im Landesdurchschnitt (3,1 % bis 3,4 %), in der Landeshauptstadt etwas höher (+4,7 %). Im Verbundgebiet ging die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 2.720 Personen zurück (-5,1 %).

Der Verbraucherpreisindex in Baden-Württemberg erhöhte sich im Durchschnitt um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Verbraucherpreise sind damit im Jahr 2017 auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen. Vor allem für Energie- und Nahrungsmittel, aber auch für Wohnen mussten die Verbraucher mehr bezahlen als in den Vorjahren. Heizöl wurde um 16 % teurer und auch die Kraftstoffpreise stiegen wieder an (+6,0 %). Der Dieselpreis erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 8 Cent bzw. 8,8 % gegenüber dem Vorjahresniveau auf 116,1 Cent je Liter. Der Kraftfahrererindex nahm im Jahresvergleich um 3,0 %, der Verkehrskostenindex um 2,9 % zu. Insgesamt wurde das Autofahren erstmals seit dem Jahr 2012 wieder teurer.

Ende 2016 waren die Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr um 72.275 Personen (+0,7 %) auf insgesamt 10.951.893 Personen angestiegen. Zurückzuführen ist das Bevölkerungswachstum in erster Linie auf die hohe Zahl an Zuzügen. Außerdem nahm die Geburtenzahl wieder zu. Da es beim Statistischen Landesamt aufgrund einer Umstellung auf ein neues technisches Aufbereitungsverfahren derzeit Verzögerungen bei der Bereitstellung von Bevölkerungsdaten gibt, stehen noch keine aktuelleren Daten zur Verfügung.

Im Schuljahr 2016/17 waren 0,5 % mehr Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen im Verbundgebiet gemeldet als noch im Vorjahr. Vor allem der Besuch von Gemeinschaftsschulen ist stark angestiegen (+46,3 %). Die Schülerzahl an Haupt- und Werkrealschulen war dagegen deutlich rückläufig (-19,2 %), was auf eine Verlagerung hin zu den Gemeinschaftsschulen deutet. Die Schülerzahl an den übrigen weiterführenden Schulen war bis auf die Schüler an Sonderschulen (+0,3 %) rückläufig. Mit zunehmendem Bildungsanspruch der Schulen wird der Rückgang geringer (Realschule -1,0 % und Gymnasium -0,6 %). Betrachtet man die Stadt- und Landkreise im Verbundgebiet, waren die Schülerzahlen im Rems-Murr-Kreis mit -0,3 % und im Kreis Esslingen mit -0,2% nur sehr leicht rückläufig. Im Landkreis Böblingen (+0,7 %) und Ludwigsburg (+0,5 %) gab es sogar einen leichten Anstieg. Außerdem sind in der Landeshauptstadt die Schülerzahlen gestiegen (+1,4 %). Zum Wintersemester 2017/2018 ging die Zahl der Studierenden im VVS-Gebiet erstmals seit Jahren zurück. Gegenüber dem Vorjahr waren es 914 Studierende (-1,4 %) weniger.



Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2017 verzeichnete der Verbund gemäß Verkaufsstatistik 382,2 Mio. Fahrgäste (inkl. Schwerbehinderte), davon 369,3 Mio. zahlende Fahrgäste. Damit stiegen die Verkehrsleistungen um 6,5 Mio. Fahrten bzw. 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der bezahlten Fahrten mit VVS-Tickets ist um 2,3 % gestiegen. Die Verbundeinnahmen beliefen sich auf insgesamt 533,2 Mio. €, dies entspricht einem Anstieg der Einnahmen um 16,4 Mio. € bzw. 3,2 %. Die durchschnittliche Tarifanpassung zum 1. Januar 2017 lag bei 1,9 %.

Gelegenheitsverkehr

Im Teilmarkt Gelegenheitsverkehr waren 62,6 Mio. Fahrgäste unterwegs. Dies entspricht einem Zuwachs um rund 1,3 Mio. Fahrgäste bzw. 2,1 %. Die Einnahmen lagen mit 169,9 Mio. € um 4,0 % über dem Vorjahr. Zur Steigerung der Nachfrage haben im ersten Quartal das FeinstaubTicket (EinzelTickets Kind an Tagen mit Feinstaubalarm) und Ende des Jahres das um bis zu 35 % ermäßigte UmweltTagesTicket beigetragen. Beide Angebote wurden vom Land Baden-Württemberg bezuschusst, um Autofahrer zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bewegen. Der Trend zum HandyTicket besteht nach wie vor. Knapp 6,5 Mio. Tickets wurden im Jahr 2017 mit dem Smartphone gekauft, das ist ein Zuwachs von fast 61,6 % im Vergleich zum Vorjahr.

Berufsverkehr

Die Einnahmen im Teilmarkt Berufsverkehr konnten in Summe um 5,4 % auf 195,3 Mio. € gesteigert werden. Der Anstieg der Fahrgastzahlen im Teilmarkt Berufsverkehr (+ 3,8 %) ist zum Großteil auf die weiterhin positive Entwicklung beim FirmenTicket zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitnehmer, die mit dem FirmenTicket zur Arbeit fahren, stieg im Laufe des Jahres auf über 78.000. Das ist ein Plus von 9,1 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die übrigen JahresTickets und Abonnements entwickelten sich positiv, während die Wochen- und MonatsTickets weiter rückläufig sind.

Ausbildungsverkehr

Die Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr sind nochmals gestiegen (+3,5 %). Die Einnahmen legten um 1,1 % auf 122,8 Mio. € zu. Dazu hat vor allem das im Herbst 2016 eingeführte verbundweit gültige Ausbildungs-Abo beigetragen, das sich im zweiten Jahr noch besser entwickelte. Bis zum Jahresende 2017 konnten bereits 33.000 junge Menschen als Abonnenten gewonnen werden. Beim Scool-Abo konnte die Nachfrage um 1,3 %, beim StudiTicket um 0,4 % gesteigert werden. Es wurden 18,8 % mehr Anschluss-StudiTickets verkauft als im Jahr 2016. Dieses kann seit September 2016 auch von Praktikanten genutzt werden.

Senioren-ZeitTickets

Der Teilmarkt Senioren gewann auch im Berichtsjahr Fahrgäste hinzu (2,6 %). Die Einnahmen legten um 6,4 % auf insgesamt 23,1 Mio. € zu. Der Trend zum Senioren-Abo hält dabei weiterhin an: Mit gut 29.000 Abonnenten im Dezember stieg deren Zahl im Jahresverlauf um gut 10 %.

Sonstige Tickets

Zu den sonstigen Tickets zählen unter anderem das BW-Ticket, das 3-Tage-Ticket, das SchülerferienTicket und das KombiTicket. Unterm Strich gingen die Einnahmen der sonstigen Tickets um 22,8 % zurück. Hierbei handelt es sich jedoch um einen statistischen Effekt durch Korrekturen im Vergleich zu einem erhöhten Vorjahresniveau.



Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Angestellte	72	69
Beamte	6	7
Projektmitarbeiter	3	2
GESAMT	81	78

Lage des Unternehmens

Vermögens- und Finanzlage

Das Investitionsvolumen der Gesellschaft belief sich im Berichtsjahr auf 614 TEUR. In regelmäßigen Abständen sind Ersatzbeschaffungen für diverse Hardware (z. B. allgemeine Programmerweiterungen, Lizenzen etc.) notwendig. Im Jahr 2017 fielen dafür Kosten in Höhe von 104 TEUR an. Ein Großteil der Mittel wurde für technische Weiterentwicklungen im Bereich der Fahrgastinformation verwendet (156 TEUR). So gab es Releases mit zahlreichen Neuerungen und Verbesserungen in der App „VVS mobil“ sowie eine neue App „eTicket-Check“ zum Auslesen der Inhalte der polygoCard. Im Rahmen der Fahrplanauskunft wurden für die Nutzung von zusätzlichen Servern Lizenzkosten in Höhe von 40 TEUR abgerechnet. Im Bereich Multimodalität wurden umfangreiche Erweiterungen in der Radrouten-App vorgenommen. In die App wurde unter anderem ein Tracking-Tool eingebaut, das dem Nutzer die Möglichkeit bietet, selbst gefahrene Strecken aufzuzeichnen, abzuspeichern und weiterzuleiten. Daneben wurden Investitionen für die Vereinfachung des Kaufes von Handytickets getätigt (74 TEUR).

Beim VVS werden zukünftig Verkehrserhebungen von externen Dienstleistern durchgeführt. Die Datenaufbereitung und –auswertung erfolgt weiterhin mit dem VVS-System für Verkehrserhebungen (VERA). Für den Datenimport wurde ein Importprogramm entwickelt (46 TEUR). Zudem wurde für die immer komplexer werdenden Definitionsdateien zur Abgrenzung der Angebote die Bearbeitung und Anwendung erweitert und flexibler gestaltet (31 TEUR).

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft zum 31.12.2017 betrug 1.346 TEUR. Davon entfielen 985 TEUR auf das Anlagevermögen und 361 TEUR auf langfristige Forderungen. Das Anlagevermögen setzt sich zusammen aus immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 756 TEUR, Sachanlagen in Höhe von 223 TEUR sowie Finanzanlagen im Wert von 5 TEUR.

Das kurzfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft belief sich zum 31.12.2017 auf 2.525 TEUR. Darin enthalten waren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 339 TEUR und Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 668 TEUR. Ferner waren flüssige Mittel in Höhe von 1.349 TEUR und sonstige kurzfristige Vermögensgegenstände im Wert von 112 TEUR vorhanden. Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beliefen sich auf 57 TEUR, der Wert der Vorräte betrug 6 TEUR. Mit dem 1. Liquiditätsgrad (87,6 %) können die kurzfristigen Verbindlichkeiten durch kurzfristig verfügbare Mittel vollständig gedeckt werden.

Ertragslage

Die betrieblichen Erträge der Gesellschaft beliefen sich auf insgesamt 13.063 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Steigerung um 624 TEUR bzw. 5,0 %. Die betrieblichen Erträge setzen sich aus Umsatzerlösen in Höhe von 7.679 TEUR, Zuschüssen in Hö-

he von 5.260 TEUR und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 123 TEUR zusammen.

Der Anstieg der Umsatzerlöse um 756 TEUR bzw. 10,9 % auf 7.679 TEUR resultiert zum Teil aus der höheren Leistungsvergütung durch die Verkehrsunternehmen. Davon trugen die Nettovertragspartner SSB und DB insgesamt 5.884 TEUR, die regionalen Verkehrsunternehmen

leisteten 728 TEUR. Des Weiteren ist der Anstieg auf das im Jahr 2017 aus Transparenzgründen eingerichtete Konto „Weiterberechnung Dritte“ zurückzuführen. Die hier gelisteten Umsatzerlöse in Höhe von 213 TEUR sind im Gegenzug in gleicher Höhe auf der Aufwandsseite aufgeführt. Insgesamt wurden 50,6 % der Erträge über die Leistungsvergütungen erwirtschaftet.

Außerdem haben zusätzliche Verkehrserhebungen für die zum 1. Januar 2015 eingeführte Allgemeine Vorschrift zur Festsetzung von Höchsttarifen bei Busverkehren in der Verbundstufe II zu einer Steigerung der Umsatzerlöse beigetragen. Weiterhin gab es im Berichtsjahr Erträge für die Unterstützung bei Vergabeverfahren im regionalen Busverkehr und Erträge für Leistungen im Rahmen des polygo-Betriebs.

Die Zuschüsse der Grundvertragspartner beliefen sich auf 4.899 TEUR und machten damit 37,5 % der gesamten betrieblichen Erträge aus. Für die Projekte „Neubürgermarketing“ (Fördergeber Land), „Nachhaltig mobile Region Stuttgart“ (Fördergeber Land) sowie „RegioWIN“ (Fördergeber EU, Land, VRS) wurden 2017 insgesamt Fördermittel in Höhe von 237 TEUR als Aufwandszuschuss abgerufen. Erhaltene Investitionszuschüsse in Höhe von 8 TEUR wurden von den Anschaffungskosten direkt abgesetzt.

Außerdem erhielt die Gesellschaft auf der Grundlage der tariflichen Teilintegration des Landkreises Göppingen einen Zuschuss für die Beteiligung an den Verkehrslasten sowie weitere finanzielle Beteiligungen von Kommunen an den Grundlasten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 123 TEUR. Die größte Ertragsposition waren mit 46 TEUR die sonstigen Erträge. Dazu gehört die Korrektur einer Kreditorenrechnungen aus dem Vorjahr (25 TEUR) sowie die Auflösung von Aufwandsrückstellungen aus dem Jahr 2016. Eine weitere große Position waren die Erträge aus Aktivwerten, was die Kapitalauszahlung der Allianz bedeutet (34 TEUR). Der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung für die Versorgung pensionierter beurlaubter Beamter war mit 25 TEUR eine weitere große Ertragsposition.

Die Kosten der Gesellschaft resultieren aus den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben. Darüber hinausgehende Tätigkeiten und größere Investitionen erfordern die Zustimmung der Aufsichtsgremien. Die Kostenstruktur orientiert sich am handelsrechtlichen Schema der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren. Der betriebliche Gesamtaufwand (ohne Berücksichtigung von Finanzergebnis, außerordentlichem Aufwand und steuerlicher Belastung) lag um 576 TEUR bzw. 4,6 % höher als der Vorjahreswert und belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 13.006 TEUR. Der Anstieg resultiert einerseits aus allgemeinen Kostensteigerungen, andererseits aus Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen. Der Personalaufwand (inklusive Projektpersonal) belief sich auf 6.512 TEUR und lag damit um 459 TEUR (+7,6 %) über dem Vorjahr. Im Jahr 2016 war der Personalaufwand aufgrund von ungeplanten Austritten von Mitarbeitern und fehlenden bzw. verspäteten Neubesetzungen geringer als geplant gewesen. Zeitverzögerte Nachbesetzungen wirkten sich finanziell erst 2017 voll aus. Aber auch eine neue Stelle, die in 2017 geschaffen wurde sowie höhere Pensionsrückstellungen, wirkte sich auf den Anstieg bei den Personalkosten aus.

Zum 31.12.2017 ergab sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 60 TEUR. Das Finanzergebnis lag ähnlich wie im Vorjahr bei einer „schwarzen Null“. Abzüglich des Steueraufwands in Höhe von 60 TEUR verzeichnete die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 0,3 TEUR (Vorjahr 6 TEUR).

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Rahmen der am 28. November 2012 geschlossenen Zuschussvereinbarung, die die Vereinbarung vom 1. Dezember 1995 ablöste und ab 2014 eine Dynamisierung der Zuschüsse beinhaltet, entfielen auf die Grundvertragspartner des VVS für 2017 folgende Zuschüsse:

	2017	2016
Aufwand VVS GmbH	285.400,00 €	280.354,00 €

Ausblick

Die Erträge der Gesellschaft werden auf Basis von vertraglichen Regelungen geleistet. Die Vergütungsvereinbarung mit der Stuttgarter Straßenbahnen AG und der DB Regio AG behält unverändert ihre Gültigkeit. Die mit den regionalen Verkehrsunternehmen geschlossenen Vergütungsvereinbarungen gelten bis 31. Dezember 2019. Für den Zeitraum danach muss eine wettbewerbskonforme Anschlussregelung gefunden werden. Auch die neuen Eisenbahnverkehrsunternehmen müssen in die Leistungsvergütung einbezogen werden. Im Jahr 2012 wurde die Zuschussvereinbarung mit den Aufgabenträgern und dem Verband Region Stuttgart neu gefasst. Sie gilt seit dem Jahr 2013 und beinhaltet eine Dynamisierung der jährlichen Zuschüsse um 1,8 % p.a. Die Dynamisierung wurde vertragsgemäß im Jahr 2017 überprüft und für die Jahre 2018 bis 2021 weiterhin mit 1,8 % festgelegt. Der zum Jahresende 2018 auslaufende Verbundfördervertrag des Landes Baden-Württemberg soll nach dem Willen des Landes für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren weitgehend unverändert fortgeführt werden. Über die Förderbedingungen für die Zeit ab 2021 werden derzeit Verhandlungen geführt.

Derzeit wird das Thema Tarifzonenreform im VVS intensiv diskutiert. Die bestehende Tarifzonenstruktur besteht seit der Verbundgründung in nahezu unveränderter Form. Geplant ist unter anderem, die Zonen 10 und 20 in Stuttgart zu einer Zone zusammenzulegen. Ziel ist es, das Tarifsystm zu vereinfachen, um damit noch mehr Menschen in der Region zum Umstieg auf Busse und Bahnen zu bewegen. Im Rahmen der geplanten Tarifzonenreform im Jahr 2019 sind umfangreiche Vorarbeiten zur Umsetzung zu treffen. Vor allem muss die Vertriebstechnik inklusive der Hintergrundsysteme angepasst werden. Falls der Kreistag des Landkreises Göppingen im Herbst 2018 einer Vollintegration zustimmt, müssen die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten vorgenommen werden. Außerdem sorgt der VVS für den laufenden Betrieb des eTicket-Systems bei den regionalen Verkehrsunternehmen. Dazu gehören unter anderem die Kartenbeschaffung, der Betrieb eines mandantenfähigen Abo-Vertriebssystems sowie eines Agentursystems zum Vertrieb von Wochen- und Monats-Tickets auf der polygoCard. Im Bereich des HandyTickets sind regelmäßige Funktionserweiterungen unumgänglich, um immer weiter steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Ziel der Fahrgastinformation ist es, die VVS-App und die übrigen mobilen Medien weiter auszubauen. Im Rahmen einer deutschlandweiten Vernetzungsinitiative sollen Aktivitäten rund um das Open-Data-Portal sowie bei der Integration von deutschlandweiten Fahrplanauskünften (DELFI Plus) vorangetrieben werden. Die im Jahr 2017 begonnene Umstellung sämtlicher geografischer Routing- und Kartenprodukte auf die freie Datenbasis OSM wird weitergeführt. Damit ist gewährleistet, dass stets aktuelle Wegenetzdaten verfügbar sind, die von einer größeren Anwendergruppe gepflegt werden. Des Weiteren soll der Radroutenplaner weiterentwickelt werden und unter anderem eine neue Verwaltungsoberfläche zur Pflege von touristischen Themenrouten sowie eine Verknüpfung zwischen den Orangen Seiten und der Rad-App erhalten. Auch das Thema Echtzeit soll weiterentwickelt werden. Ein Schwerpunkt ist hier die Beschaffung einer Software zur statistischen Auswertung von Echtzeitdaten. Im Rahmen der Einrichtung eines „VVS-Lab“ soll eine Testplattform für die vorgesehene Nutzergruppe entwickelt werden. Über diese Plattform sollen verschiedene Test-Apps sowie

Auswertungstools verwaltet werden. Außerdem hat der VVS vier Anträge im Rahmen des Förderprogramms „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur gestellt. Dabei geht es um die Verbesserung der digitalen Auskunftsmitteln des VVS, und zwar in Richtung verbesserte Anschlussprognose, Multimodalität, Bündelung der Angebote an der Haltestelle und Ausbau DFI light sowie Belegungserfassung und –prognose.

Im Auftrag der Verbundlandkreise unterstützt der VVS seit Oktober 2015 die Vergabeverfahren im regionalen Busverkehr durch planerische Zuarbeit. Die Einführung eines Qualitätsmanagements für die bereits vergebenen Linienbündel ist im Jahr 2018 geplant. Außerdem soll ein Controllingsystem entwickelt werden, welches alle Vertragsarten gleichermaßen umfasst. Im Bereich konzeptionelle Planung werden Verkehrsstromerhebungen gemäß dem langfristigen Erhebungskalender durchgeführt. Im Jahr 2018 sind Erhebungen und Besetzungszählungen im Landkreis Esslingen vorgesehen. Diese werden aufgrund des umfangreichen Arbeitsvolumens erstmals von einem externen Dienstleister übernommen. Des Weiteren gibt es Erhebungen im Linienbündel 6 des Rems-Murr-Kreises und bei der U12/U14. Im Zusammenhang mit der Einführung eines Automatischen Fahrgast-Zählsystems (AFZ) wird ein Hintergrundsystem in Betrieb genommen. Der Nahverkehrsentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Stuttgart soll 2018 in seiner endgültigen Fassung beschlossen werden.

Seit Anfang 2018 übernimmt VVS für die Landkreise die Abrechnung der neuen Verkehrsverträge sowie die Abrechnung der 45a-Mittel im Auftrag der Landkreise. Der zum Jahresbeginn 2018 eingeführte Regionalzugpool ist programmtechnisch abzubilden. Für den Datenaustausch zwischen den Verkehrsunternehmen, Landkreisen und dem VVS wird ein Webportal entwickelt.

Im Rahmen des Förderprojekt RegioWin „Mobilitätspunkte“ wird das Ziel verfolgt, eine integrierte Vernetzung nachhaltiger Mobilität an intermodalen Umsteigepunkten zu schaffen. Der VVS übernimmt unter anderem die inhaltliche Konzeption, Ausschreibung und Beschaffung von dynamischen Informationsstellen für die Städte, bei denen Umsteigepunkte eingerichtet werden sollen. Außerdem soll es eine 24/7-Info-Hotline geben, für die der VVS im Auftrag des VRS verantwortlich ist.

Im Rahmen des Förderprogramms Neubürgermarketing hat der VVS die Aufgabe, Neubürger in ihrer Umbruchsituation für den ÖPNV zu gewinnen. Hierfür werden zum Beispiel ein Neubürger-Beratungstool und Online-Banner in Immobilienportalen entwickelt. Das Projekt läuft noch bis Juli 2018.

Im Bereich Marketing steht die Entwicklung des VVS vom ÖPNV-Anbieter zum umfassenden Mobilitätsdienstleister ebenso im Fokus wie die Gewinnung von weiteren Stammkunden. Dazu werden insbesondere zielgruppenorientierte Abo-Kampagnen entwickelt. Im Bereich Freizeitverkehr steht das 40-jährige Jubiläum von VVS und S-Bahn im Mittelpunkt. Geplant sind ganzjährig Aktionen mit Kooperationspartnern im Freizeitbereich (Museen, Bäder, Weindorf und Volksfest etc.). Nach Beschlussfassung über die Tarifzonenreform wird die Kommunikation dieser Maßnahme einen Schwerpunkt der Aktivitäten liefern.

Entsprechend dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 und der mittelfristigen Vorausschau für die Jahre 2019 bis 2022 erwartet die Geschäftsführung für die kommenden Jahre weiterhin ein leicht positives Ergebnis.



Zweckverband Strohgäubahn

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 40 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 1444-2312
E-Mail	strohgaeubahn@landkreis-ludwigsburg.de
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	06.03.2010

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben im Verkehrsraum der Strohgäubahn im öffentlichen Personennahverkehr wahr:

- a. Die Sanierung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz inklusive der Errichtung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
- b. Die Beschaffung der für die Durchführung des Betriebs erforderlichen Fahrzeuge.
- c. Die Unterhaltung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz sowie die Unterhaltung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
- d. Die Verpachtung und Vermietung der Schienenstrecke, der betriebsnotwendigen Anlagen und der Fahrzeuge an einen Infrastruktur- und Verkehrsunternehmer. Anstelle einer Verpachtung/Vermietung der Eisenbahninfrastruktur kann der Zweckverband auch als Eisenbahninfrastrukturunternehmen tätig werden.
- e. Die Festlegung des Bedienungs- und Qualitätsstandards der Schienenstrecke und die Erbringung der Verkehrsleistung der Strohgäubahn zwischen Korntal und Heimerdingen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband hat im Jahr 2017 die entsprechenden Aufgaben erfüllt. Die Anschaffung von neuen Triebwagen, der Neubau der Betriebswerkstatt in Korntal und die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal und Hemmingen sind abgeschlossen. Es fehlen noch die Modernisierung der Bahnhöfe Heimerdingen und Korntal und die neue Leit- und Sicherungstechnik. Dann wird der Zweckverband Strohgäubahn Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

Verbandsmitglieder / Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	Anteil in %
Landkreis Ludwigsburg	50,00
Große Kreisstadt Ditzingen	5,55
Stadt Korntal-Münchingen	16,80
Gemeinde Schwieberdingen	12,55
Gemeinde Hemmingen	15,10

Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Strohgäubahn ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Verbandsversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
<u>Mitglieder des Kreistags</u>		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier	Bernd Hasenmaier
	Horst Fiedler	Manfred Hollenbach
	Albrecht Fischer	Ralf Trettner
	Martin Hönes	Thomas Wiesbauer
Mitglieder – Freie Wähler	Eberhard Weigele	Horst Kirschner
	Werner Nafz	Karl-Heinz Balzer
	Klaus Wharton	Rainer Gessler
Mitglieder – SPD	Erika Pudleiner	Werner Rohloff
	Egon Beck	Robert Müller
Mitglieder – Grüne	Doris Renninger	Rainer Breimaier
	Harald Wagner	Andreas Roll
Mitglieder – FDP	Viola Noack	Volker Godel
<u>Verbandsvorsitz</u>		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	Michael Makurath	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Axel Meier	Jürgen Vogt
<u>Verwaltungsrat</u>		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Rainer Haas	
Große Kreisstadt Ditzingen	OB Michael Makurath	
Stadt Korntal-Münchingen	BM Dr. Joachim Wolf	
Gemeinde Schwieberdingen	BM Nico Lauxmann	
Gemeinde Hemmingen	BM Thomas Schäfer	



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Die Lieferung der neuen Leit- und Sicherungstechnik für die gesamte Strecke wurde im September 2015 an die Firma Thales Deutschland aus Ditzingen vergeben. Die Vorbereitungen, Planungen und Zulassungsverfahren erfolgen im Jahr 2016 und 2017. Die Montage und Inbetriebnahme der neuen Leit- und Sicherungstechnik erfolgt im Jahr 2018.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Zum Stichtag 31.12.2017 hatte der Zweckverband Strohgäubahn keine eigenen Mitarbeiter. Das eingesetzte Personal sind Ehrenbeamte und ein ausgeliehener Mitarbeiter.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Im Laufe des Jahres 2017 wurden folgende Investitionen getätigt:

Investitionen	Angaben in Euro
Investitionen in die Infrastruktur (Anlagen im Bau)	1.537.979,73
Erhalt von Fördermittel (Anlagen im Bau)	- 2.203.838,82
Investitionen in die Werkstatt	34.003,41
Gesamt	- 631.853,68

Der Erhalt der Fördermittel reduziert die Werte der Anlagen im Bau in der Bilanz und im Anlagespiegel. Gegenüber dem Vorjahr wird der Wert der Anlagen im Bau um - 665.857,66 Euro reduziert.

Finanzlage

Insgesamt wurden 14,799 Mio. Euro an langfristigen Krediten aufgenommen, davon 9,450 Mio. Euro bei der L-Bank und 5,349 Mio. Euro bei der KfW-Bank. Im Jahr 2016 wurden Tilgungen in Höhe von 525.008 Euro getätigt. Zum Jahresende beträgt die Schuldenhöhe mit langfristigen Krediten 12.598.272,00 Euro.

Im Jahr 2016 wurde bei der Kreissparkasse Ludwigsburg der kurzfristige Roll-Over-Kredit mit einer Laufzeit von 6 Monaten verlängert. Die Kredithöhe beträgt 4,0 Mio. Euro und der Zinssatz 0,300%.

Ertragslage

Die beschlossene Verbandsumlage wurde nicht im vollen Umfang benötigt. Anstatt der erhaltenen Höhe von 3.022.392,96 Euro wurden für Leistungsvergütungen und Aufwendungen und der Einrechnung der Erträge insgesamt 2.579.315,76 Euro benötigt. Die Differenz von 443.077,20 Euro wird an die Verbandsmitglieder zurückgezahlt, vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung.

Umsätze

Die Umsätze bestehen aus der Verbandsumlage der Mitglieder.

Erträge

Die Fahrzeuge und die Werkstatt vermieten wir an die WEG. Die Erlöse betragen 1.214.410,80 Euro. An einem Anwohner in Korntal ist eine Fläche zum Preis von 165,00 Euro vermietet. Die Erlöse aus den Vorjahren und Auflösungen von Rückstellungen ergeben einen Ertrag in Höhe von 166.123,28 Euro.

Aufwendungen

Gegenüber der vorgesehenen Verbandsumlage werden insgesamt im Jahr 2017 443.077,20 Euro weniger Mittel benötigt.

Höhere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

• Leistungsvergütung für SEV	+	110.000,00 Euro
• Rechtsanwalt- und Steuerberatungskosten	+	24.000,00 Euro
• Periodenfremde Aufwendungen	+	14.800,00 Euro
• Verwaltungskostenerstattung Landkreis	+	4.400,00 Euro
• Fahrzeugmieten	+	900,00 Euro
• Werkstattmiete	+	500,00 Euro

Geringere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

• Leistungsvergütung für Verkehrsleistungen	-	184.900,00 Euro
• Periodenfremde Erträge	-	166.000,00 Euro
• Zinsaufwendungen	-	84.000,00 Euro
• Aufwendungen für Abschreibungen	-	77.000,00 Euro
• Leistungsvergütung für Infrastruktur	-	66.400,00 Euro
• Leistungsvergütung für zusätzliches Personal	-	45.000,00 Euro
• Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	20.000,00 Euro
• Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-	19.300,00 Euro
• Leistungsvergütung für Schülerzüge	-	7.000,00 Euro
• Mieten, Pachten, Beiträge	-	3.600,00 Euro
• Versicherungen	-	3.000,00 Euro
• Aufwandsentschädigungen für VV / VS	-	1.700,00 Euro
• Strom, Gas, Wasser	-	1.100,00 Euro
• Nebenkosten des Geldverkehrs	-	900,00 Euro
• Bürobedarf	-	800,00 Euro
• Fahrt- und Reisekosten	-	800,00 Euro
• Aufmerksamkeiten	-	600,00 Euro
• Bekanntmachungen	-	500,00 Euro



Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 betrug die Betriebskostenumlage des Landkreises Ludwigsburg an den Zweckverband Strohgäubahn 1.289.657,88 € (Vorjahr: 1.349.330,15 €).

Ausblick

Im Oktober 2015 wurde die Werkstatt in Korntal eröffnet. Die Baukosten werden mit rund 3,9 Mio. Euro vom Land Baden-Württemberg gefördert. Die Abrechnung der Fördermittel erfolgt im Jahr 2018. Die Summe der Fördermittel beträgt 400.000,00 Euro.

Die Modernisierung der Streckeninfrastruktur wurde bis einschließlich des Abschnittes PFA 4 zwischen Hemmingen und Heimerdingen abgeschlossen. Die Inbetriebnahme der neuen Leit- und Sicherungstechnik erfolgt im Jahr 2018. In 2018 und 2019 werden die Abschnitte „Bahnhof Heimerdingen“ und „Bahnhof Korntal“ folgen. Ähnlich wie bei der Werkstatt werden die Fördermittel teilweise vorher vom Land Baden-Württemberg ausgezahlt, aber bis zur tatsächlichen Auszahlung finanziert der ZSB die Fördermittel vor. Der verbleibende Komplementäranteil inklusive der Planungskosten beträgt insgesamt ca. 4,5 Mio. Euro.

Die acht Fahrzeuge sollen noch 2018 mit einer Videoüberwachung ausgestattet werden. Die Fahrgastzählung und das Fahrgastinformationssystem folgen zu einem späteren Zeitpunkt.



Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart

Allgemeine Angaben

Anschrift	Krailenshaldenstr. 44 70469 Stuttgart
Telefon	(0711) 8108-10
E-Mail	post@kdrs.de
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	29.06.1971

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat folgende Aufgaben:

1. Die Entwicklung und Pflege einschließlich Programmierung von allgemein einsetzbaren EDV-Verfahren für den Aufgabenbereich der Verbandsmitglieder, soweit nicht Verfahren durch die Datenzentrale Baden-Württemberg oder andere Stellen bereitgestellt werden, einschließlich der Sicherstellung der datenschutzrechtlichen Zertifizierung.
2. die Übernahme von Aufträgen zur Entwicklung landeseinheitlicher EDV-Verfahren,
3. den Aufbau und die Betreuung von Informationssystemen und Datenbanken und deren Sicherung hinsichtlich Bestand und Zugriff,
4. die Aus- und Fortbildung des Personals der Verbandsmitglieder,
5. die Festlegung von Grundsätzen für die Datenermittlung und Datenerfassung bei den Verbandsmitgliedern,
6. die Fachberatung der Verbandsmitglieder in den Fragen der Organisation, soweit sie mit der EDV zusammenhängt, und bei der Umstellung von Aufgabengebieten.
Dies beinhaltet auch die Organisations- und Prozessberatung innerhalb der Verwaltungen sowie die mit den angebotenen Verfahren und Lösungen im Zusammenhang stehenden Beratungsleistungen.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehören nicht die Ermittlung, die Erfassung und der Transport der Daten sowie die Entwicklung und Pflege von EDV-Verfahren für die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband hat im Jahr 2017 die entsprechenden Aufgaben erfüllt. So konnten im Jahr 2017 erneut Marktanteile von 100% bzw. nahezu 100% bei allen Kernverfahren gehalten werden. Der Zweckverband verfügt nach wie vor über eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen, die auch zukünftige Wettbewerbsvorteile sichern.



Verbandsmitglieder / Beteiligungsverhältnisse

Der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart hat insgesamt 189 Mitglieder. Zu den Mitgliedern gehören die Landkreise Ludwigsburg, Böblingen, Esslingen, Göppingen, der Rems-Murr-Kreis und der Stadtkreis Stuttgart sowie die kreisangehörigen Kommunen dieser Landkreise bis auf die Gemeinde Alfdorf. Darüber hinaus sind auch der Kommunalverband Jugend und Soziales, der Verband Region Stuttgart und die Gemeindeverwaltungsverbände Neckartenzlingen, Oberes Filstal, Schurwald und Voralb Mitglieder des Zweckverbands.

Der Landkreis Ludwigsburg hält am KDRS 5,039% der Anteile.

Beteiligungen des Unternehmens

Der ZV Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart ist seit dem 5. Dezember 2017 alleiniger Gesellschafter der Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH.

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
<u>Verbandsversammlung</u>		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Albert Walter
<u>Verbandsvorsitz</u>		
Vorsitzender	BM Michael Lutz	
Stv. Vorsitzender	OB Dr. Jürgen Zieger	
Stv. Vorsitzender	Landrat Roland Bernhard	
Stv. Vorsitzender	BM Werner Wölflé (bis 11. September 2017) BM Dr. Fabian Mayer (seit 20. November 2017)	
<u>Geschäftsführung</u>		
Geschäftsführer	Frank Albert Wondrak (ausgeschieden zum 31.03.2017) Hans-Jürgen Simacher (bis 07.04.2017) Andreas Mayer (technischer Geschäftsführer ab 01.05.2017) Joachim Kischlat (kaufmännischer Geschäftsführer ab 07.04.2017)	
<u>Verwaltungsrat</u>		
Vorsitzender	BM Michael Lutz	
Stv. Vorsitzender	OB Dr. Jürgen Zieger	
Stv. Vorsitzender	Landrat Roland Bernhard	
Stv. Vorsitzender	BM Werner Wölflé	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Albert Walter



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats und die Teilnehmer an der Verbandsversammlung betrugen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 23.516,80 € (Vorjahr: 20.442,60 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2017 konnten erneut Marktanteile von 100% bzw. nahezu 100% bei allen Kernverfahren erreicht werden. Der Zweckverband verfügt nach wie vor über eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen, die auch zukünftige Wettbewerbsvorteile sichern.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Jahre 2017 hatte der Zweckverband zum Stichtag 31.12.2017 189 Mitarbeiter, davon 41 Teilzeitkräfte.

Zum 01.01.2018 wurden im Zuge der Änderung des Geschäftsmodells und als Voraussetzung für die geplante Fusion zum 01.07.2018 alle 102 Mitarbeiter der RZRS GmbH übernommen.

Lage des Unternehmens

Jahresergebnis

Das Wirtschaftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von 0,00 €.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme erhöht sich um 50.105,52 € auf 24.551.628,10 €.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 2.247.555,79 €. Dies resultiert aus der Zunahme der Finanzanlagen um 2.704.328,06 € sowie der Abnahme der Immateriellen Vermögenswerte um 102.707,00 € und der Sachanlagen um 354.065,27 €. Die langfristigen Vermögensteile bleiben aufgrund des Teileigentums am Geschäftsgebäude mit 47,41 % der Bilanzsumme weiterhin dominierend.

Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Rückstellungen erhöhten sich aufgrund der Zuführung zu den Krankheitsbeihilfen für Beamte um 56,39 % auf 5.655.080,33 €. Gleichzeitig sanken auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 3.827.438,03 € und die übrigen Verbindlichkeiten stiegen um 688.888,20 €.

Dadurch sank die Eigenkapitalquote leicht auf 56,81 % (Vorjahr 56,92 %).



Ertragslage

Die betrieblichen Erträge haben sich gegenüber 2016 um rund 2.260.300 € (6,3 %) erhöht. Die erhobene Aufwandsumlage wird den Rückstellungen für Krankheitsbeihilfe zugeführt. Die Erträge aus der Sonderumlage für Entgeltfinanzierung landeseinheitliche Verfahren sind gegenüber dem Vorjahr um 283.044,88 € auf 5.000.989,39 € gesunken, der Überschuss von 230.909,16 € wird ebenfalls den Rückstellungen für Krankheitsbeihilfe zugeführt. Die sonstigen Umsatzerlöse sind gegenüber 2016 um 2.241.688,97 € gestiegen. Hierin sind die Erträge aus Leistungen der Personalgestaltung mit rund 4.634.471,32 € enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 1.738.891,70 € gestiegen. Hierin enthalten sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit 1.326.660,00 €.

Die Betriebsaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5.426.974,12 € (+15,5 %). Der Aufwand für das Material ist gegenüber dem Vorjahr um rund 380.386,03 € gestiegen. Die Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter sanken um 606.665,78 €. Die Software-Kosten inklusive Programmpflegekosten stiegen um 423.235,08 €.

Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 324.710,97 € auf 1.406.462,06 € (+30,0%). Ursächlich hierfür ist hauptsächlich die Beschaffung von notwendigen Softwarelizenzen im Vorjahr.

Beim Personalaufwand ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 4.653.713,09 € (+37,1%). Ursächlich hierfür ist vor allen Dingen die Zuführung zu den Rückstellungen für Krankheitsbeihilfe. Der Personalaufwand macht somit rund 30 % des Betriebsaufwands aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 495.380,34 € (-13,9%) gesunken. Die Reduzierung resultiert hauptsächlich aus der Reduzierung der Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude, die sich um 1.113.485,88 € gegenüber dem Vorjahr verringert haben. Die restlichen sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich in Summe um 618.105,54 €.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2017 betrugen die Umlagen des Landkreises Ludwigsburg an den Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart insgesamt 402.659,40 € (Vorjahr: 401.449,00 €).

Ausblick

Im Jahr 2017 konnten erneut Marktanteile von 100% bzw. nahezu 100% bei allen Kernverfahren erreicht werden.

Der Zweckverband ist in Summe gut auf künftige Herausforderungen und Risiken vorbereitet und verfügt nach wie vor über eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen, die zukünftige Wettbewerbsvorteile sichern.

Chancen ergeben sich für uns unverändert in den Feldern:

- Trusted Cloud
- Mobility
- Kommunale Steuerungs- und Informationssysteme
- Prozessberatung



- Managementkomponenten im Personalbereich und
- Bürgerbeteiligung

Wichtige Ereignisse während des Geschäftsjahres

Entsprechend dem im Vorjahr geschlossenen LOI wurde im Berichtsjahr, die für den 01.07.2018 geplante Fusion der Häuser Datenzentrale Baden-Württemberg, dem Zweckverband KIRU, dem Zweckverband KIVBF sowie dem Zweckverband KDRS, im Wege eines Transformationsprojekts vorbereitet. Da der Landtag Baden-Württemberg die Gesetzesänderung erst zum 28. Februar 2018 beschlossen hat, wird mit einer Verkündung des Gesetzes bis Mitte März 2018 gerechnet.

Aufgrund des geänderten Zeitplans wurde in der Lenkungskreissitzung vom 31.03.2017 beschlossen, dass die für die Fusion notwendigen Gremienbeschlüsse der Häuser im ersten Halbjahr 2018 erfolgen sollen, um die notwendigen Fusionsbeschlüsse bis zum 30. Juni 2018 fassen zu können. Neuer Fusionszeitpunkt der Zweckverbände mit der Datenzentrale Baden-Württemberg stellt somit der 01.07.2018 dar. Die Fusion der zugehörigen Betriebsgesellschaften soll ebenso zum 01.07.2018 erfolgen.

Um die Voraussetzungen für die geplante Fusion nach den vorliegenden Gesetzesentwürfen zu ermöglichen, musste im Jahr 2017 der Zweckverband den Erwerb der RZRS GmbH von den bisherigen Gesellschaftern, den Landkreisen Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis, Böblingen und Esslingen vollziehen. Daher wurde in der Sonderversbandsversammlung des Zweckverbands am 03.04.2017 auf Grundlage eines Bewertungsgutachtens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly ein Nachtragswirtschaftsplan mit der Bereitstellung von Finanzmittel zum Kauf der RZRS GmbH beschlossen. Im Sommer 2017 wurden in den hierfür zuständigen Gremien der Landkreise die Beschlüsse zum Verkauf der Gesellschaft an den Zweckverband gefasst. In der Zweckverbandsversammlung vom 20. November wurde der Kauf der Gesellschaft durch den Zweckverband KDRS beschlossen. Die Eintragung des neuen Gesellschafters KDRS ins Handelsregister erfolgte zum 6. Dezember 2017. Mit Zustimmung des Wirtschaftsplans in der Zweckverbandsversammlung des KDRS am 20.11.2017 sowie im Aufsichtsrat am 23.10.2017 wurde das bisherige Geschäftsmodell des Unternehmensverbundes KDRS und RZRS GmbH geändert. Durch die Übernahme der RZRS GmbH durch den Zweckverband KDRS ergeben sich folgenden Änderungen:

Die bisherige Arbeitsteilung zwischen der RZRS GmbH und KDRS wird aufgehoben sowie sämtliches Personal der RZRS GmbH soll von KDRS übernommen werden. Im November und Dezember 2017 wurde Gespräche mit den Mitarbeiter zum Personalübergang der Mitarbeiter von der RZRS GmbH auf den Zweckverband KDRS geführt. Alle Mitarbeiter haben zum Jahresende dem Betriebsübergang zugestimmt. Die RZRS GmbH ist künftig ausschließlich nur noch für gewerbliche Kunden und Kunden außerhalb von Baden-Württemberg zuständig. KDRS erbringt zukünftig ausschließlich Leistungen für seine hoheitlichen Mitglieder und andere hoheitliche Kunden in Baden-Württemberg im Rahmen der Beistandsleistung. Die Abrechnung der bisher von der RZRS GmbH gegenüber den hoheitlichen Kunden erbrachten Leistungen soll ab dem 01.01.2018 über den Zweckverband abgerechnet werden.

Mit dem Beschluss des Verwaltungsrats vom 22.02.2018 wurde der Anteil der Landeshauptstadt Stuttgart an der Datenzentrale Baden-Württemberg und der Anteil der Stadt Stuttgart an der EVG-GmbH erworben. Damit wurden alle für die Fusion notwendigen Beteiligungs Voraussetzungen des Zweckverbands erfüllt.

Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH

Bilanz zum 31.12.2017

Aktivseite

	31.12.2017 €	31.12.2016 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	124.098,13	251
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	673.262,86	911
2. Einbauten in fremden Grundstücken	780.136,63	852
3. Technische Anlagen und Maschinen	10.325.317,38	6.750
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	608.874,15	558
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.628.450,87	4.555
	<hr/> 15.016.041,89	<hr/> 13.626
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	12.500,00	13
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	69.604,49	45
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	842.511,83	1.580
2. Forderungen gegen Gesellschafter	7.054.814,30	6.363
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.085.746,88	626
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.833,62	2.878
	<hr/> 8.984.906,63	<hr/> 11.447
III. Guthaben bei Kreditinstituten	14.879.503,95	12.717
C. Rechnungsabgrenzungsposten	167.562,91	59
	<hr/> 39.254.218,00	<hr/> 38.158

		Passivseite
	31.12.2017	31.12.2016
	€	T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	102.260,00	102
II. Gewinnvortrag	111.113,75	4.981
III. Jahresüberschuss	3.786.125,74	1.730
	<u>3.999.499,49</u>	<u>6.813</u>
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	670.541,00	540
2. Sonstige Rückstellungen	20.706.870,14	18.756
	<u>21.377.411,14</u>	<u>19.296</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.194.614,76	2.410
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	8.824.573,38	9.478
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00	2
4. Sonstige Verbindlichkeiten	858.119,23	159
	<u>13.877.307,37</u>	<u>12.049</u>
	<u>39.254.218,00</u>	<u>38.158</u>

Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017 (01.01.-31.12.2017)

Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017
(01.01. bis 31.12.)

	2017	2016
	€	T€
1. Umsatzerlöse	41.032.510,03	40.455
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>656.607,74</u>	<u>901</u>
	41.689.117,77	41.356
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe	-26.340,04	45
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen und Aufwendungen für Deponien	<u>23.410.564,75</u>	<u>21.667</u>
	23.384.224,71	21.712
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.505.076,52	4.514
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	<u>1.285.618,23</u>	<u>1.261</u>
	5.790.694,75	5.775
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.991.146,80	1.992
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.170.638,64	9.814
7. Erträge aus Beteiligungen	220.000,00	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.496,45	246
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	255.073,26	158
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>1.535.934,47</u>	<u>409</u>
11. Ergebnis nach Steuern	3.804.901,59	1.742
12. Sonstige Steuern	<u>18.775,85</u>	<u>12</u>
13. Jahresüberschuss	3.786.125,74	1.730

Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH

Bilanz zum 31.12.2017

Aktivseite

	31.12.2017 €	31.12.2016 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.262,72	0,00
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.804,25	1.943,04
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.987.207,54	406.177,87
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.009,73	53.988,39
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.883,28	2.044.074,42
	<u>3.117.167,52</u>	<u>2.506.183,72</u>
 B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.120,18	6.390,33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	448.188,27	267.109,25
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.382.890,21	534.191,71
3. Sonstige Vermögensgegenstände	261.597,47	138.798,72
	<u>2.092.675,95</u>	<u>940.099,68</u>
 III. Guthaben bei Kreditinstituten	595.370,95	601.647,51
 C. Rechnungsabgrenzungsposten	37.250,28	0,00
	<u>5.850.584,88</u>	<u>4.054.321,24</u>

	Passivseite	
	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	212.587,85	727.427,18
III. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)	7.302,82	-74.839,33
	<u>244.890,67</u>	<u>677.587,85</u>
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	61.776,20	58.242,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>3.398.343,87</u>	<u>2.535.386,59</u>
	3.460.120,07	2.593.628,59
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	274.237,88	132.151,15
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.586.466,24	626.522,76
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>266.191,30</u>	<u>833,50</u>
	2.126.895,42	759.507,41
 D. Rechnungsabgrenzungsposten	 18.678,72	 23.597,39
	 <u><u>5.850.584,88</u></u>	 <u><u>4.054.321,24</u></u>

Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	3.818.954,15	2.477.798,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>10.419,51</u>	<u>101.003,59</u>
	3.829.373,66	2.578.802,47
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.015,07	-2.503,09
b) Aufwendungen für Deponien	849.564,02	294.108,80
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>326.204,15</u>	<u>362.835,46</u>
	1.173.753,10	654.441,17
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	80.278,06	77.847,06
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	<u>22.477,57</u>	<u>18.695,14</u>
	102.755,63	96.542,20
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	619.796,74	212.413,40
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.802.047,60	1.422.611,56
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,27	64,63
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>85.886,61</u>	<u>170.828,09</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45.135,25	22.030,68
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>17.189,64</u>	<u>96.241,01</u>
11. Ergebnis nach Steuern	27.945,61	-74.210,33
12. Sonstige Steuern	<u>20.642,79</u>	<u>629,00</u>
13. Jahresfehlbetrag	7.302,82	-74.839,33

Regionale Kliniken Holding RKH GmbH

Bilanz zum 31.12.2017

Aktivseite	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		1.671,00	
II. Sachanlagen (Einrichtung und Ausstattung)	553.481,00		679.553,00	
III. Finanzanlagen, hier Beteiligungen	6.375.000,00	6.928.481,00	6.375.000,00	7.056.224,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		316.801,90		356.797,28
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.025.641,22		491.232,30	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an den Gesellschafter	377,31		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.507.860,48		2.152.719,90	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	32.941,15	2.566.820,16	60.634,60	2.704.586,80
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		761.079,13		6.253.217,83
C. Rechnungsabgrenzungsposten		10.906,74		10.710,00
		<u>10.584.088,93</u>		<u>16.381.535,91</u>

Passivseite	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	2.247.000,00		2.247.000,00	
II. Kapitalrücklagen	3.166.076,22		3.166.076,22	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	35.797,53		643.415,17	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	190.090,00	5.638.963,75	-607.617,64	5.448.873,75
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	0,00		109.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	948.000,00	948.000,00	1.014.000,00	1.123.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	120.000,00 (80.000,00)		200.000,00 (80.000,00)	
2. Erhaltene Anzahlungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00 (0,00)		0,00 (0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	634.748,54 (634.748,54)		986.864,17 (986.864,17)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	2.325,00 (2.325,00)		1.140,00 (1.140,00)	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	2.921.433,44 (2.921.433,44)		8.259.494,41 (8.259.494,41)	
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	318.618,20 (318.618,20)	3.997.125,18	362.163,58 (362.163,58)	9.809.662,16
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00		0,00
		<u>10.584.088,93</u>		<u>16.381.535,91</u>

Regionale Kliniken Holding GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
1. Umsatzerlöse	19.868.292,09		19.775.358,35	
2. Sonstige betriebliche Erträge	109.034,97	19.977.327,06	23.816,31	19.799.174,66
3. Materialaufw and und bezogene Leistungen				
a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.164.020,90		5.990.393,72	
b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	126.459,16	5.290.480,06	152.169,78	6.142.563,50
4. Personalaufw and				
a) Löhne und Gehälter	9.115.289,76		8.735.429,98	
b) Soziale Abgaben und Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	2.107.050,76 (615.080,47)	11.222.340,52	2.015.736,06 (585.119,40)	10.751.166,04
Zwischenergebnis		3.464.506,48		2.905.445,12
5. Abschreibungen auf imm. Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	177.633,61		183.586,01	
6. Sonstige betriebliche Aufw endungen	3.004.268,37	3.181.901,98	3.175.068,26	3.358.654,27
Zwischenergebnis		282.604,50		-453.209,15
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.905,07		440,00	
8. Zinsen und ähnliche Aufw endungen	18.323,74		84.215,19	
davon für Betriebsmittelkredite	(746,74)		(849,77)	
davon an verbundene Unternehmen	(0,00)	-8.418,67	(0,00)	-83.775,19
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		84.095,83		70.633,30
10. Ergebnis nach Steuern		190.090,00		-607.617,64
11. sonstige Steuern		0,00		0,00
12. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		190.090,00		-607.617,64

Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Bilanz zum 31.12.2017

Aktivseite	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		1.008.300,48		794.758,48
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	183.105.934,93		157.496.452,74	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	9.398.932,16		9.805.673,16	
3. Grundstücke ohne Bauten	817.548,51		399.020,58	
4. Technische Anlagen	20.713.276,96		23.018.733,96	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	33.476.772,00		27.459.764,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>5.602.124,49</u>	253.114.589,05	<u>25.260.156,66</u>	243.439.801,10
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.230.967,00		12.230.967,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00		0,00	
3. Beteiligungen	30.564,59		30.564,59	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	76.693,79		76.693,79	
5. Sonstige Ausleihungen	<u>0,00</u>	12.338.225,38	<u>0,00</u>	12.338.225,38
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.442.226,33		7.740.687,68	
2. Unfertige Leistungen	<u>3.991.514,29</u>	11.433.740,62	<u>3.712.601,90</u>	11.453.289,58
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	52.848.825,92 (0,00)		51.416.494,64 (0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	104.582.423,75 (96.446.924,85)		108.872.341,64 (96.446.924,85)	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BPfIV davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	8.128.183,45 (5.736.463,45) (0,00)		5.955.894,74 (3.618.174,74) (0,00)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	2.345.116,64 (0,00)		4.313.068,04 (0,00)	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	75.164,77 (0,00)		65.816,65 (0,00)	
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	<u>1.732.297,43</u> (0,00)	169.712.011,96	<u>922.784,94</u> (0,00)	171.546.400,65
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		7.816.930,74		16.049.838,22
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		19.671.882,87		19.424.930,87
D. Rechnungsabgrenzungsposten		288.580,28		217.636,62
		<u>475.384.261,38</u>		<u>475.264.880,90</u>

Passivseite	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	5.500.000,00		5.500.000,00	
II. Kapitalrücklagen	19.819.167,26		19.819.167,26	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	2.497.163,09		1.736.930,67	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>-1.976.852,25</u>	25.839.478,10	<u>760.232,42</u>	27.816.330,35
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	98.251.753,14		87.955.826,84	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand davon Gesellschafter	103.083.639,16 (92.591.864,50)		102.822.397,26 (92.182.327,60)	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	<u>434.688,00</u>	201.770.080,30	<u>417.282,00</u>	191.195.506,10
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	145.000,00		152.000,00	
2. Steuerrückstellungen	359.365,13		759.365,13	
3. Sonstige Rückstellungen	<u>25.073.678,30</u>	25.578.043,43	<u>24.504.341,66</u>	25.415.706,79
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	144.240.273,91 (21.680.814,19)		140.535.570,14 (11.571.409,80)	
2. Erhaltene Anzahlungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.875,37 (1.875,37)		80.146,31 (80.146,31)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	13.673.610,96 (13.673.610,96)		12.636.813,32 (12.636.813,32)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	36.454.359,55 (36.454.359,55)		36.966.769,68 (36.966.769,68)	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntG und nach BpflV davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5.899.604,12 (1.349.738,86) (5.899.604,12)		20.619.471,60 (159.823,59) (20.619.471,60)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	549.160,38 (549.160,38)		477.643,92 (477.643,92)	
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	7.683.222,40 (7.683.222,40)		7.774.190,14 (7.774.190,14)	
8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	299.391,22 (299.391,22)		321.289,85 (321.289,85)	
9. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	<u>12.500.856,82</u> (11.531.124,85)	221.302.354,73	<u>10.377.666,74</u> (10.340.752,24)	229.789.561,70
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		477.990,00		683.870,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten		416.314,82		363.905,96
		<u>475.384.261,38</u>		<u>475.264.880,90</u>
G. Haftungsverhältnisse durch Bürgschaften		306.755,13		306.755,13

Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017 €	2017 €	2016 T€	2016 T€
1. Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	243.046.254,25		236.211.497,81	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	10.720.927,11		10.701.979,74	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen d. Krankenhauses	23.976.863,42		23.769.508,90	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	7.812.214,53		7.972.878,93	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB sowie nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	52.640.574,87	338.196.834,18	51.407.154,12	330.063.019,50
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(26.186,33)		(303.809,22)	
5. Erh./Vermind. der Bestände an unfertigen Leistungen	278.912,39		197.176,75	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	257.475,19		99.566,81	
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, sowie nicht unter Nr. 11	2.294.338,02		2.045.953,48	
8. Sonstige betriebliche Erträge	9.951.996,15	350.979.555,93	11.840.141,08	344.245.857,62
9. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	161.423.555,09		154.007.427,72	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	40.739.710,46 (13.066.055,08)		38.724.014,39 (12.183.075,35)	
10. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	73.268.066,04		75.089.137,19	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.850.776,69	303.282.108,28	26.599.385,08	294.419.964,38
Zwischenergebnis		47.697.447,65		49.825.893,24
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG	6.283.461,22 (6.283.461,22)		23.940.618,01 (23.940.618,01)	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	246.952,00		270.294,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finan- zierung des Anlagevermögens	18.493.786,75		16.767.055,03	
14. Erträge aus der Auflösung des Aus- gleichspostens für Darl.-Förderung	205.880,00		208.414,00	

	2017 €	2017 €	2016 T€	2016 T€
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.435.362,81		22.951.881,78	
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	724.774,18	19.069.942,98	832.159,92	17.402.339,34
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23.802.786,79		21.915.475,00	
18. Sonstige betriebliche Aufwendungen	44.367.694,52	68.170.481,31	48.720.482,15	70.635.957,15
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	-(2.154.363,99)		(0,00)	
Zwischenergebnis		-1.403.090,68		-3.407.724,57
19. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	455.368,56		255.368,56	
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.191.593,03		4.510.629,10	
davon aus verbundenen Unternehmen	(250,00)		(350,00)	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.348.471,54	-701.509,95	4.007.324,58	758.673,08
davon für Betriebsmittelkredite	(74.036,54)		(240.230,18)	
davon an verbundene Unternehmen	(0,00)		(110.707,09)	
22. Steuern	-127.748		-3.409.284	
davon vom Einkommen und vom Ertrag	-(250.639,23)		(1714.821,16)	
23. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		-1.976.852,25		760.232,42

Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Bilanz zum 31.12.2017

Aktivseite	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		0,00		2.255,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	51.182.117,46		52.723.985,46	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	1.576.956,65		1.680.788,65	
3. Grundstücke ohne Bauten	131.601,59		131.601,59	
4. Technische Anlagen	4.086.948,00		4.487.859,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	6.132.298,00		7.008.800,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.315.869,67	<u>64.425.791,37</u>	267.500,20	<u>66.300.534,90</u>
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.000,00		26.000,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00		0,00	
3. Beteiligungen	0,00		0,00	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
5. Sonstige Ausleihungen	0,00	<u>26.000,00</u>	0,00	<u>26.000,00</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.576.600,56		1.395.568,74	
2. Unfertige Leistungen	483.588,99	<u>2.060.189,55</u>	554.124,62	<u>1.949.693,36</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.278.963,32		10.936.701,64	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(578.451,86)		(458.139,38)	
2. Forderungen an Gesellschafter	5.432.106,12		5.271.037,76	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(218.000,00)		(315.000,00)	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.073.736,50		1.086.408,79	
davon nach KHEntgG und nach BPfIVo	(48.736,50)		(61.408,79)	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.389.351,76		1.050.741,94	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(97.000,00)		(0,00)	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Sonstige Vermögensgegenstände	457.412,89	<u>19.631.570,59</u>	616.564,16	<u>18.961.454,29</u>
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		651.931,07		749.690,09
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		436.511,20		436.511,20
D. Rechnungsabgrenzungsposten		34.962,76		23.786,82
		<u>87.266.956,54</u>		<u>88.449.925,66</u>

Passivseite	2017	2017	2016	2016
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	4.545.100,00		4.545.100,00	
II. Kapitalrücklagen	3.850.443,66		3.850.443,66	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	5.806.744,66		5.676.105,34	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-900.144,32	<u>13.302.144,00</u>	130.639,32	<u>14.202.288,32</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	19.720.910,37		21.280.923,37	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand davon Gesellschafter	227.471,00 (0,00)		243.716,00 (0,00)	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	118.505,00	<u>20.066.886,37</u>	123.723,00	<u>21.648.362,37</u>
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00		0,00	
2. Steuerrückstellungen	40.400,00		56.000,00	
3. Sonstige Rückstellungen	3.056.192,00	<u>3.096.592,00</u>	2.387.702,00	<u>2.443.702,00</u>
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	43.825.483,95 (4.933.734,99)		42.249.032,44 (1922.326,12)	
2. Erhaltene Anzahlungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	44.408,14 (44.408,14)		35.259,07 (35.259,07)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	2.224.118,97 (2.224.118,97)		3.712.005,93 (3.712.005,93)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	368.105,44 (368.105,44)		918.533,29 (918.533,29)	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BPflV davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.737.685,87 (1373.884,10) (1737.685,87)		1.104.244,79 (850.200,96) (1.104.244,79)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00 (0,00)		0,00 (0,00)	
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	422.525,30 (422.525,30)		428.716,27 (428.716,27)	
8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00 (0,00)		0,00 (0,00)	
9. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	2.162.594,76 (2.162.594,76)	<u>50.784.922,43</u>	1.706.619,82 (1706.619,82)	<u>50.154.411,61</u>
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		0,00		0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten		16.411,74		1.161,36
		<u>87.266.956,54</u>		<u>88.449.925,66</u>

Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	49.965.804,96		49.525.407,36	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	4.786.162,75		4.958.304,73	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.659.712,41		1.669.263,09	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	476.731,20		349.277,12	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	<u>11.386.942,20</u>	68.275.353,52	<u>11.595.363,17</u>	68.097.615,47
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(41.818,04)		(19.888,65)	
5. Erhö./Verminderung der Bestände an unfertigen Leistungen	-70.535,63		48.970,21	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	26.271,81		11.260,80	
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	110.450,61		174.339,77	
8. Sonstige betriebliche Erträge	<u>305.661,34</u>	68.647.201,65	<u>129.402,09</u>	68.461.588,34
9. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	27.315.983,26		25.541.094,83	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	5.926.672,89 (1.828.711,74)		5.513.330,38 (1.657.695,72)	
10. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.105.484,41		19.044.814,60	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>5.002.783,06</u>	56.350.923,62	<u>4.789.183,46</u>	54.888.423,27
Zwischenergebnis		12.296.278,03		13.573.165,07

11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	730.415,76		4.716.191,66	
davon Fördermittel nach dem KHG	(730.415,76)		(4.716.191,66)	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0,00		0,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.851.976,48		2.265.706,23	
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0,00		0,00	
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	383.656,14		4.418.498,69	
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	<u>355.459,11</u>	1.843.276,99	<u>298.839,00</u>	2.264.560,20
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.678.526,08		4.434.085,52	
18. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>9.463.507,15</u>	14.142.033,23	<u>10.318.501,66</u>	14.752.587,18
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(0,00)		(0,00)	
Zwischenergebnis		-2.478,21		1.085.138,09
19. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00		0,00	
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	78.784,63		111.303,73	
davon aus verbundenen Unternehmen	(112,62)		(307,13)	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>900.729,93</u>	-821.945,30	<u>933.648,23</u>	-822.344,50
davon für Betriebsmittelkredite	(1.906,92)		(19.706,46)	
davon an verbundene Unternehmen	(168,68)		(101,55)	
22. Steuern	75.720,81		132.154,27	
davon vom Einkommen und vom Ertrag	(63.571,48)		(120.302,69)	
25. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		-900.144,32		130.639,32

Ortema GmbH

Bilanz zum 31.12.2017

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		14.341,00		12.545,00
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	678.499,00		706.981,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	678.499,00	<u>0,00</u>	706.981,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	58.612,81		84.821,66	
2. Unfertige Leistungen	<u>248.907,92</u>	307.520,73	<u>244.123,46</u>	328.945,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.382.930,35		1.375.549,73	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	238.714,55		136.720,67	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	103.104,79		90.164,29	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>125.437,64</u>	1.850.187,33	<u>90.026,83</u>	1.692.461,52
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		414.477,62		385.072,31
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		<u>19.885,78</u>		<u>9.122,66</u>
		3.284.911,46		3.135.127,61

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00		26.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.442.829,26		1.424.442,89	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>952,95</u>	1.469.782,21	<u>18.386,37</u>	1.468.829,26

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>245.495,00</u>	245.495,00	<u>297.363,00</u>	297.363,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	171.181,96		270.676,49	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(67.987,82)		(94.462,70)	
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58.432,66		84.754,04	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(58.432,66)		(84.754,04)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.017.009,97		699.968,29	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(107.009,97)		(699.968,29)	
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	214.576,87		206.155,88	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(214.576,87)		(206.155,88)	
7. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
8. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>98.893,05</u>	1.560.094,51	<u>100.334,08</u>	1.361.888,78
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(98.893,05)		(75.353,42)	

E. Rechnungsabgrenzungsposten

9.539,74	7.046,57
<u>3.284.911,46</u>	<u>3.135.127,61</u>

Ortema GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
1. Umsatzerlöse	14.321.224,00		13.809.433,95	
2. Bestandserhöhung unfertige Leistungen	4.784,46		31.000,84	
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>32.949,68</u>	14.358.958,14	<u>112.191,14</u>	13.952.625,93
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	6.653.652,28		6.350.829,93	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	1.406.861,36 (162.762,54)		1.334.601,50 (160.769,57)	
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.265.351,30		3.184.172,23	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>80.755,31</u>	11.406.620,25	<u>96.543,77</u>	10.966.147,43
Zwischenergebnis		2.952.337,89		2.986.478,50
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	212.107,35		177.348,46	
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.718.496,07</u>	2.930.603,42	<u>2.764.156,42</u>	2.941.504,88
Zwischenergebnis		21.734,47		44.973,62
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.468,46		1.752,75	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Betriebsmittelkredite davon verbundene Unternehmen	<u>3.844,13</u> (0,00) (112,62)	-2.375,67	<u>3.373,41</u> (0,00) (307,13)	-1.620,66
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		17.535,40		24.151,59
11. Ergebnis nach Steuern		1.823,40		19.201,37
12. sonstige Steuern		870,45		815,00
13. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		952,95		18.386,37

Kliniken Service GmbH

Bilanz zum 31.12.2017

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		0,00		0,00
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	152.060,00		163.984,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	<u>152.060,00</u>	<u>0,00</u>	<u>163.984,00</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		0,00	
2. Unfertige Leistungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.614,72		27.486,31	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	894.898,07		1.149.780,25	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	115.067,98		69.428,38	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>10.728,31</u>	<u>1.044.309,08</u>	<u>12.837,36</u>	<u>1.259.532,30</u>
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(7.476,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		557.995,59		827.316,72
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		<u>1.754.364,67</u>		<u>2.250.833,02</u>

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	454.093,72		226.376,76	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>212.259,47</u>	691.353,19	<u>227.716,96</u>	479.093,72

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	80.000,00		136.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>532.000,00</u>	612.000,00	<u>367.000,00</u>	503.000,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.847,32		41.563,70	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(46.847,32)		(41.563,70)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	129.451,95		896.772,47	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(129.451,95)		(896.772,47)	
4. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	44.077,03		120.288,05	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(44.077,03)		(120.288,05)	
6. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
7. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>229.447,18</u>	449.823,48	<u>207.343,08</u>	1.265.967,30
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(229.447,18)		(207.343,08)	
davon aus Steuern	(133.614,05)		(114.147,61)	

E. Rechnungsabgrenzungsposten

<u>1.188,00</u>	<u>2.772,00</u>
<u>1.754.364,67</u>	<u>2.250.833,02</u>

Kliniken Service GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
1. Umsatzerlöse	17.947.314,69		17.186.810,39	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>45.912,21</u>		<u>71.337,82</u>	
		17.993.226,90		17.258.148,21
3. Materialaufw and				
a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	773.742,75		737.127,03	
b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	<u>31.366,50</u>		<u>20.610,35</u>	
		-805.109,25		-757.737,38
4. Personalaufw and				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	9.194.096,96		8.226.811,45	
b) Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	<u>1.891.203,64</u>		<u>1.731.545,34</u>	
	(147.323,40)	-11.085.300,60	(151.389,87)	-9.958.356,79
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	33.466,23		37.009,79	
6. Sonstige betriebliche Aufw endungen	<u>5.774.085,10</u>		<u>6.182.995,14</u>	
		-5.807.551,33		-6.220.004,93
Zwischenergebnis		295.265,72		322.049,11
7. Zinsen und ähnliche Aufw endungen davon für Betriebs- mittelkredite	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>	
	(0,00)	0,00	(0,00)	0,00
8. Steuern	82.960,25		94.332,15	
9. Ergebnis nach Steuern		212.305,47		227.716,96
10. Sonstige Steuern	46,00		(0,00)	0,00
11. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		212.259,47		227.716,96

MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH

Bilanz zum 31.12.2017

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		35.908,19		63.708,23
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	0,00		0,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		0,00	
2. Unfertige Leistungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	327.287,95		375.209,30	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	22.471,21		18.770,09	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	24.947,27		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>4.227,01</u>	<u>378.933,44</u>	<u>0,00</u>	<u>393.979,39</u>
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		820.755,92		509.483,09
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung		0,00		0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		<u>1.235.597,55</u>		<u>967.170,71</u>

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	645.453,27		383.318,38	
IV. Bilanzgewinn / Jahresüberschuss	<u>57.267,52</u>	727.720,79	<u>262.134,89</u>	670.453,27

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>201.500,00</u>	201.500,00	<u>204.000,00</u>	204.000,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.916,61		2.542,45	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(11.916,61)		(2.542,45)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	212.979,68		23.094,34	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(212.979,68)		(23.094,34)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.062,71		14.005,43	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(12.062,71)		(14.005,43)	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>69.417,76</u>	306.376,76	<u>53.075,22</u>	92.717,44
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(69.417,76)		(53.075,22)	

D. Rechnungsabgrenzungsposten

<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
<u>1.235.597,55</u>	<u>967.170,71</u>

MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2017 (01.01.-31.12.2017)

	2017 €	2017 €	2016 €	2016 €
1. Umsatzerlöse	2.716.915,33		2.610.319,02	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>2.935,73</u>	2.719.851,06	<u>1.861,83</u>	2.612.180,85
3. Personalaufwand und				
a) Löhne und Gehälter	1.059.398,94		974.672,32	
Hilfs- und Betriebsstoffe				
b) Aufwendungen				
für Altersversorgung	<u>83.839,32</u>	1.143.238,26	<u>73.722,61</u>	1.048.394,93
und für Unterstützung				
davon für die Alters-				
versorgung	(0,00)		(0,00)	
4. Materialaufwand und				
a) Aufwendungen für Roh-,				
Hilfs- und Betriebsstoffe	15.624,92		15.814,65	
b) Aufwendungen für				
bezogene Leistungen	<u>4.995,68</u>	20.620,60	<u>42.689,55</u>	58.504,20
Zwischenergebnis		1.555.992,20		1.505.281,72
5. Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögens-				
gegenstände des Anlagever-				
mögens und Sachanlagen	27.800,04		27.800,04	
6. Sonstige betriebliche				
Aufwendungen	<u>1.270.910,20</u>	1.298.710,24	<u>1.215.096,79</u>	1.242.896,83
Zwischenergebnis		257.281,96		262.384,89
7. Sonstige Zinsen und				
ähnliche Erträge	0,00		0,00	
davon Gesell-				
schafter	(0,00)		(0,00)	
8. Zinsen und ähnliche				
Aufwendungen	<u>0,00</u>	0,00	<u>250,00</u>	-250,00
davon für Betriebs-				
mittelkredite	(0,00)		(0,00)	
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		14,44		0,00
11. Ergebnis nach Steuern		257.267,52		262.134,89
12. sonstige Steuern		0,00		0,00
13. Jahresüberschuss (+)/				
Jahresfehlbetrag (-)		257.267,52		262.134,89
14. Gewinnausschüttung Gesellschafter		200.000,00		0,00
15. Bilanzgewinn / Jahresüberschuss		57.267,52		262.134,89

Kennzahlen im Überblick

Im Beteiligungsbericht ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften anhand der nachfolgenden Finanzkennzahlen analysiert:

- Eigenkapitalquote
in % $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Das Eigenkapital setzt sich aus dem Grundkapital (gezeichnetem Kapital), den offen angesammelten Rücklagen, dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr, dem Jahresüberschuss und der Hälfte der langfristigen Rückstellungen (in der Regel für Pensionsverpflichtungen) zusammen.

Die Eigenkapitalquote stellt den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme des Unternehmens dar.

- Anlagendeckung I
in % $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Anlagendeckung II
in % $= \frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Die Anlagendeckung sagt aus, in welchem Umfang das Anlagevermögen (im Wesentlichen Grundstücke, Gebäude, Maschinen, langfristige Forderungen und Beteiligungen) durch Eigenkapital und durch langfristiges Kapital (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) finanziert ist.

- Liquiditätsgrad
in % $= \frac{\text{Flüssige Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen}}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}} \times 100$

Als Liquidität wird die Fähigkeit eines Unternehmens bezeichnet, fällige Zahlungen termingerecht zu leisten.

Der Liquiditätsgrad zeigt, in welchem Prozentsatz kurzfristige Verbindlichkeiten durch liquide Mittel und kurzfristige Forderungen abgedeckt sind.

